

Genehmigt: 26.06.2025

Protokoll 10

Stadtratssitzung

Donnerstag, 22.05.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2025.SR.0046.....	5
2 Protokoll Stadtrat 05 vom 13.03.2025; Genehmigung.....	
2025.SR.0047.....	5
3 Protokoll Stadtrat 06 vom 20.03.2025; Genehmigung.....	
2025.SR.0050.....	5
4 Protokoll Stadtrat 07 vom 27.03.2025; Genehmigung.....	
2025.SR.0098.....	5
5 Dringliches interfraktionelles Postulat: Alternative Wärmeversorgung Viererfeld prüfen.....	
2025.TVS.0050.....	9
6 Tiefbauamt: Beschaffung einer Softwarelösung für die Auftragserfassung in den Bereichen Infra Support, Infra Service, Infra Strasse, Infra Reinigung und Infra Entwässerung; Investitions- und Verpflichtungskredit.....	
2014.PRD.000100.....	13
7 «Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen»: Gestaltungs- und Nutzungskonzept zu Teilprojekt 5 («Freiraumgestaltung unter dem Viadukt Nord»); Kenntnisnahme.....	
2024.SR.0335.....	18
8 Interpellation Oliver Berger (FDP), Ursula Stöckli (FDP): Warum kapitulierte Bernmobil im Schneechaos vom 21.11.24?.....	
2024.SR.0278.....	23
9 Motion Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg, GB): Autofreie Altstadt.....	
2024.SR.0105.....	31
10 Postulat Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur.....	
Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.	32
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr.....	33
2024.SR.0254.....	34
1 Fortsetzung: Begrüssung und Mitteilungen.....	
2024.SR.0105.....	35

10	Postulat Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur	
2024.SR.0299		38
11	Motion Michael Ruefer (GFL): Quartiereinfahrt Lorraine: Tschüss Asphaltwüste, hallo Lebensqualität	
2024.SR.0304		39
12	Postulat Fraktion SP/JUSO (Ingrid Kissling-Näf, SP/Timur Akçasayar, SP/Bernadette Häfliger, SP): Mit der schlaun Ampel die «Grüne Welle» für Fussgänger:innen	
2024.SR.0287		42
13	Postulat Béatrice Wertli (Mitte)/Florence Pärli (JF)/Janosch Weyermann (SVP): Wirtschaftsnacht! Lasst die Bevölkerung das Gewerbe feiern	
2024.SR.0297		47
14	Postulat Ursula Stöckli (FDP): Neuzuzügeranlass für Firmen analog dem Neuzuzügeranlass für Personen	
2024.SR.0121		47
15	Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin/ Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP)/Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen	
2023.SR.0168		48
16	Interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!	
2016.SR.000008		49
17	Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern	
2024.SR.0346		64
18	Interpellation David Böhner (AL), Anna Leissing (GB), Barbara Keller (SP), Nora Joos (JA!), Sofia Fisch (JUSO), Matteo Micieli (PdA), Tanja Miljanovic (GFL): Warum ist die unterirdische Asylunterkunft in Brünnen noch immer in Betrieb?	
Verschohen und eingereicht		64
Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr		66

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, 1. Vizepräsidentin

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Alexander Feuz
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis

Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys

Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Lena Allenspach
Tom Berger, Präsident
Gabriela Blatter
Sibyl Eigenmann

Nik Eugster
Thomas Glauser
Raffael Joggi

Fuat Köçer
Mehmet Özdemir
Irina Straubhaar

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

1. Vizepräsidentin: Wir wären beschlussfähig. Nehmt bitte eure Plätze ein. Herzlich willkommen zu meiner ersten Stadtratssitzung. Der Stadtratskollege Ruefer hat schon sehr freudig kundgetan, dass er ein grosses Votum von mir erwartet. Das wird es heute nicht geben. Ich spare gerne die Worte für 2026. Ich darf heute Tom vertreten. Er wird in der zweiten Sitzung bei uns sein. Zuerst kommen wir zu den Entschuldigungen von heute Abend. Für beide Sitzungen abgemeldet sind Fuat Köçer, SP, Nik Eugster, FDP, Gabriela Blatter von der GLP, Thomas Glauser, SVP, Raffael Joggi, AL, und Lena Al-lenspach. Von der ersten Sitzung abgemeldet haben sich Mehmet Özdemir von der SP und Sybil Eigenmann von der Mitte. Verspätet zu uns stossen werden Oliver Berger von der FDP und Roger Nyffenegger von der GLP. Ich darf schon einmal eine herzliche Gratulation aussprechen für einen Geburtstag, der morgen stattfinden wird, und zwar ist morgen der Geburtstag unseres Stadtratskollegen Maurice Lindgren. Herzlichen Glückwunsch. Vielleicht kannst du ja heute nach der Stadtratssitzung schon einmal einfeiern. Wir haben aber tatsächlich noch einen Geburtstag, den wir heute feiern könnten, und zwar ist es so, dass Raffael Joggi sich heute abgemeldet hat, weil er Vater geworden ist. Wir gratulieren also ganz, ganz herzlich zu der Geburt – meines Wissens – eines Sohnes. Hier vorne, ihr kennt es ja bereits, gibt es noch ein Kärtchen, das ihr unterschreiben könnt. Bitte vergesst nicht, vielleicht in der Stadtratspause vorbeizugehen und ein paar liebe Worte zu hinterlassen. Ausserdem möchte ich euch noch aufmerksam machen auf die Stadtratsschulung zum Modul "Hochbau und städtische Bau-projekte", welche in der Stadtratspause stattfinden wird. Das Badgen nicht vergessen, das kennt ihr ja. Und wenn ihr den Job der 2. Vizepräsidentin etwas einfacher machen möchtet, dann reicht die dringenden Vorstösse bis 21 Uhr ein und die übrigen Vorstösse bis 21.30 Uhr. Das Aushandeln von später eingereichten Vorstössen ist leider vergebens. Wunderbar, dann kommen wir schon zum Ordnungsantrag. Und zwar liegt uns ein Antrag der GLP, EVP und der GFL vor, der verlangt, die Traktanden 13 und 14 gemeinsam zu behandeln. Wir werden jetzt über diesen Ordnungsabtrag abstimmen.

Ordnungsantrag 1

GLP/EVP, GFL

Die Traktanden 13 und 14 seien gemeinsam zu behandeln.

Abstimmung Nr. 006

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	22
Nein	25
Enthalten	1

1. Vizepräsidentin: Der Ordnungsantrag wurde abgelehnt. Das heisst, wir werden über die Traktanden einzeln abstimmen.

2025.SR.0046

2 Protokoll Stadtrat 05 vom 13.03.2025; Genehmigung

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zu den Traktanden 2 bis 4, die wir gemeinsam behandeln werden, die Protokolle der Stadtratssitzung 5, 6 und 7. Es sind keine Anträge eingegangen. Sind die Protokolle bestritten? – Die Protokolle sind unbestritten. Ich danke den Verfasserinnen.

Stillschweigende Genehmigung

2025.SR.0047

3 Protokoll Stadtrat 06 vom 20.03.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 4: siehe Traktandum 2.

2025.SR.0050

4 Protokoll Stadtrat 07 vom 27.03.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 4: siehe Traktandum 2.

2025.SR.0098

5 Dringliches interfraktionelles Postulat: Alternative Wärmeversorgung Viererfeld prüfen

1. Vizepräsidentin: Jetzt kommen wir zum Traktandum 5, das dringliche interfraktionale Postulat "Alternative Wärmeversorgung Viererfeld prüfen". Ist dieses Postulat bestritten? – Ja, das Postulat ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Ihr könnt euch gerne anmelden.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Einreichenden: Als Einreichende sage ich nur ganz, ganz kurz etwas, und zwar wir sind von der Antwort ein bisschen enttäuscht. Sie hat uns aber auch nicht überrascht. Wir haben überlegt, ob wir das Postulat überhaupt einreichen, weil wir eigentlich schon wussten, was für eine Antwort kommt. Und wir dachten: Wenn sich die Gelegenheit bietet mit diesem Viererfeld, dann machen wir es doch, wagen wir es. Und ja, es ist einfach so herausgekommen, wie wir erwartet haben. Damit wäre eigentlich schon das einreichende Votum erledigt und wir würden dann zu den Fraktionsvoten schreiten.

Für die GFL: Unsere Stadt ist etwas müde geworden. Und wir verzetteln uns. Wir verzetteln und verfangen uns in vielen kleinen Einzelprojekten, die alle irgendwie voneinander abhängen, aber ohne gemeinsame, langfristige und übergeordnete Strategie. Wir sind blockiert, bei Strassenprojekten sowieso, aber auch hier bei der Wärmeversorgung. Das Viererfeld könne keine Erdwärme nutzen, weil das Rossfeld Fernwärme brauche oder weil es schon zu spät sei – obwohl wir seit 3 Jahren darüber sprechen und es noch weitere 3 Jahre dauert. Wir heizen mit Müll, etwas, was wir abschaffen wollen, oder mit Erdgas, hinter dem grosse Ausrufezeichen blinken, oder mit Lebensmittelabfällen, was Rohstoffe vergärt und verpufft, aus denen man in Japan Viehfutter

und in vielen Ateliers Kunstleder macht, oder mit Holz, obwohl die energetische Verwertung eines Rohstoffs immer der letzte, unkreativste und endgültigste Weg ist – puff und weg; und das in einem der innovativsten Länder der Welt, in einer der linksten Städte der Schweiz. Wir sind dort progressiv, wo wir nichts oder nur die Bürgerlichen zu fürchten haben. Dort aber, wo es wirklich Diskurs und strukturelle, tiefgreifende Veränderung braucht, wo man sich mal wagen müsste, da krebst der Gemeinderat zurück, verliert sich in Floskeln und versteckt sich hinter Fristen, Abhängigkeiten, Wirtschaftlichkeiten, Bequemlichkeiten. Das Thema der dezentralen Wärmeversorgung ist so zentral und doch hängt es mir zum Hals raus. In selten einem Bereich fühle ich mich so im Kreis geführt. Gut, wir erklären das Postulat erheblich, natürlich, das wollten wir ja, noch hübscher natürlich schreddern wir es auch gleich in die Schublade, denn das machen wir ja. Würden wir den Bericht ablehnen, käme in 2 Monaten einfach ein neuer Bericht mit gleichem Inhalt. Dann können wir es auch lassen und noch mehr Zeit und Infrastrukturgeld, das erst in Jahrzehnten amortisiert sein wird, in den Wind schlagen. Und wer jetzt mit "geht halt nicht schneller" kommt, soll mal einen Blick nach Kopenhagen werfen. Über 80% seiner territorialen Emissionen sind bereits gesenkt, trotz zahlreicher Rückschläge. Die ganze progressive Welt versucht, dezentrale, unabhängige und zum Beispiel gegen Cyberattacken sichere Systeme aufzubauen, während wir ein System aus dem 19. Jahrhundert wie die Sowjetunion auf Biegen und Brechen in jeder Neubausiedlung forcieren. Ich würde mir wünschen, dass man das thermisch für Erdwärmeenergie sehr gut geeignete Viererfeld auch zur Energiegewinnung nutzt, dezentral oder auch als hybrides System – das wäre ja auch möglich – in das bestehende Fernwärmenetz integriert, wie es zum Beispiel in Zürich oder in Aarhus in Dänemark besteht. Kommt nicht nur die Müllverbrennungsfernwärme ins Viererfeld, sondern auch der Speicher, wird eine spätere Integration verunmöglicht – hoffentlich also nicht. Nun ist es so, dass ich das Votum auf der Grundlage der Antwort des Gemeinderates geschrieben habe. Ich habe aber vorhin auch noch Informationen bekommen, dass es im Gespräch mit EWB ganz anders töne, dass man durchaus Erdwärmesonden erwäge und auch eine Energiezentrale Engehalde. Ich finde, EWB sollte auch mal beim Gemeinderat Farbe bekennen und sagen, was sie eigentlich wollen.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Tanja Miljanovic. Wir wären bereit für die Fraktionsvoten. Ihr könnt euch gerne alle anmelden. Wunderbar. Lukas Schnyder für die SP.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Die Antwort des Gemeinderats ist so, wie zu erwarten ist: nicht viel Neues. Und natürlich will niemand eine Verzögerung beim Viererfeld riskieren. Das ist das oberste Gebot. Und natürlich versteht man, dass es Sinn macht, wenn der Anschluss bis ins Rossfeld gezogen wird. Es bleibt aber trotzdem etwas Unverständnis, wenn EWB selbst sagt, Fernwärme sei gemacht für kleinräumige, dichtbesiedelte und sanierungsbedürftige Quartiere, und hier bei diesem Neubau sei aber die Fernwärme die ökologischste und ökonomischste Technologie. Ja, ich hoffe, dass beim nächsten Neubau wirklich an Wärmepumpen und Erdsonden gedacht wird. Was beim Bericht interessant ist, ist die Überlegung, einen saisonalen Speicher in der Erde zu machen. Ich glaube, das ist richtig. Die grosse Herausforderung für die Stromversorgung ist nicht nur der Ausbau erneuerbarer Energien, sondern auch die Speicherung für die Nacht, für den Winter. Und in dem Sinne begrüßen wir es, die Energie für die kalten Monate in der Erde zu speichern. Die SP-JUSO-Fraktion wird das Postulat auch als erheblich erklären und nimmt den Prüfungsbericht so an.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Es ist legitim, Alternativen zur Fernwärme zu prüfen. Das Anliegen in der Sache ist verständlich, und wir werden das Postulat ebenfalls für erheblich erklären und den Prüfbericht positiv zur Kenntnis nehmen. Aber es muss klar sein: Jede zusätzliche Einflussnahme auf dieses Projekt bedeutet mehr Zeit, mehr Kosten und weniger Wohnraum. Das Viererfeld wird schon heute mindestens 10 Jahre Verzögerung aufweisen. Die Ursachen sind bekannt: eine überforderte Stadtverwaltung, fehlende Führung und ein lähmender Koordinationsapparat. Genau deshalb braucht es jetzt endlich Tempo und Verlässlichkeit und nicht noch mehr gutgemeinte, aber folgereiche Zusatzprüfungen. Wer jedes Projekt mit immer neuen Klimavorgaben überfrachtet, muss auch erklären, warum in Bern kaum noch gebaut wird. Denn die Rechnung ist einfach: Jede Auflage verteuert das Bauen, und was teurer wird, schlägt sich direkt auf die Mieten nieder. Wer also für immer neue klimatische Idealstandards eintritt, muss sich auch den Vorwurf gefallen lassen, die Mietpreise mit in die Höhe zu treiben. Wer bauen verteuert, verteuert das Wohnen. Das ist kein Naturgesetz, sondern politische Verantwortung. Wir sagen Nachhaltigkeit ja, aber mit Augenmass. Was das Viererfeld jetzt braucht, ist keine neue Ideendebatte, sondern Umsetzung. Denn Wohnraum entsteht nicht durch Prüfaufträge, sondern durch konkrete, realisierbare Projekte. Merci.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Dann kommen wir bereits zu den Einzelvoten. Gibt es Einzelvoten? – Chantal Perriard für die FDP.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Ich habe mich in der Vergangenheit mit Überzeugung für den Ausbau der Fernwärme in der Altstadt eingesetzt. Hier ist die Fernwärme nicht nur technisch sinnvoll, sondern auch ein zentraler Beitrag zum Klimaschutz. Beim Viererfeld reden wir jedoch über ein Neubauquartier mit ganz anderen Voraussetzungen, viel Raum, eine moderne Infrastruktur und auch Spielraum bei der Umsetzung. Die Entwicklung hat sich verzögert. Das bietet jetzt doch auch eine Chance, heute nochmals offen zu prüfen, welche Lösung für die Wärmeversorgung tatsächlich am nachhaltigsten, wirtschaftlichsten und langfristig sinnvollsten ist. Das Postulat fordert keine sofortige Umplanung, sondern einen Prüfauftrag. Es geht darum, alternative Konzepte wie Erdwärmesonden, Wärmepumpen oder Niedertemperaturwärme aus der Aare ergebnisoffen zu evaluieren, insbesondere auch im Hinblick auf die technische Entwicklung und die langfristige Versorgungssicherheit. Ich finde, das ist eine berechtigte Frage in einem 2000-Watt-Areal. Eine solche Prüfung schwächt das Fernwärmenetz nicht – im Gegenteil: Wenn wir Fernwärme dort einsetzen, wo sie wirklich die beste Lösung ist, wird das System als Ganzes glaubwürdig und tragfähig. Ich werde dem Postulat deshalb zustimmen, und ich vertraue darauf, dass der Gemeinderat eine seriöse, zukunftsgerichtete Prüfung vornimmt im Sinne der Klimaziele, der Bevölkerung und einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, ich sehe keine weiteren Einzelvoten und würde der Gemeinderätin Melanie Mettler das Wort übergeben.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ich danke den Einreichenden für diesen Prüfungsauftrag. Wir haben das gerne geprüft. Es ist auch ein legitimes Anliegen. Deswegen empfiehlt Ihnen der Gemeinderat auch, dieses Postulat anzunehmen. Angesichts der Dringlichkeit und angesichts der fortgeschrittenen Verhandlungen haben wir Ihnen auch

gleich eine ausführliche Antwort und eine ausführliche Darlegung der Situation beigelegt, damit Sie diese Antwort als Prüfungsbericht annehmen können. Vielleicht noch ein paar Bemerkungen zum ersten Punkt der Prüfung bezüglich Fernwärme versus Wärmepumpen mit PV-Anlagen. Es gibt natürlich ein Gesamtenergiekonzept. Das wurde selbstverständlich in enger Zusammenarbeit auch mit EWB entwickelt. Das bleibt auch flexibel. Insbesondere möchte ich hervorheben, dass in diesem Gesamtenergiekonzept vorgesehen ist, dass man auch flexibel auf technologische Entwicklungen reagieren kann, also zum Beispiel, dass, je nachdem, was für Wärmegrade zur Verfügung stehen, die Systeme dann auch unterschiedlich genutzt werden können. Wir sehen deshalb aktuell keinen ökologischen Nutzen darin, das jetzt noch einmal neu zu prüfen. Das ist etwas, was bereits in diese Planung miteinbezogen wurde. Das jetzt noch einmal in Frage zu stellen, würde keinen Mehrwert bringen. Die Projektierung der Erschliessungsanlagen ist jetzt schon angelaufen, das haben Sie ja wahrscheinlich mitbekommen. Gerade auch die Verzögerung gegenüber der bisherigen Kommunikation des Terminplans war auch deshalb genau auf das zurückzuführen. Festhalten möchte ich auch noch: Die Fernwärme ist bei der ersten Etappe schon vorgesehen. Also dort gibt es Fernwärme. Jetzt noch zu dieser interessanten Frage nach der Möglichkeit der Niedertemperaturwärme aus der Aare: Das ist spannend. Auch hier schaut man in enger Zusammenarbeit mit EWB, wie sich diese Möglichkeiten weiterentwickeln, damit man dann im richtigen Moment auch reagieren kann. Es wäre spannend, wenn sich in der dritten oder vierten Etappe ein saisonaler Speicher einrichten und realisieren liesse. Aber dazu muss man sagen, dass wir von einem Planungshorizont reden, der sich jetzt noch in einem sehr hohen Unsicherheitsbereich befindet. Die Stadt steht selbstverständlich diesem Projekt offen gegenüber. Man muss aber auch sagen, dass es hier auch immer eine Abwägung gibt. Denn schlussendlich müssen wir auch irgendwann diese Planung festlegen können, damit wir diesen Wohnraum zur Verfügung stellen und dieses Quartier bauen können, das von der Bevölkerung gewünscht wurde. Also ich finde es richtig, dass Sie noch einmal verlangt haben, dass man Ihnen aufzeigt, ob der Gemeinderat respektive auch die Verwaltung daran gedacht haben, auch zu schauen, welche Chancen sich allenfalls ergeben könnten – jetzt, da man 2 Jahre länger plant. Ich muss aber auch darauf hinweisen, die Verzögerung besteht nicht darin, dass man jetzt wartet, bis es in 2 Jahren weitergeht, sondern es gibt eine Verzögerung, weil man 2 Jahre intensiv arbeiten muss. Und wenn man jetzt noch zusätzliche Abklärungen dazulegt, dann wird das kontraproduktiv sein. Ich lege Ihnen nahe, dieses Postulat mit entsprechenden Prüfungsbericht zu überweisen. Danke.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, ihr habt es gehört. Der Gemeinderat möchte das Postulat erheblich erklären. Wir kämen also bereits zur Abstimmung. Wollt ihr das Postulat erheblich erklären?

Abstimmung Nr. 007

2025.SR.0098

Annahme

Ja	54
Nein	6
Enthalten	3

1. Vizepräsidentin: Das Postulat wurde erheblich erklärt.

Abstimmung Nr. 008

2025.SR.0098: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	44
Nein	0
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Der Prüfungsbericht wurde angenommen.

2025.TVS.0050

6 Tiefbauamt: Beschaffung einer Softwarelösung für die Auftragserfassung in den Bereichen Infra Support, Infra Service, Infra Strasse, Infra Reinigung und Infra Entwässerung; Investitions- und Verpflichtungskredit

1. Vizepräsidentin: Wir kommen bereits zu Traktandum 6. Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendumpflicht. Es geht um die Beschaffung einer Softwarelösung im Tiefbauamt. Ich erteile gerne der Kommission das Wort. Für die PVS, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Kommission: Die PVS hat das Geschäft zur Beschaffung einer neuen Softwarelösung für die Auftragserfassung im Tiefbauamt behandelt. Grundsätzlich wird das Vorhaben als sinnvoll und notwendig beurteilt. Die Digitalisierung der heute teils papierbasierten Prozesse bringt klare betriebliche Vorteile, insbesondere im Hinblick auf die Reorganisation im Rahmen von Via Futura 26 und den Umzug in den neuen Werkhof. Die neue Lösung soll den gesamten Auftragsprozess von der Planung bis zur Verrechnung digital abbilden und wird in allen 5 neu geschaffenen Bereichen des Tiefbauamts eingeführt. Die Anforderungen beinhalten unter anderem die zentrale Auftragserfassung, Ressourcenplanung, Schnittstellen zu SAP und E3 sowie die mobile Nutzbarkeit. In der Kommission wurde kritisch angemerkt, dass die vorgelegten Unterlagen insbesondere bezüglich Projektsteuerung und konkreter Umsetzung relativ knapp ausgefallen sind. Auf Rückfrage hin konnte die Verwaltung jedoch aufzeigen, dass eine schrittweise Einführung mit Pilotbetrieben ab Januar 2026 geplant ist, und dass auf eine bewährte Standardlösung gesetzt wird. Diskutiert wurde in der Kommission insbesondere die Frage, ob nicht auf eine SAP-basierende Lösung zurückgegriffen werden sollte. Die Kommission erachtet diese Option grossmehrheitlich als unverhältnismässig teuer und stimmt mit der Einschätzung der Stadt überein, dass eine wirtschaftlichere, flexibel umsetzbare Standardlösung die richtige Option ist. Was Datenschutz und IT-Architektur betrifft, wurde dargelegt, dass aus Sicherheitsgründen auf eine On-Premise-Lösung im städtischen Rechenzentrum gesetzt wird. Eine Cloud-Lösung wurde geprüft, aber aufgrund fehlender sicherer Schnittstellen verworfen. Die Kommission hat dem Investitionskredit mit 10 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und dem Verpflichtungskredit einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Stadtrat beide Kredite zur Annahme. Und wenn Frau Vizestadtratspräsidentin einverstanden ist, würde ich jetzt noch in einem Satz das Fraktionsvotum anschliessen.

1. Vizepräsidentin: Sehr gerne.

Corina Liebi (JGLP) für die Kommission: Also ich halte es kurz. Die GLP-EVP-Fraktion folgt der Argumentation der PVS und wird die beiden Kredite annehmen.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Besteht Diskussionsbedarf? – Dann könnt ihr euch gerne für die Fraktionsvoten anmelden.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt den Kredit ab. Nach all den Erfahrungen, zuerst mit Base4Kids, später Citysoftnet, muss ich einfach sagen: das Controlling der Stadt funktioniert nicht. Ich habe keinerlei Hoffnung, dass es besser wird. Und wenn man schon sagt, die Stadt könne IT nicht, stimmen wir aus politischen Gründen Nein. Wenn einmal eine überzeugende Begründung kommt, wieso es dieses Mal nicht schiefgehen sollte, könnten wir uns das vielleicht noch anders überlegen. Aber ich habe x Nachkredite bei Citysoftnetz immer abgelehnt. Das hat nie funktioniert. Wir wissen seit Base4Kids, dass das Controlling nicht gut ist. In allen Berichten heisst es, es braucht einen verbesserten Einbezug. Wir sind der Meinung, dass es für das Problem eine Standardsoftware oder was auch immer gibt. Wir stimmen jetzt Nein, dann sind wir auf der sicheren Seite. Und ich bin jetzt gespannt. Ihr habt noch die Möglichkeit, uns vonseiten des Gemeinderates davon zu überzeugen, dass es gut ist. Aber nach den Erfahrungen mit diesen anderen IT-Sachen ziehe lieber von allem Anfang an die Reissleine und sage, es sei kein weiteres Geld auszugeben, sonst enden wir wieder in einem Debakel. Es ist für mich eine Sache des Controllings. Wir haben meines Erachtens auch keine Stelle, die gesamtstädtisch all diese Sachen kontrolliert, und dafür sorgt, dass sie nicht aus dem Ruder laufen. Deshalb halten wir an unserem Antrag vorläufig fest.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Alexander Feuz. Gerne für die FDP-Fraktion Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP ist ganz klar der Meinung, dass die Bereiche des Tiefbauamts eine neue Auftragserfassung erhalten sollen. Trotzdem werden wir diesem Kredit nicht zustimmen, denn unsere Aufgabe hier im Stadtrat ist es, die Geschäfte kritisch zu hinterfragen. Und das macht die FDP. Warum sind wir dagegen? Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die Stadt Bern hat vor circa 20 Jahren SAP eingeführt. SAP ist eine integrierte Standardsoftware, welche Module für nahezu alle Geschäftsprozesse anbietet. Man kann von SAP halten, was man will, aber SAP ist Marktführer in der Fertigungsindustrie, im Grosshandel, im Dienstleistungssektor, in der Energie- und Versorgungswirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Bau- und Immobilienwirtschaft, in der Telekommunikation, in der Finanzbranche und im öffentlichen Sektor. Der Bund und die meisten Kantone und Städte in der Schweiz arbeiten mit SAP. Deshalb müsste man davon ausgehen, dass SAP auch die Anforderungen der 5 Infrabereiche des Tiefbauamtes für eine Auftragserfassung erfüllen könnte. Warum administrieren diese Infrabereiche aktuell ihre Aufträge von Hand und mit Excel? Seit 20 Jahren steht SAP zur Verfügung. Warum wurde da nicht gehandelt? Offenbar fehlt in der Stadt Bern eine IT-Strategie, der Wille und die Kraft, die Digitalisierung umzusetzen. Jetzt wünscht sich das Tiefbauamt eine neue Auftragserfassungssoftware und wählt dafür eine Branchenlösung aus. Das kann man dem Tiefbauamt nicht übelnehmen. Sie haben vermutlich mit ihrem Tunnelblick das Beste für ihre Bereiche ausgewählt. Aber ist es auch das Beste für die Stadt Bern? Nein, ganz sicher nicht. Jedes zusätzliche Programm, jede zusätzliche Schnittstelle verkompliziert und verteuert die IT und macht diese schwerfälliger und verletzlicher. Das Ziel sollte sein: so wenig wie

möglich, so viel wie nötig. Mit aktuell circa 800 verschiedenen Softwares inklusive Release-Versionen ist die Stadt Bern meilenweit von diesem Ziel entfernt. Wenn man sich einmal für SAP entschieden hat, dann sollte man diesen Weg auch gehen und bei der Prüfung von neuen Softwares mindestens eine Entscheidungsmatrix – also eine Gegenüberstellung mit SAP – machen. In der Entscheidungsmatrix müssen die Kosten, initial und langfristig, die Skalierbarkeit, die Sicherheitsanforderungen, das Innovationspotenzial, die Wartung und der Support, die Benutzerfreundlichkeit, die Datenkonsistenz, die Integration in die Systemlandschaft etc. verglichen werden. Dass in diesem Kreditantrag keine solche Entscheidungsmatrix gemacht wurde, stört uns sehr. Auch dass die internen Kosten sowohl für die 5 Infrabereiche wie auch für die Informatik der Stadt Bern nicht aufgeführt werden, ist nicht professionell. Speziell wird nicht aufgezeigt, was für Auswirkungen das Betreiben dieser neuen Software unter 5 Schnittstellen für die Informatik Stadt Bern hat. Wir haben den Verdacht, dass es dazu einen Nachkredit geben wird. Deshalb und auch, weil wir glauben, dass der Einführungsplan der neuen Software zu ambitioniert ist, wird die FDP diesem Kreditgeschäft nicht zustimmen. Wir finden aber auch den ganzen Informatik-Themenbereich der Stadt Bern prüfungswürdig. Uns fehlt eine klare IT-Strategie, welche zu IT-Geschäften wie diesem gespiegelt werden kann, und klar definiert, wie man SAP innerhalb der Verwaltung positioniert. Wir sind klar der Meinung, dass möglichst alle Geschäftsprozesse über SAP abgewickelt werden müssen und dies auch in der Verwaltung durchgesetzt werden muss. Dazu braucht es in der Stadt Bern einen CEO oder Chief Information Officer oder einen CDO, einen Chief Digital Officer, mit direkter Anbindung an den Gemeinderat. Momentan ist Informatik Stadt Bern nur ein Dienstleister und kein strategischer Partner. Und das ist schlecht. So wie die IT der Stadt Bern momentan aufgestellt ist, lässt sie viel Raum für Schatten-ITs und Inkonsistenzen. Der Gemeinderat ist hier gefordert, die IT-Organisation neu aufzustellen, eine IT-Strategie zu erarbeiten und entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Aktuell ist es ein Jekami. Wenn der Gemeinderat jetzt nicht handelt, werden wir in den nächsten Jahren grosse Probleme haben. Merci.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Dominik Fitze für die SP-JUSO-Fraktion.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Eigentlich wollte ich auf ein Fraktionsvotum verzichten. Aber ich finde es jetzt schon einen komischen Populismus, der uns entgegenweht. Einfach noch einmal, um kurz ein paar Fakten in die Debatte einfließen zu lassen: Einerseits sprechen wir hier nicht über einen riesigen Kredit. Wir sprechen über einen punktuellen Kredit, der gewisse Automatisierungen und gewisse Verbesserungen mit sich bringt, insbesondere eben auch für die Mitarbeitenden des Tiefbauamts im neuen Werkhof, der, wenn ich es richtig im Kopf habe, gegen Ende Jahr eben an einem Standort vereint wird, und wo dann mit dieser neuen Software sinnvoll gearbeitet werden soll. Zu SAP: Man kann der Meinung sein, dass SAP die bessere Lösung wäre. Ich halte es aber ehrlich gesagt nicht für die Aufgabe eines Parlamentes, in diesem Rahmen Micromanagement zu betreiben. Wenn unser Stadtingenieur und andere Leute in der TVS, aber auch Informatik Stadt Bern zum Schluss kommen, dass es letztendlich günstiger, sinnvoller, produktiver und auch benutzerfreundlicher ist, eine andere Lösung zu wählen, dann ist das etwas, dem ich prinzipiell vertraue, insbesondere bei Projekten, bei denen die Projektkosten eher im 6-stelligen als im 7- oder 8-stelligen Bereich liegen. Und drittens: Einen Chief Information Officer fordern – okay, macht einen Vorstoss. Aber jetzt bei einem Projekt, das einerseits den Mitarbeitenden direkt etwas bringt, andererseits hoffentlich Effizienz bringt, und es drittens sinnvoll ist, nicht mehr mit Excel und von Hand zu arbeiten, zu finden, man lehne das jetzt ab, weil man

eine bessere IT-Strategie fordert – hey, mach das bei den grossen Projekten. Und wenn du noch ein allerletztes populistisches Argument von mir haben willst: Ich kann mich nicht an einen Nachkredit für IT-Projekte als der TVS erinnern. Das sage ich jetzt einfach mal so. Danke.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die GFL-Fraktion, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich halte jetzt ein ganz kurzes Votum – in etwa so kurz, wie unser Expert*innenwissen zu diesem Thema lang ist, also eigentlich inexistent. Mein Auftrag ist: Wir werden der Verwaltung vertrauen und das Geschäft annehmen. Aber wir möchten darauf hinweisen, dass die Diskrepanz zwischen dem Fachwissen, das die Verwaltung hat, und dem Wissen, das wir bei solchen Geschäften haben, extrem asymmetrisch ist, entsprechend auch das Machtverhältnis unglaublich asymmetrisch ist. Und daher stellt sich die Frage, wie glaubwürdig man als Parlament solche Entscheidungen fällen kann. Also ich kann ganz viele Argumente, die Thomas vorgebracht hat, nachvollziehen. Also, einige bei uns - und du bist ja auch Experte, du hast ja auch mit SAP gearbeitet –, daher habe ich eigentlich auch sehr grosses Vertrauen. Und auf der anderen Seite hat man die Verwaltung, der man ja eigentlich auch vertraut. Es ist fast ein bisschen ein innerer Konflikt, den man hier austragen muss, und zwar schlicht deshalb, weil wir einfach keine Ahnung haben, wenn wir ehrlich sind. Und das finde ich schwierig. Also ich wünschte mir, dass diese Vorträge so gemacht würden, dass man es nachvollziehen kann. Sie sind sehr einspurig, solche Vorträge. Die Verwaltung will ja etwas. Also formuliert sie es auch in dem Sinne, dass es nur logisch ist, dass man einfach nur diesen Weg gehen kann. Aber wir sind ja alle mündige Bürger*innen. Wir wissen: Es gibt immer Alternativen. Und wenn man nicht darauf hinweist, dann gibt es eben Fragezeichen und damit erodiert auch das Vertrauen im Parlament. Daher möchte ich einfach anregen, dass man an dem Thema arbeitet. Es ist jetzt halt hier im IT-Bereich besonders ausgeprägt, obwohl wir auch ein paar jüngere Parlamentarier*innen haben. Aber das haben wir auch in anderen Bereichen. Danke.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Ich sehe keine Fraktionsvoten mehr. Dann wäre die Redner*innenliste offen für Einzelvoten. – Auch keine Einzelvoten. Wunderbar, dann übergebe ich gerne das Wort dem Gemeinderat Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Eigentlich wollte ich zu diesem Traktandum nicht sprechen. Aber ich muss jetzt schon noch einige Sachen dazu sagen. 3 Punkte: Erstens hätte Thomas Hofstetter meiner Ansicht nach erwähnen müssen, dass er früher SAP-Consultant war. Dann wäre sein Votum vielleicht anders verstanden worden. Also Interessenbindungen sollte man in diesem Sinn offenlegen, finde ich. Dann ist wichtig: Es wurde gesagt, IT-Projekte seien nicht auf Kurs. Es wurde Citysoftnet erwähnt. Ich möchte klar betonen, dass bei Tiefbau Stadt Bern alle IT-Projekte immer auf Kurs sind, bis auf den heutigen Tag. Das ist mir wichtig zu sagen. Sie können den Stadtingenieur dort hinten fragen. Und wenn Sie jetzt sagen: Wir machen keine IT-Projekte mehr in der Stadt Bern, weil ein, zwei IT-Projekte Nachkredite erfordert haben, dann machen wir keine IT-Projekte mehr. Aber dann kann man auch beim Kanton und beim Bund keine IT-Projekte mehr machen. Ich wollte eigentlich nicht sprechen, weil das Traktandum in der Kommission mehr oder weniger unbestritten war, und Daniel Michel, unser Projektleiter, dabei war und erklären konnte, genauso wie die Kommissionssprecherin zu Beginn auch, weshalb man diese 2 Kredite genehmigen muss, und dieses Projekt braucht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin: Jetzt ist es so, dass Thomas Hofstetter persönlich angesprochen wurde, und darum auch noch etwas sagen könnte.

Thomas Hofstetter (FDP): Ich kann euch Entwarnung geben. Ich habe keinen Interessenkonflikt. Ich habe vor 10 Jahren aufgehört als SAP-Berater zu arbeiten. Ich habe null Aktien, nichts. Ich habe einfach ein bisschen Erfahrung damit. Ich habe auch verschiedentlich in der öffentlichen Verwaltung SAP einführen können. Es war nicht alles Unsinn, was ich erzählt habe. Ich weiss nicht warum, aber ich werde von der SP manchmal persönlich angegriffen. Dabei versuche ich einfach das Beste für unsere Stadt zu machen und ich habe null persönliche Interesssen. Besten Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Thomas. Somit wäre unsere Diskussion durch und wir kämen zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderates so zustimmen?

Abstimmung Nr. 009

2025.TVS.0050

Annahme

Ja	54
Nein	9
Enthalten	3

1. Vizepräsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

2014.PRD.000100

7 «Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen»: Gestaltungs- und Nutzungskonzept zu Teilprojekt 5 («Freiraumgestaltung unter dem Viadukt Nord»); Kenntnisnahme

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum Traktandum 7, dem Bericht des Gemeinderates "Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen". Ich erteile gerne der Kommission das Wort. Für die PVS Dominik Fitze, der schon bereitsteht.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Apropos das Beste für die Stadt machen – wir kommen jetzt, glaube ich, zu einem sehr, sehr coolen und unbestrittenen Projekt, und das Problem bei meinem Votum ist: Was erzähle ich jetzt alles? Denn in der Kommission habe ich, glaube ich, eine halbe Stunde geredet, weil es ganz, ganz viele Details gibt, die man erwähnen kann und muss. Und ich probiere das jetzt so rasch als möglich zu machen, auch, weil es, glaube ich, am Ende unbestritten ist. Also es geht um diesen Viaduktraum innerhalb des ESP (Entwicklungsschwerpunkt) Ausserholligen, also um den Raum dort, wo jetzt im Prinzip eine Industriebrache Schrägstrich ein Parkplatz ist. Dieser soll neu die Räume innerhalb dieses grossen ESP verbinden und sie eben auch zu einem Ort verbinden, der durchlässig ist, wo man aber andererseits auch eine gute Aufenthaltsqualität hat. Dieser Viaduktraum dort unter der Autobahn, nördlich des heutigen Europaplatzes, verbindet dann im Süden die neue Haltestelle, die dann Europaplatz Nord heisst, im Osten den FH Campus, aber auch die Beachvolleyballhalle, im Westen zum Beispiel das Weyerli, aber auch das neue Stadtquartier Weyermannshaus

West, das dort entstehen wird. Dafür wird der Viaduktraum zu einem guten Teil abgesenkt, so dass man daneben auch sinnvoll, das heisst, ohne allzu grosse Höhenunterschiede, zum Bahnhof gelangt. Er wird belebt mit Plätzen für Sport, mit einem Eventraum für Hunderte oder gar Tausende Leute, wird beleuchtet, so dass man sich auch in der Nacht wohlfühlt und nicht nur am Tag. Er wird aber auch Raum bieten für Zwischennutzungen und Pop-ups von einem Tag bis zu 2 Jahren und Flächen haben, auf denen die zukünftigen Nutzenden experimentieren können, wobei heute noch nicht geklärt ist, was da genau draufkommt. Er wird auch nach Re-Use-Prinzipien mit recycelten, schon gebrauchten Bausteinen und Baustoffen gemacht und mit möglichst wenig neuem Beton. Und damit es nicht allzu grau wird, gibt es sogar noch eine Sprayerwand. Gestaltet wird dieser Raum in einer breiten Partizipation, in der das Quartier, die Wirtschaft, die Kultur, aber auch zukünftige Nutzende beteiligt waren – eben an der Ausarbeitung. In der Kommission gaben noch die Veloführung und die Veloparkierung zu reden, weil es an einigen Ecken Überschneidungen zwischen den Fussgängerwegen und den Velofahrenden gibt. Schlussendlich, so scheint mir – und ich glaube auch der Mehrheit der Kommission –, wurde hier eine sehr zielführende Variante gewählt. Dass wir aber auch vor allem über das gesprochen haben, zeigt, glaube ich, schon auch, dass es einfach ein stimmiges, gutes Konzept ist, das hier umgesetzt werden soll. Und deshalb empfiehlt euch die Kommission PVS einstimmig die zustimmende Kenntnisnahme. Noch ein Wort dazu, warum wir überhaupt die zustimmende Kenntnisnahme machen und nicht einen Beschluss. Wie ihr ja wisst, sind die Gelder für den ESP Ausserholligen schon letztes Jahr in einer Volksabstimmung gesprochen worden. Und dieses Projekt ist eben ein Teil dieses noch viel grösseren Projekts, der eben zu diesem neuen Stadtquartier beitragen wird. Der Stadtrat hat damals – da war ich noch nicht dabei, das musste ich im Protokoll nachlesen – beschlossen, dass er über dieses Teilprojekt nochmals einen Beschluss fassen will. Das Wort Beschluss ist hier wichtig. Er hat nämlich zum Beispiel über ein anderes Teilprojekt gesagt, er wolle dort noch etwas entscheiden. Prinzipiell hat man damals aber die genaue Ausführung der meisten Teilprojekte dem Gemeinderat übertragen. Deshalb hat die Stadtkanzlei gesagt, dass hier der definitive Entscheid beim Gemeinderat liegt. Der Stadtrat will aber einen Beschluss fassen und die Kenntnisnahme sei eben ein Beschluss. Diese Einschätzung hat durchaus zu Diskussionen geführt. Aber letztendlich empfehlen wir euch, wie gesagt, einstimmig die zustimmende Kenntnisnahme. Falls ihr noch Fragen habt oder Visualisierungen wollt, ich habe, glaube ich, eine 50-Megabyte-Powerpointpräsentation. Aber das wäre jetzt der falsche Ort. Damit schliesse ich das Votum. Danke.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Besteht Diskussionsbedarf? – Es besteht Diskussionsbedarf. Wunderbar, dann könnt ihr euch anmelden. Damit erteile ich als Erstes Mirjam Läderach für die GB-JA!-Fraktion das Wort.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: In den nächsten 20 Jahren wird im Perimeter des Entwicklungsschwerpunkts Ausserholligen wohl kaum ein Stein auf dem anderen bleiben. Ein neues Quartier entsteht und wird die Stadt in den kommenden Jahren ziemlich auf Trab halten. In der bisherigen Debatte zum ESP Ausserholligen hat die GB/JA!-Fraktion betont, wie zentral die Freiraumplanung für das Gebiet ist. Denn abgesehen vom Weyerli und dem Europaplatz gibt es derzeit kaum öffentliche Aufenthaltsräume in diesem Perimeter. Damit hier ein lebendiges Quartier entsteht, sind zugängliche Freiräume für alle zentral. Aus diesem Grund begrüsst die GB/JA!-Fraktion, dass das Teilprojekt 5 sowohl in der Kommission als auch im Stadtrat erneut beraten werden kann. Irritiert hat uns auch, dass das Gestaltungs- und Nutzungskonzept für

das Viadukt Nord aber lediglich zur Kenntnisnahme traktandiert wurde, denn Ziel des Antrags für die erneute Traktandierung war es gerade, die Möglichkeit zu haben, auch Anträge dazu zu stellen. Davon abgesehen findet die GB-JA!-Fraktion das Gestaltungs- und Nutzungskonzept grundsätzlich gelungen, und daher nehmen wir das Geschäft positiv zur Kenntnis. Unter dem Viadukt entsteht ein öffentlicher Raum, der eine Vielzahl von Nutzungen vereint. Wir haben es gehört: Es gibt Skaten, Sportfelder, ein Outdoor-Gym, Spielflächen, Sitzbänke zum Verweilen. Und auch Events sollen hier entstehen. Das Geschäft ist sehr vielfältig und ich werde im Weiteren nur noch auf einzelne Punkte eingehen. Wir begrüßen den sorgfältigen Partizipationsprozess rund um das Gestaltungskonzept. Entscheidend ist nun, dass die Stimmen aus dem Quartier nicht nur angehört, sondern auch umgesetzt werden. Und damit die Teilhabe am Raum auch für alle gewährleistet ist, braucht es Angebote, die niemanden ausschliessen. Eine gezielte Förderung von nichtkommerziellen Veranstaltungen ist bisher im Projekt nicht vorgesehen. Wir fordern die Stadt deshalb auf, dass die Durchführung von nichtkommerziellen und niederschweligen, also kostenlosen Anlässen explizit im Nutzungskonzept verankert wird. Spannend findet die GB/JA!-Fraktion den Re-Use-Ansatz in diesem Projekt. Es ist der erste grössere Pilotversuch auf städtischem Boden. Materialien, die hier oder auf anderen Baustellen in der Stadt anfallen, sollen vor Ort wieder verwendet werden. Das ist ressourcenschonend und vermeidet graue Emissionen. Solche Ansätze braucht es, um unsere Klimaziele zu erreichen. Wir hoffen, dass dieser Pilot gelingt und daraus mehr wird als ein Einzelprojekt, dass damit ein Modell für zukünftige Bauvorhaben entstehen kann. Wir hoffen, dass sich zeigen lässt: Bauabfälle müssen nicht entsorgt werden, sondern können direkt in neue Qualitäten überführt werden. Und wir sind gespannt auf die aus Verpackungsplastik gepressten Sitzauflagen. Klar ist aber auch: Die Qualität der wiederverwendeten Materialien muss stimmen, einerseits für sichere Velowege und andererseits für eine hindernisfreie Gestaltung des Raums. Die Herausforderung hierbei ist sicher, dass heute noch nicht klar ist, wie sich die Situation mit den Re-Use-Materialien präsentiert, und laufend geplant werden muss. Wir begrüßen, dass die Stadt die Zusammenarbeit mit der städtischen Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie den Behindertenverbänden sucht. Die konsequente Umsetzung der Hindernisfreiheit ist für die GB/JA!-Fraktion zentral. Wir erwarten deshalb, dass auch im weiteren Projektverlauf die Bedürfnisse aller Nutzer*innen frühzeitig abgeholt und verbindlich berücksichtigt werden – und ganz konkret, dass ein Leitsystem umgesetzt und rollstuhlgängige Beläge verwendet werden. Denn nur so wird aus dem geplanten Freiraum ein wirklich inklusiver Ort für alle. Weiter soll das Viadukt als wichtige Velohauptroute dienen und damit auch die verschiedenen Areale des ESP Ausserholligen miteinander verbinden. In der aktuellen Planung zeigen sich jedoch mehrere Punkte, die den Zielen des Masterplans Veloinfrastruktur widersprechen, und aus Sicht der GB/JA!-Fraktion angepasst werden müssen. Erstens ist vorgesehen, dass die Zulieferung und Entsorgung der Nutzungen unter dem Viadukt inklusive Schwerverkehr mit Lastwagen über die Velohauptroute erfolgt. Und das führt zu einer Vermischung von Liefer- und Veloverkehr und beeinträchtigt sowohl die Sicherheit wie auch die Attraktivität der Veloverbindung. Zweitens soll die Zufahrt zum Parkhaus des Beach-Centers im Mischverkehr mit den Velofahrer*innen erfolgen, hier ohne jegliche Veloinfrastruktur. Und drittens sind zwei Mischverkehrsbereiche für Fuss- und Veloverkehr geplant. Vor allem bei hohem Veloaufkommen entsteht dadurch eine schwierige und unsichere Situation für Fussgänger*innen. Und zum Schluss noch etwas zur geplanten Begrünung: Es freut uns, dass im Perimeter wie auch in den angrenzenden Projekten zahlreiche neue Bäume vorgesehen sind. Diese schaffen Aufenthaltsqualität und wirken kühlend. Und auch die geplante Öffnung des Stadtbaches im angrenzenden Areal

der BFH (Berner Fachhochschule) begrüßen wir sehr. Die GB/JA!-Fraktion ist gespannt auf die konkrete Umsetzung dieses Projekts, die hoffentlich zeigt, wie eine soziale und ökologische Stadtentwicklung konkret aussehen kann. Merci.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Wir begrüßen das Projekt ausdrücklich, da es aus einem bisher schlecht genutzten, versiegelten Raum unter dem Autobahnviadukt einen vielfältigen, lebendigen und öffentlich zugänglichen Freiraum macht. Die geplante Umnutzung schafft nicht nur neue Aufenthalts- und Begegnungsräume für die Bevölkerung, sondern trägt auch wesentlich dazu bei, dass zum Beispiel ich als Bümplizer und der Kommissionssprechende Dominik Fitze als Holliger räumlich und sozial zusammengeführt werden. Besonders erwähnen möchten wir die gute Partizipation im Planungsprozess. Die Einbindung zahlreicher Akteur*innen aus Quartier, Fachwelt und Verwaltung hat zu einem breit abgestützten und qualitativ hochwertigen Konzept geführt. Die 5 runden Tische und die Ergebniskonferenz haben gezeigt, wie wertvoll ein solcher Dialog ist, nicht nur für die Planung, sondern auch für die spätere Aneignung und Belegung des Raums. Positiv finden wir, dass im Konzept auch Plätze und Raummodule vorgesehen sind, deren Nutzung bewusst offengelassen wurde. Diese Flächen bieten die Möglichkeit, sie flexibel und niederschwellig als Pop-up- oder Eventräume zu nutzen. Damit entsteht ein wertvoller Spielraum für kreative, temporäre Nutzungen, mit denen auf spontane Bedürfnisse aus dem Quartier reagiert werden kann. Als Anregung möchten wir mitgeben, dass bei zukünftigen Projekten auch nicht organisierte Bevölkerungsgruppen einbezogen werden sollten, also Menschen, die nicht über institutionelle oder fachliche Zugänge verfügen, aber ebenso von der Entwicklung stark betroffen sind. Eine solche Öffnung würde die Mitwirkung weiter stärken. Zudem regen wir den Gemeinderat an, im Rahmen der Umsetzung ein partizipatives Budget einzuführen. Ein definierter Betrag könnte für kleinere Projekte oder Initiativen reserviert werden, über deren Verwendung die Quartierbevölkerung selbst entscheidet. Dies würde die Identifikation mit dem Ort weiter stärken, die Selbstwirksamkeit fördern und die Vielfalt der Nutzungsideen nochmals erweitern. Die SP-JUSO-Fraktion wird den Bericht positiv zur Kenntnis nehmen. Merci.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Gibt es Einzelvoten? – Gerne Michael Rufer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich freue mich persönlich sehr auf den ESP Ausserholligen und auf seine Bewirtschaftung und Realisierung, denn ich erlebe zum zweiten Mal arbeitstechnisch einen Umzug in einen fast leeren Entwicklungsschwerpunkt. Vor 13 Jahren war das bei der SBB, beim Bezug der neuen Büroräumlichkeiten des SBB-Hauptsitzes der Fall. Ich kann mich noch erinnern, wie wir uns damals jeweils besorgt auf die Suche nach Mittagsverpflegung gemacht haben und dann in sehr umständlichen Reisen oder zumindest Fortbewegungen manchmal Richtung Quartier gezogen sind. Im Gegensatz zum ESP Wankdorf haben wir hier die Aussicht auf viel gemischtere Nutzungen mit der BFH, mit dem Beachvolley-Center, dem Weyerli, dem Viadukt und der Nutzung und den EWB-Hochhäusern, die gebaut werden sollen. Und auch, was ich besonders wichtig finde, der Zugang eben zu, das wurde eben im Votum von Timur schon gesagt, diesen ganzen Räumlichkeiten und öffentlichen Räumen ist eben im Gegensatz zur immer noch fehlenden Passage am Bahnhof Wankdorf sehr viel besser geregelt oder zumindest viel besser angedacht. Und ich glaube, man kann sich

freuen. Und ich hoffe wirklich, dass, wenn mein Arbeitgeber, die BLS, diesen Sommer umzieht, wir dort auch bald einmal gute und ansprechende Verpflegungsmöglichkeiten haben werden. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gäbe, würde ich dem Gemeinderat das Wort geben.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich möchte Ihnen nach all den Voten und vor allem auch nach den detaillierten Ausführungen des Kommissionssprechers nicht allzu viel Redundanz zumuten. Ich beschränke mich in meinem Votum auf 3 Punkte: Partizipation, Entwicklungsfelder und die aktuelle Bodendiskussion. Die Erarbeitung des Gestaltungs- und Nutzungskonzepts erfolgte in einem aufwändigen, partizipativen Prozess mit Vertreter*innen der zahlreichen Stakeholder- und Anspruchsgruppen. In der Vorprojektphase gab es 5 runde Tische zu den Themen Bewegung & Sport, Quartier & Alltag, Gewerbe & Entrepreneur, Event & Gastronomie sowie Kultur & unsichtbare Stadt. Die Erkenntnisse dieser Workshops flossen direkt in die Arbeiten des Bauprojekts und auch in das Gestaltungskonzept ein. Ziel war und ist es, dass Menschen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Interessen den Freiraum unter dem Autobahnviadukt nutzen und sich aneignen können. Das vorliegende Gestaltungs- und Nutzungskonzept ist nicht endgültig, Sie haben es gehört, sondern lässt eine Bespielung zu, die sich weiterentwickeln kann. Dazu sind 8 Entwicklungsfelder reserviert, welche, Stand heute, sozusagen leer sind. Jugendarbeit, Quartierküche, Verkauf, Repair-Cafés sind einige Stichworte, welche als mögliche zukünftige Bespielungsmöglichkeiten genannt wurden. Aber alles ist offen. Alles oder zumindest vieles ist möglich. Dieser Teil des Nutzungskonzepts freut mich ganz besonders. Zu guter Letzt komme ich nicht darum herum, auch noch etwas über PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) zu sagen. Diese per- und polyfluorierten Alkylverbindungen sind synthetische Chemikalien, welche seit den 70er-Jahren in Textilien, Farben, Verpackungen, Kosmetika, Pestiziden und vielen anderen Stoffen vorkommen. Einige PFAS wurden von der internationalen Gesundheitsbehörde WHO als krebserregend eingestuft. Studien zeigen, dass PFAS das Immunsystem beeinträchtigen können. Wie Sie mitbekommen haben, führten Bodenproben auf dem angrenzenden Areal, dort, wo der Campus für die Berner Fachhochschule gebaut wird, PFAS-Rückstände zu Tage. Wie sie in den Boden gelangt sind, ist gemäss aktuellem Wissensstand nicht klar. Am wahrscheinlichsten ist es, dass die PFAS Rückstände von Löscharbeiten bei einem Brand 1999 stammen. In den nächsten Wochen werden nun auch Bodenproben unter dem Autobahnviadukt analysiert. Aufgrund der Distanz zum Brandherd von 1999 und den Untersuchungsergebnissen beim Campusareal gehen wir davon aus, dass die Belastung, wenn überhaupt vorhanden, sehr gering sein wird. Sollte sich der Boden als belastet erweisen, wird auch auf dem Areal unter dem Viadukt wie auf dem benachbarten Campusareal eine Sanierung erfolgen müssen. Der Boden unter dem Viadukt gehört den SBB. Mit ihnen und weiteren Akteuren wie Kanton und Bund etwa müsste das weitere Vorgehen besprochen werden. Das alles soll uns aber die Vorfreude auf den neuen Freiraum unter dem Autobahnviadukt in Ausserholligen nicht trüben. Ich bitte Sie, das Gestaltungs- und Nutzungskonzept zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Da es sich um den Bericht des Gemeinderats handelt, werden wir die Wertung zur Kenntnis nehmen. Grün für zustimmend, Rot für ablehnend oder Weiss ohne Wertung.

Abstimmung Nr. 010

2014.PRD.000100

Zustimmung

Ja	60
Nein	3
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Ihr habt den Bericht des Gemeinderates zustimmend zur Kenntnis genommen.

2024.SR.0335

8 Interpellation Oliver Berger (FDP), Ursula Stöckli (FDP): Warum kapitulierte Bernmobil im Schneechaos vom 21.11.24?

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zum Traktandum 8, einer Interpellation der FDP-Fraktion "Warum kapituliert Bernmobil im Schneechaos vom 21. November?" Ist die Diskussion durch die Einreichenden erwünscht? – Dann erteile ich gerne den Einreichenden das Wort. – Schon ein erstes kleines Malheur. Wir müssen erst darüber abstimmen, ob die Diskussion gewährt wird.

Abstimmung Nr. 011

2024.SR.0335: Diskussion

1/3-Quorum erreicht

Ja	51
Nein	9
Enthalten	1

1. Vizepräsidentin: Es wurde die Diskussion gewährt. Vielen Dank.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Ich halte das Votum, das Oli Berger geschrieben hat. Am Donnerstag, 21.11.2024, hat es in der Schweiz eine Schlechtwetterfront gegeben. Vor intensivem Schneefall bis ins Flachland ist mindestens 2 Tage vorher von Meteo-Schweiz gewarnt worden. Luzern und St. Gallen haben diesen Schneesturm offenbar gut handeln können. Bernmobil hat den Betrieb mit der Zeit komplett eingestellt. Wir haben es hier im Stadtrat selber gesehen. Als wir mit der Sitzung fertig waren, ist überhaupt nichts mehr gegangen. Die Hauptstadt ist im Schneechaos versunken. Und es hat in gewissen Quartieren bis am Sonntagmittag gedauert, bis der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte. Die Antwort auf die Interpellation ist und bleibt unbefriedigend. Es ist nach wie vor ein Rätsel, wie Bernmobil offenbar sehenden Auges in diesen Schneewall laufen konnte. Die Erklärung, man habe genug Vorkehrungen getroffen, zum Teil sei auch der MIV schuld oder man wolle sich nicht auf Extremfälle vorbereiten, sondern nur auf den Normalfall und werde deshalb bei kommenden grösseren Wetterextremen einfach den Betrieb einstellen, verfangen einfach nicht und kommen einer Arbeitsverweigerung gleich. Es ist nicht akzeptabel, dass offenbar auch künftig, wenn es ein bisschen Schnee hat, gewisse Quartiere über Tage nicht mit dem ÖV erreichbar sein sollen. Das mag ja noch gehen für Leute bis ins mittlere Alter, die

gut zu Fuss sind. Aber was ist insbesondere mit den älteren oder gebrechlichen Leuten, die auf den ÖV angewiesen sind? Die sollen daheim bleiben, weil Bernmobil findet, es sei halt sicherer oder einfacher und vielleicht bequemer, wenn die Fahrzeuge im Depot bleiben. Hier braucht es aus unserer Sicht bessere Massnahmen für den Ereignisfall und ein besseres Krisenmanagement und Prävention. Es muss mindestens einen Notfallplan geben, der auch greift, damit diese Quartiere erreichbar und erschlossen bleiben. Es kann nicht sein, dass tagelang einfach alles lahmgelegt ist. Hier hat man offenbar am falschen Ort gespart und sich auf dem falschen Fuss erwischen lassen. Wir erwarten, dass Bernmobil seine Position überdenkt und die Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und Dritte, die für Schneeräumungen einspringen können, intensiviert werden. Es braucht zudem eine wintertaugliche Flotte, wenigstens eine Minimalflotte. Wir sind mit der Antwort auf die Interpellation nicht zufrieden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Dann wäre die Liste offen für die Fraktionsvoten. Für die SVP-Fraktion, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst den FDP-lern Ursula Stöckli und Oliver Berger danken, die den Vorstoss eingereicht haben. Ich danke euch, dass ihr die Diskussion gewährt habt, denn das Versagen von Bernmobil betrifft die ganze Stadt Bern. Zusammen mit Kurt Rüegsegger, ich bin schon seit langem im Stadtrat, haben wir x Vorstösse eingereicht – nach dem Motto "Erster Schnee, Bernmobil, nichts geht mehr". Wir haben immer thematisiert, dass man vielleicht Schneeketten haben sollte. Ich bin mittlerweile zur Auffassung gekommen, dass das wahrscheinlich bei den neuen Bussen gar nicht mehr geht. Die sind dermassen niedrig, wahrscheinlich in Portugal oder Spanien hergestellt. Beim Anforderungskatalog, ich höre vielleicht vom zuständigen Gemeinderat Matthias Aebischer noch Näheres dazu, war Wintertauglichkeit offenbar kein Kriterium. Und jetzt haben wir die Folgen. Für mich wäre es ganz einfach gewesen. Das ist das, was wir immer moniert haben. Es ist mir auch klar, dass man bei diesen Typen nicht unbedingt Schneeketten montieren kann. Aber man sollte halt mit den alten Dieseln, von denen hat man noch einen gewissen Stock, dafür sorgen, dass man einen gewissen Minimalbetrieb aufrechterhält. Während 2 bis 3 Tagen konnte man nicht mehr ins Kirchenfeld, nicht mehr in die Elfenau und nicht mehr in den Spiegel gelangen. Das ist für mich völlig inakzeptabel. Man kann auch nicht mit dem Velo fahren und ein Fussmarsch nach Bümpliz oder nach Gümligen arbeiten gehen ist teilweise auch relativ mühsam. Wir sind hier nicht im Calancatal, wir sind nicht im Muota-Tal. Wir sind in der Stadt Bern. Und das muss man einfach machen. Ich mache hier ausdrücklich nicht den Buschauffeuren und den "Trämelern" von Bernmobil und den Mitarbeitern der Dienste einen Vorwurf. Aber man hat gewusst, dass Schneefälle kommen. Das hat man frühzeitig gewusst. Man hat gewusst: Es kommt viel Schnee. Und am Donnerstagvormittag ist dann gar nichts gewesen. Ich habe noch Verständnis, wenn es einen grossen, überraschenden Schneefall gibt oder einen Tornado wie in Kansas in Amerika, der plötzlich kommt, sodass alles abliegt. Aber dass man während Tagen keine minimale Verbindung in die Aussenquartiere hat, ist für mich nicht haltbar. Ich biete Hand für Vorstösse, damit man eben in diesen Zeiten – und es war, weiss Gott, auch kein enormer Schneefall ... Ich kann mich erinnern. Als ich in der 5. oder 6. Klasse war, hat es auch einmal enorme Mengen geschneit. Das ist ein courant normal. Man muss halt nicht auf die Klimajugend und auf Professor Knutti hören und sagen, es gebe keinen Schnee mehr. Es hat jetzt halt wieder Schnee gegeben und wird weiterhin Schnee geben, so dass man hier eben eine Minimallösung braucht. Und daher möchte

ich wissen und hören, dass man eben alte Fahrzeuge – die haben halt dann vielleicht nur die Dieselnorm 1 oder 2 oder 3 – in petto hat wie im Militär. Da hat man nämlich, wenn man es gewusst hat, noch einen Puch mit Ketten ausgerüstet und den anderen hat man nicht mit Ketten ausgerüstet, so dass wir einen Minimalbetrieb aufrechterhalten konnten. Darüber möchte ich Klarheit haben. Und am Schluss möchte ich noch ein Bonmot bringen. Dällebach Kari war eine alte Figur in den 20er, 30er Jahren. Nach ICD 10 (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems) hatte er wahrscheinlich ein mittelgrosses oder grösseres Alkoholproblem. Er hat sich für die Schneeräumung beworben und dann hat er am Schluss gesagt: Wenn ich bis im Mai Zeit habe, dann geht es. Und in der Stadt Bern? Als ich im Wetterbericht gesehen habe, dass am Dienstag dann wieder gut ist, am Samstag und Sonntag nicht so gut, am Montag wird es wieder heiss, habe ich gewusst, dass am Dienstag wieder die Busse fahren. Aber es ist das Prinzip Hoffnung, das Prinzip Meteo. Und da möchte ich jetzt doch ein paar konkrete Antworten haben. Ich will euch nicht beüben, ich habe schon genügend Vorstösse. Aber wenn ich hier klare Antworten bekomme, dahingehend, dass man eben im Sinn der Erwägungen, dass es halt vielleicht nicht Dieselnorm 1, sondern Dieselnorm 6 oder 7 ist, würden wir allenfalls davon absehen. Aber für mich gehört es zu der Bundeshauptstadt – es ist nicht das Calancatal –, dass wir hier eine minimale Sicherstellung des ÖV haben. Danke vielmals.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die GB-JA!-Fraktion, Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Bernmobil hat an diesem Tag wichtige Massnahmen getroffen und richtigerweise den gesamten Betrieb eingestellt. Es geht hier nicht um Arbeitsverweigerung oder etwas in diesem Sinn. Vielmehr waren das wichtige Massnahmen, um Sachschäden zu verhindern an Fahrzeugen, an Schienen, an Weichen und andererseits für die Prävention von Personenunfällen, was ja hier wohl die höchste Priorität hat. Extremwetterereignisse werden mit den Klimaveränderungen zunehmend Teil unseres Alltags werden. Und eben nicht nur bei sehr viel starkem Schneefall, sondern gerade bei der Kombination von starkem Schneefall bei wenigen Graden über dem Gefrierpunkt und darauffolgend sinkenden Temperaturen ergeben sich schnell prekäre Strassenverhältnisse. Bernmobil kann sich maximal vorbereiten und soll das auch tun. Man kann schnell handeln, diese Ereignisse aber nicht verhindern. Wenn es ums Sparen geht, kann ich noch anfügen, dass weniger Schaden entsteht, auch finanziell, wenn die Fahrzeuge nicht bei Bedingungen unterwegs sind, für die sie nicht ausgerüstet sind. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar, dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen in dieser Situation vorgeht. Ja, wir sollten uns, je länger, desto mehr auf solche Wetterereignisse einstellen und entsprechend auch eine extra flexiblere Zeitplanung haben und vielleicht mit besserem Winterschuhwerk an die Sache herangehen.

1. Vizepräsidentin: Merci. Für die Fraktion SP/JUSO, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Ich profitiere davon, dass Alexander Feuz noch im Raum ist. Ich glaube, die SVP und Alexander Feuz müssen sich noch ein wenig mit dem Klima beschäftigen. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Man geht vermehrt davon aus, dass es Extremwetterereignisse gibt, intensiver Regenfall, Schneefall. Genau das ist passiert und darum müssen wir auch hinhören. Das müssen wir ernst nehmen und nicht ins Lächerliche ziehen, wie es die SVP macht. Wir müssen uns hier neu anpassen. Und es scheint, dass Bernmobil etwas daraus gelernt hat, wenn ich den Bericht anschau. Es war auch zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Es war viel Feierabendverkehr.

Es war viel motorisierter Individualverkehr in der Stadt unterwegs. Und der hat auch blockiert. Für die SP-JUSO-Fraktion ist das ein weiterer Grund, auch dranzubleiben, um die Pendlerströme weg vom Auto hin zu den Velos und dem ÖV zu verschieben. Vielleicht haben wir etwas am falschen Ort gespart. Aber was wir bei den Strassenräumungen noch auf den Weg geben möchten: Es ist klar, dass befahrbare Strassen für Blaulicht an erster Stelle stehen. Aber vielleicht findet man ja ein anderes Konzept, als den ganzen Schnee auf die Velostreifen zu schieben. Und vor allem braucht es auch Lösungen für Menschen im Rollstuhl oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Wie gesagt, Bernmobil scheint hier seine Lehren daraus gezogen zu haben. Und das ist bei den immer intensiveren Niederschlägen und Schneefällen aufgrund des Klimawandels nötig.

1. Vizepräsidentin: Gerne Carola Christen für die GFL.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Die vom Gemeinderat dargelegten Gründe für die Betriebseinstellungen bei Bernmobil erscheinen auch uns grundsätzlich nachvollziehbar. Wie bereits erwähnt: Diese Kombination aus starkem Schneefall, schlechter Fahrzeugausrüstung – auch im Individualverkehr – sowie blockierten Räumungsfahrzeugen können die unglückliche Ausgangslage auf ein Gewisses erklären. Dem ebenfalls gut hervorgehobenen Sicherheitsaspekt, den Mirjam bereits betont hat, können wir uns ebenfalls nur anschliessen. Wir teilen daher nicht wie die Einreichenden per se die Ansicht, dass die Verantwortung primär bzw. lediglich bei Bernmobil ist, auch wenn dort bestimmt ebenfalls Versäumnisse passiert sind, und es einige Kritikpunkte gibt. Bernmobil ist sich aber dessen bewusst. Uns ist es daher zu einfach zu sagen, die Schuld sei rein bei Bernmobil zu suchen. Vielmehr war das Schneechaos Ausdruck einer gesamtstädtischen, unzureichenden Schneeräumung. Besonders prekär, wie auch schon Lukas hervorgehoben hat, war, dass der öffentliche Raum auch abseits der Hauptverkehrsachsen vielfach über Tage hinweg kaum passierbar war. Haarsträubend, wenn nicht gar gefährlich sind ein solches Chaos und solche Strassenzustände insbesondere für Zulieferbetriebe und auch medizinische Notfalldienste bzw. alle Blaulichtorganisationen, die dringend auf funktionierende Zufahrten, Erreichbarkeiten sowie geräumte Strassen angewiesen sind. Besonders kritisch war auch der Zustand vieler Gehsteige, die schlecht oder gar nicht geräumt wurden. Insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sowie auch ältere Menschen war das mit erheblichen Gefahren und Einschränkungen verbunden. Hier trägt die Stadt ganz klar eine direkte Verantwortung, der sie unserer Meinung nach in dieser Situation nicht ausreichend nachgekommen ist, und dort muss gehandelt werden. Ich möchte aber auch noch einen etwas positiven Aspekt dieses Ereignisses hervorheben. Viele Menschen hielten inne. Der Tag verlangsamte sich. Es kehrte eine gewisse Ruhe ein, bestimmt auch aufgrund des Schnees. Und es entstanden spontane Formen nachbarschaftlicher Unterstützung. So wurden etwa Einkäufe von Nachbarinnen und Nachbarn übernommen oder es wurden gemeinsam Wege freigeräumt. Diese Solidarität im Ausnahmezustand ist ein schöner Aspekt, der uns daran erinnert, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt ist, auch gerade in ausserordentlichen Situationen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Die Liste wäre jetzt frei für Einzelvoten. – Ich sehe keine Einzelvoten. Dann hätte der Gemeinderat jetzt das Wort für eine Stellungnahme. – Alex hat sich noch angemeldet, wunderbar.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es ist vorhin immer von der Unfallgefahr geredet worden. Das, was ihr macht, ist eben auch gefährlich für die Fussgänger. Beim Elfenbus Richtung Tierpark konnte man auf der Höhe des Schulhauses gar nicht mehr aussteigen. Dort war ein riesiger Schneehaufen. Ihr, die ihr immer sagt, man müsse sicher sein – wenn ihr dann Unfälle habt mit Autos, und die Ölwannen laufen aus, dann habt ihr unter dem Strich auch gar nichts gewonnen. Es ist eben vor allem auch gefährlich. Und wie gesagt: Wir sind in der Stadt Bern, nicht im Calancatal. Ich begreife es, wenn man im Calancatal bei einer Lawine die Strecke sperrt. Aber wenn man nicht mehr in den Spiegel gelangt, wenn es ein bisschen Schnee gibt, dann kapituliert die Stadt. Die Stadt der kurzen Wege wird nachher die Stadt der langen Wege oder der nicht mehr vorhandenen Wege. Das ist genau das, was eben falsch ist. Ich mache keinen Vorwurf, aber die privaten Leute, die dort zu Fuss hingehen, die brechen sich dann vielleicht den Fuss und das Bein. Das ist dann auch viel, viel gefährlicher. Es ist eben halt so, dass man gewisse Strassen wieder salzen oder splitten und das Nötige vorkehren sollte. So wie ihr es macht, ist es eben falsch. Darum hoffe ich wirklich, dass ich jetzt von Matthias Aebischer - ich will ihn nicht mehr länger stehenlassen – seine Ausführungen zu meiner Stellungnahme hören kann. Merci.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Wirklich nur kurz – ich habe ja einen Hintergrund im Calancatal. Selma ist der Heimatort meiner Grossmutter. Und darauf bin ich ein bisschen stolz. Und ich muss sagen, ich würde mir wünschen, die Stadt Bern würde ein bisschen lernen vom Calancatal, davon, wie man im Calancatal auch unter widrigen Umständen den Verkehr aufrechterhält. Also mehr Calancatal, weniger Bernmobil. Danke.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Jetzt darf wirklich Gemeinderat Aebischer zu Wort zu kommen.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich spreche nicht über das Calancatal, ich spreche über die Stadt Bern. Der präzise Titel der Interpellation enthält eigentlich bereits einen Grossteil unserer Antwort auf die 5 Fragen. Es ist von Schneechaos die Rede. Chaos wird als fehlende Ordnung definiert oder alltagssprachlich als Zustand vollständiger Unordnung. Leider war dies genau der Fall am 21. November letzten Jahres. Während des Feierabendverkehrs fiel sehr viel Nassschnee. Die meisten Autos waren noch mit Sommerreifen unterwegs; wahrscheinlich viele, die heute Abend gesprochen haben, auch. Es gab viele Blechschäden, Staus. Herunterfallende Baumäste legten Fahrleitungen lahm. Es wurde kalt. Der Schnee wurde zu Eis, blockierte Tramgeleise und Weichen. Es war Chaos am 21. November. Und weil die Schneemassen zu Eismassen geworden waren, konnten am Tag danach die Eishaufen mit herkömmlichem Räumungsgerät nicht weggeräumt werden. Es wurde gepickelt und geschaufelt von allen Leuten, die bei Tiefbau Stadt Bern arbeiten. Die Räumung dauerte trotz Grosseinsatz länger als bei einem normalen Schneeereignis. Als Verwaltungsrat von Bernmobil und zuständiger Verkehrsdirektor versichere ich Ihnen, dass man den 21. und 22. November in einem aufwendigen Verfahren analysiert und verschiedenste Massnahmen getroffen hat, welche das eine oder andere Problem vermindern oder verhindern können. In einer Bernmobil-Retraite haben wir vorletzten Montag die neuen Massnahmen wie Kettenmontage etwa, Salzlagerdezentralisierung oder Kommunikationsmanagement besprochen. Wir liessen uns vom Uni Bern-Klimatologen Stefan Brönnimann erklären, dass solche Schneefallereignisse zwar immer seltener sind, aber wenn sie dann einmal kommen, tendenziell heftiger ausfallen. Ich könnte Ihnen jetzt sagen, dass wir das nächste

Mal alles im Griff haben, aber das ist leider nicht so. Jedes Schneechaos gestaltet sich anders. Aber glauben Sie uns, wir geben unser Bestes. Es soll nicht zynisch tönen, aber als TVS-Direktor danke ich allen Leuten in der Stadt für die Geduld, allen Mitarbeiter*innen für die Arbeit. Und ich bin ehrlich gesagt auch froh, dass wir im Unterschied zu anderen Verkehrsunfällen mit Blechschaden und vorübergehenden Unannehmlichkeiten davongekommen sind. Danke für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin: Ich habe bei den Interpellantinnen herausgehört, dass sie mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden sind. Das ist korrekt so, dann können wir das so festhalten. Besten Dank.

2024.SR.0278

9 Motion Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg, GB): Autofreie Altstadt

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum Traktandum 9, einer Motion der Fraktion GB/JA! "Autofreie Altstadt". Ist die Motion bestritten? – Die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Muss sich jemand noch anmelden? Wunderbar. Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Es tut mir leid, dass ich meinen Einsatz verpasst habe, aber ich hoffe, ich kann das jetzt wieder gutmachen mit einem spannenden Votum. Ich nehme an, ihr habt das alle schon einmal erlebt: Man steht vor dem Rathaus, diskutiert über die laufenden politischen Debatten und plötzlich muss man zur Seite springen, weil von links oder von rechts ein Auto dahergebraust kommt und einen fast über den Haufen fährt. Solche Situationen sind gefährlich und sie zeigen auch, wie absurd es ist, dass es immer noch Autos hat, die durch die Altstadt fahren. Man erwartet sie dort eigentlich nicht. Denn die Altstadt ist ein Ort, wo Menschen flanieren, Tourist*innen Wahrzeichen fotografieren, Bars und Cafés mit Aussenbestuhlungen locken und Kinder auf der Strasse spielen. Die Motion will also nichts anderes als das, was sich richtig anfühlt, auch in die Tat umsetzen, nämlich dass die Berner Altstadt wie so viele andere Altstädte – hier bin ich nicht sicher, ob der Plural richtig ist – weltweit auch autofrei wird. Das in der Motion zitierte Manifest, das mehr als 30 Gewerbetreibende unterzeichnet haben, zeigt auch, dass dies nicht bloss eine grüne Spinnerei ist, sondern dass sich auch die oft als Gegner*innen ins Feld geführten Gewerbetreibenden dafür einsetzen, die Stadt vom MIV zu befreien. Uns freut es natürlich, dass der Gemeinderat die Motion als Richtlinie erheblich erklären will. Und seine Antwort gibt auch einen guten Überblick über die reichlich komplizierte Verkehrssituation in der Altstadt. Allerdings wirkt diese Antwort auch ein bisschen resigniert. Seit 2018, also seit 7 Jahren, wird uns erzählt, dass man leider im Moment nichts ändern könne an der Situation in der Altstadt, weil das Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt ausgehandelt worden sei und man dessen Umsetzung jetzt nicht gefährden dürfe. Die Umsetzung ist aber nach wie vor blockiert und es passiert einfach nichts. Nun soll die Postgasse saniert werden, wie wir vor Kurzem hier im Rat beschlossen haben. Und weil dagegen immer noch Beschwerden hängig sind, kann man jetzt die Postgasse nicht konform zu diesem Verkehrskonzept umgestalten. Wir sind uns bewusst, dass die Situation für die Verwaltung und den Gemeinderat frustrierend ist. Aber vielleicht ist es ja auch an der Zeit, einmal etwas anderes auszuprobieren. Die Zeiten und damit die Bedürfnisse ändern sich. Und vielleicht öffnen sich neue Möglichkeiten, wenn man die Dinge mal von einer anderen Seite her denkt. Die grossflächige Umsetzung des Verkehrskonzepts in der Unteren

Altstadt ist seit Jahren blockiert. Anstatt einfach zu warten, bis sich diese Blockade irgendwann einmal auflöst, könnte man ja versuchen, andere, kleinere Massnahmen umzusetzen. Die Motion fordert, dass die Altstadt autofrei wird. Da es wegen der Einsprache nicht möglich ist, die ganze Altstadt auf einen Schlag vom Verkehr zu befreien, könnte man ja mit der Sperrung von einzelnen Strassen beginnen. Wenn beispielsweise keine Autos mehr durch die Rathausgasse fahren würden, wäre das bereits ein grosser Gewinn für diese stark belebte Strasse. Und wie in so vielen Fällen könnte man erleben, dass das Leben ohne Autos in der Altstadt nicht zum Tod der Gassen führen würde, wie das von der FDP so oft heraufbeschworen wird, sondern zu einem belebteren und vor allem auch sichereren Ort. Es wäre vielleicht etwas schönfärberisch zu hoffen, dass dann alle Einsprachen gegen den Verkehrskompromiss zurückgezogen würden, weil man dann merken würde, dass es ja auch ohne Autos geht. Aber auch wenn das nicht passiert, wäre man zumindest einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Es muss aber nicht bei kleinen Massnahmen bleiben. Grundsätzlich bedeutet weniger MIV auf dem Stadtgebiet auch, dass es einfacher wird, die Altstadt für Autos zu sperren. Das bedeutet, dass alles darangesetzt werden muss, die Verlagerung des MIV auf umweltschonende Mobilitätsformen zu lenken. Die Palette möglicher Massnahmen hierzu ist gross und wir haben sie schon oft diskutiert. Es reicht von Dosiersystemen, welche die Autos gar nicht erst in die Stadt lassen, über die Reduktion von Parkplätzen zum Ausbau der Veloinfrastruktur, über Mobilitätskonzepte für Grossprojekte hin zur Einführung von grossflächigen Begegnungszonen etc. Ich werde sie hier nicht alle ausführen, denn im Grunde sind diese Instrumente allen bekannt. Wir fordern den Gemeinderat also auf, die Reduktion des MIV auf dem ganzen Stadtgebiet mit höchster Priorität voranzutreiben, nicht nur, damit die autofreie Altstadt endlich umgesetzt werden kann, sondern auch für die Erreichung der Klimaziele. Und nun noch ein letzter Punkt: In seiner Antwort geht der Gemeinderat auch auf den UNESCO-Managementplan ein, der bald verabschiedet werden soll. Gerade im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe ist es doch unsäglich, dass es nach wie vor erlaubt ist, die Gassen der Altstadt mit Autos vollzustellen. Es ist verboten, elektronische Busabfahrtstafeln aufzustellen, Rampen für Rollstühle zu bauen oder Solaranlagen auf den Dächern zu installieren, weil das alles nicht ins Stadtbild der geschützten Altstadt passt. Die vielen Autos, die das Stadtbild prägen, entsprechen aber definitiv auch nicht oder noch viel weniger der Ästhetik einer UNESCO-geschützten Altstadt. Ich glaube nicht, dass es die vor 100 Jahren hier schon hatte. Vor diesem Hintergrund muss es auch aus unserer Sicht unbedingt das Ziel sein, die autofreie Altstadt im UNESCO-Managementplan zu verankern. Wir bitten euch, die Motion anzunehmen und wünschen uns vom Gemeinderat, dass er alles daransetzt, die Forderung so schnell wie möglich umzusetzen.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Katharina Gallizzi für die Einreichenden. Jetzt wären wir bei den Fraktionsvoten. – Könnten sich bitte alle Fraktionen gleich anmelden? Besten Dank. – Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe gut aufgepasst, als Katharina gesprochen hat. Es gibt einen Punkt, in dem ich mit ihr 100%ig einig bin, nämlich das mit den Tafeln in der Altstadt. Die Wartenden haben gewusst, wann der Bus abfährt. Dass man die entfernt hat, wird mit dem Denkmalschutz begründet. Das ist für mich völlig unverständlich. Und auf der anderen Seite will die Stadt Hochhäuser hochziehen bei der Monbijoubücke, so dass man dann das Bundeshaus und die Altstadt nicht mehr sieht. Das ist für mich absoluter Irrsinn: auf der einen Seite Denkmalpflege kleinlich, pedantisch, schikanös, auf der anderen Seite macht man die Stadt kaputt. Ich komme rasch

zurück zu diesem Vorstoss. Für mich geht das absolut in die falsche Richtung. Es ist vorhin ein Beispiel mit einem Auto gemacht worden. Ich mache jetzt ein Beispiel mit einem Velo. Dann verlangt ihr vielleicht eine ganz verkehrsfreie Stadt. Dass das nicht geht, ist mir auch klar. Ich zeige euch jetzt ein Beispiel. Wenn ich am Samstag auf dem Pilzmarkt bin und gehe dann von der Schauplatzgasse zurück in den Globus oder was auch immer oder ein ausländischer Tourist, der das nicht schnallt, wird überrascht von einem in dieser relativ schmalen Gasse entgegenkommenden Velo. Das ist auch nicht besonders angenehm. Oder wenn ihr auf der Marzili-Seite vom Schönausteg Richtung Eichholz geht, dann gibt es x Velos, die euch wegdrücken und -klingeln. Ich habe immer gesagt: Wenn jemand am Morgen im November dort durchfährt, ist es nicht gut. Ich will niemanden dazu ermutigen, aber es gibt Leute, die das selbst während der grössten Fussgängerfrequenzen machen. Es ist etwa 2-3 Jahre her, als wir hier im Stadtrat gross über den Wirtschaftsverkehr Untere Altstadt diskutiert haben. Wir haben lange darüber diskutiert, wie lange die Leute dort das Auto noch abstellen dürfen. Wenn jemand von den Ferien zurückkommt – vielleicht war man in Südfrankreich in einem Ferienhaus mit Kind und Kegel – und möchte das Gepäck ausladen: Nach dieser Motion dürfte man mit dem Auto gar nicht mehr dorthin kommen. Sollen die Leute dann in Ostermundigen oder im Neufeld ein Lastenvelo nehmen und von dort mit der ganzen Bagage, mit Kinderwindeln, Schlitten und Zeug hierherkommen? Es gibt auch Leute, die in der Junkerengasse Garagen haben. Wollt ihr die enteignen? Wollt ihr sagen: Wir machen jetzt Junkerengasse verkehrsfrei? Ihr könnt jetzt dort einen Pingpong-Tisch aufstellen oder ihr könnt einen Esel haben. Aber dann kommt Tier im Fokus und sagt, die alten Stallungen seien nicht mehr menschengerecht. Also kann man sie auch dafür nicht brauchen. Also ich muss sagen: Ihr wollt als Bevölkerung der Altstadt eigentlich nur noch irgendwelche grünen Leute, die ganz ökologisch leben. Aber dafür können dann gewisse grüne Politiker wie diese Vara von Neuenburg, die Ständerätin, – Entschuldigung, das ist nicht den ganzen Titel, gesagt habe – in der ganzen Welt herumreisen und dort das Klima belasten. Ihr wisst auch, dass ich kritisiert habe, wie einzelne Gemeinderatsmitglieder in der ganzen Welt herumfahren. Das soll gehen. Aber die Leute, die dort wohnen, die vielleicht auch einmal raus aus der Stadt wollen, die auch ein Geschäft haben – Bücher oder was auch immer –, die Warenanlieferung von Gemüse in die Geschäfte in der Kramgasse machen wollen – wie soll das gehen? Alles mit Lastenvelo oder wie wollt ihr das machen? Soll der Wein wieder mit dem Eselskarren transportiert werden? Wollt ihr wieder Säumer-Kolonnen? Meine Damen und Herren, was habt ihr den Leuten versprochen? Ihr habt gesagt: Ihr müsst jetzt das Auto dort abstellen. Ihr dürft das Auto teilweise nicht mehr in der Junkerengasse in den Buchten abstellen. Und jetzt wollt ihr alles verbieten. Ihr wollt einfach eure rot-grünen Biotope machen. Aber selber darf man dann eben sehr wohl als Grünenpolitiker herumfliegen. Das ist in Ordnung. Wir lehnen die Motion ganz klar ab. Was mich noch interessieren würde: Wenn das eine Richtlinienmotion ist mit einem Bericht, dann lehnen die Grünen den wahrscheinlich auch noch ab und wollen noch weitere Massnahmen. Darauf wäre ich noch gespannt. Aber das ist eine rot-grüne Bevormundungspolitik, die eigentlich den Leuten in der Altstadt das Leben schwermacht. Und das, was ich immer kritisiere, ist, dass ihr das, was ihr vor 2-3 Jahren hoch und heilig als Kompromiss vertreten habt, schon wieder schubladisiert. Deshalb ist die SVP hier konsequent und lehnt die Kompromisse ab, denn meistens werden sie kurz darauf vom Gemeinderat wiederum aufgehoben, denn das, was man gestern versprochen hat, ist heute keinen Fünfer mehr wert. Danke.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich habe heute Abend 2 Hüte auf, einerseits jenen als FDP-Stadträtin und andererseits jenen als Präsidentin des Rathausgasse-Brunngasseleists. Katharina, du musst mir einfach besser zuhören. Was wir immer sagen, ist: Wenn ihr die Brücken sperren wollt – die Kornhausbrücke wollt ihr sperren, die Nydeggbücke wollt ihr sperren, die Untertorbrücke wollt ihr sperren, immer wenn es eine Brückensanierung gibt, wollt ihr die sperren –, dagegen sind wir. Und dazu sagen wir: Ihr würgt die Kunden der Geschäfte und das Gewerbe absolut ab. In der Stadt Bern haben wir absolut ideale Gegebenheiten. Wir haben nämlich rund um den inneren Kern Parkhäuser. Und die gehören teilweise auch der Stadt. Die Stadt ist Teilhaber. Und dort kann man die Autos abstellen. Und meine Meinung und die Meinung des Rathausgasse-Brunngasseleists und auch der FDP ist: Es hat keinen Platz – zum Beispiel in einer Rathausgasse – für parkierte Autos. Wir sind nicht dafür, dass man tagelang und stundenlang in dieser Rathausgasse parkiert. Da sind wir uns, glaube ich, einig, und das steht überhaupt nicht zur Diskussion. Wir verteidigen überhaupt nicht, dass man stundenlang irgendwo – ich nehme jetzt einfach mein Gebiet – in der Rathausgasse parkiert. Bezüglich der Motion hier und vor allem des Manifests, für das man die 30 Gewerbetreibenden zur Unterschrift bewegen konnte, nähme mich schon wunder, wie das zustande gekommen ist. Von mir aus gesehen, und ich habe das schon gegenüber der Zeitung gesagt, ist das einfach Wahlkampfgetöse gewesen. Das, was ihr hier fordert – die Altstadt soll für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden und der Zubringer- und Wirtschaftsverkehr soll weiterhin möglich sein –, ist genau das, was der Gemeinderat in der Antwort geschrieben hat. Das ist genau das, was hängig ist und das ist jetzt halt der Rechtsweg, ob das den Grünen passt oder nicht. Es ist der Rechtsweg. Was wir vom Rathausgasse-Brunngasseleists auch schon gesagt haben, ist: Es wäre gut, wenn man das Konzept gassenweise oder leistungsgebietsweise einführen könnte. Wir wären nämlich diejenigen, die zustimmen würden, dass die 48-Stunden-Parkkarte nicht mehr gilt und man in das Rathausparking geht. Was man auch von der Seite der Stadt einführen könnte, wäre, dass man z.B. das 150 Franken-Abo, das im Rahmen des neuen Verkehrskonzepts geplant sein soll, bereits jetzt anbieten und jetzt möglich machen würde. Auch das würde die Gassen entlasten. Das einmal zum Grundsätzlichen. Wir sind uns nicht so völlig diametral uneinig. Was wir nicht akzeptieren, ist das Sperren. Sperren geht nicht. Es ist schon heute nur erlaubt für Zubringerdienst. Und ich habe es auch in dem Zeitungsartikel gesagt: Die meisten Autos oder ganz viele Autos, die in diesen Gassen unterwegs sind, gehören gar nicht dahin. Die dürften gar nicht unterwegs sein, weil sie keine Zubringer sind. Weder gehen sie in ein Geschäft noch wohnen sie in der Gasse und müssen etwas ausladen, noch gehen sie in eine Garage, die sie in der Gasse gemietet haben. Nein, sie fahren einfach vorbei und suchen einen Parkplatz. Und das ist schon heute nicht erlaubt. Und es ist heute nicht erlaubt, in die Gassen hineinzufahren, zu parkieren und ein Bier zu trinken. Das ist schon heute nicht erlaubt. Aber es wird einfach gemacht, weil es nicht lückenlos kontrolliert wird. Und das ist eines der Probleme. Wären all die, die heute schon nicht durchfahren dürften, nicht in diesen Gassen, dann hätte man schon massiv weniger bis fast gar keinen Verkehr mehr dort. Man hat es während Corona gesehen. Ich habe das hier glaube ich schon mehrmals gesagt: Während Corona, als die Auswärtigen daheim geblieben sind, hat es in diesen Gassen quasi keine parkierten Autos gehabt. Die Anwohner haben nämlich keine gehabt. Und die paar, die es gehabt hat, haben absolut nicht gestört. Also, das einmal zum Grundsätzlichen. Nachher ist halt schon auch immer interessant, dass die Bernmobilanzeige und der Denkmalschutz erwähnt wird. Bernmobil ist selber schuld gewesen. Sie haben nämlich kein Gesuch eingegeben, um die Anzeige zu montieren. Sie haben die Leuchtanzeige einfach montiert, ohne Rücksprache,

ohne Gesuche. Und das ist natürlich kein gutes Beispiel, wenn ein Stadtbetrieb meint, er könne einfach machen, was er will, und irgendeine Anzeige an ein Haus schrauben, das der Stadt nicht einmal gehört. So viel dazu. Und jetzt komme ich zu den Antworten, die der Gemeinderat auch noch gegeben hat. Zur Unteren Altstadt sind wir uns, glaube ich, einig: Durchgangsverkehr und Parkierverkehr, um ein Bier zu trinken, das ist nicht nötig und das verteidigen wir auch überhaupt nicht. Und die Aufwertung der Zeughausgasse: Vergesst nicht, dass das eine absolut wichtige Anlieferung ist. Und das garantiert nämlich, dass ihr alle zu Fuss ins Migros gehen könnt oder mit dem Velo. Die Waren, die ihr kauft, müssen halt auch irgendwann von irgendwoher hingebraucht werden. Zu den oberen Gassen äussere ich mich jetzt nicht mehr. Die Motion ist Wasser in die Aare getragen. Das ist alles schon in Vorbereitung. Und ich sage es noch einmal: Das war einfach Wahlkampfgetöse und den Rechtsweg könnt ihr einfach nicht umgehen. Der Rechtsweg gilt. Und die Einsprachen sind jetzt da und werden weitergezogen. Wie gesagt, ich habe es schon mehrmals gesagt auch in Interviews: Es wäre gut, wenn man das Verkehrskonzept gassenweise oder leistungweise einführen könnte. Das würden wir sehr begrüßen. Merci vielmals.

1. Vizepräsidentin: Merci, Ursula. Für die GFL-Fraktion, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Wie zielführend diese sehr globale Forderung ist, das haben wir jetzt schon in den Vorvoten gehört. Darüber lässt sich wahrlich streiten. Aber viel aussagekräftiger als die Forderung der Motion ist ohnehin die Antwort des Gemeinderates. Sie zeigt nämlich deutsch und deutlich: Das Verkehrsregime in der Altstadt ist ein totales Flickwerk. Hier den Überblick zu behalten bei all den Ausnahmegenehmigungen und Zufahrtsregimen ist eine Kunst für sich. Und etwas anderes fällt auch noch auf: Vor lauter Abhängigkeiten, vor lauter Nebenprojekten, Vorschriften und Prüfungen, vor lauter Bäumen sieht man hier den Wald nicht mehr. Man verstrickt sich in mühsamen Kleinigkeiten. Nur einige Kostproben dazu. Da man nicht weiterkommt mit dem Gegenverkehrsregime in der Kochergasse – Stichwort SNB und Sicherheitsdienst des Bundes, die überall reinfunkeln –, beschliesst man Sofortmassnahmen in der Schauplatzgasse. Aber auch diese geratenen ins Stocken. Genfergasse und Aarberggasse sind blockiert, weil die Speichergasse aufgrund der Prüfung 2. Tramachse on hold ist und vielleicht auch ein wenig wegen des Piloten Wirtschaftsverkehr, der ja dort durchführt. Das ungewisse Schicksal der Parkierung Untere Altstadt kennen wir ja – ein Kompromiss unter Ach und Krach, der dann doch durch Altstadtbewohnende wieder torpediert wurde. Die Hodlerstrasse soll temporär gesperrt oder beruhigt werden. Aber eigentlich ist das ja eine Durchfahrtsstrasse. Die Zeughausgasse hat ihre Zukunft in irgendwelcher Abhängigkeit zum Umbau Waisenhausplatz oder so. Ich weiss es auch nicht genau. Jedenfalls ist das alles in allem ein Riesenpotpourri in diesem gar nicht so grossen Perimeter. Und das Ergebnis sehen wir tagtäglich. In der Speichergasse werden Taxiparkplätze munter mit Privatautos zugeparkt. Auch die Zeughausgasse ist eine Blechwüste sondergleichen, trotz Parklets. Und in der Schauplatzgasse muss sich wirklich gut vorsehen, wer heil zum Storchenbeck hinüberhechten möchte. Viele Gassen der Oberen Altstadt sind lieblose Asphaltwüsten. In der Unteren Altstadt dauert es aufgrund der Juristerei noch ein Weilchen, bis sich überhaupt eine Veränderung bemerkbar macht und man feststellen kann, ob das geplante Regime, dieser Kompromiss, der geschmiedet wurde, funktionieren kann. Ja, was in diesem ganzen Dickicht fehlt, ist eine Gesamtvision. Wie viel Verkehr und welchen Verkehr wollen wir mitten in unserem UNESCO-Perimeter? Wie viele private Autos wollen wir an der Oberfläche herumstehen haben, wie viele in Parkhäusern? Wo sollen Fussgängerinnen und Fussgänger auch

hindernisfrei und ungestört vom Verkehr zirkulieren können? Diese Diskussion müssen wir hier drin mit der Verwaltung, mit dem Gemeinderat ernsthaft führen und damit auch die Diskussion darüber, wie viele Parkhäuser wir mitten in der Stadt wollen und welchem Zweck diese dienen sollen. Einen Vorstoss dazu hat die GFL Anfang Jahr schon eingereicht. Es ist leider zu wenig passiert in den letzten Jahren, um dem Verkehrstreiben in der Altstadt Herr zu werden. Es herrscht ein gewisses Rowdytum. Und wir müssen mehr tun, um unserer Altstadt Sorge zu tragen und den öffentlichen Raum in Wert zu setzen, und zwar nicht nur in den Hauptgassen, sondern um den ganzen UNESCO-Perimeter aufzuhübschen. Dafür braucht es eine neue Gesamtstrategie Verkehr Altstadt mit allem Drum und Dran – Lieferverkehr, Pendlerverkehr, Shoppingverkehr, Anwohnerverkehr, ÖV, Fussverkehr etc. Leider bleibt der alte Gemeinderat – diese Antwort stammt ja noch vom alten Gemeinderat – dieses Gesamtprojekt, diese Gesamtvision in seiner Antwort schuldig. Deshalb müssen wir diesen Prüfungsbericht ablehnen oder werden ihn zumindest mit Zurückhaltung zur Kenntnis nehmen und in dieser neuen Legislatur gemeinsam einen neuen Anlauf nehmen. Wir sind jetzt schon fraktionsübergreifend am Sondieren und möchten, dass die Stadt in dieser Legislatur zumindest in Richtung eines neuen Verkehrskonzepts zum UNESCO-Perimeter geht. Das Verkehrskonzept Innenstadt ist nun doch schon 2 Legislaturen alt und braucht endlich eine Auffrischung und eine neue Gesamtvision. Herzlichen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Dominik Fitze für die SP-JUSO-Fraktion.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Es ist glaube ich, das letzte Mal, dass ihr mir heute zuhören dürft oder müsst, je nach dem. Ja, ich finde, die ganzen Probleme in der Altstadt wurden auch schon ganz gut genannt. Was schon ein bisschen fehlt, ist eine Vision. Und ich möchte eigentlich lieber darüber sprechen, wo denn diese Stadt hin soll. Wir haben das bei uns in der Fraktion sehr vertieft diskutiert und ich glaube schon, dass wir irgendwann eine autofreie Altstadt brauchen. Wir brauchen eine Altstadt, die zum Dasein einlädt, eine Altstadt, die dazu einlädt, ein Bier zu trinken, die Sonne zu geniessen oder den Schnee, wenn gerade Winter ist, eine Altstadt, in der die Aufenthaltsqualität eben sichergestellt ist, wo man einfach auch die schönen denkmalgeschützten Häuser anschauen kann und hoffentlich auch einmal wieder Anzeigetafeln an den an den Tram- und Bushaltestellen hat. Da kommen wir aber nicht ganz so einfach hin, glaube ich, weil alles, was in diese Richtung gemacht wird, durch Einsprachen blockiert wird. Das ist mega schade, weil es uns einfach Jahre beschert, in denen nichts vorangeht, Jahre, in denen Parkplätze nicht aufgehoben werden können. Und vielleicht finden wir irgendwann einen sinnvollen Weg, damit umzugehen und die Leute einzubeziehen. Aber auch das klappt leider nicht ganz immer. Es stellen sich für uns in der SP-JUSO-Fraktion aber, glaube ich, schon auch ein paar Fragen, was denn "autofrei" bedeutet. Zum Beispiel könnte man sich ja vorstellen, dass man mit einem kleinen Elektrobus oder sonstwie für all diejenigen, die nicht so gut zu Fuss sind, dennoch eine Möglichkeit hätte, die Altstadt zu queren. Gleichzeitig stellen sich aber auch Fragen, wie es daneben mit dem Zubringerdienst ist, auch mit dem Wirtschaftsverkehr. Wie kommt man dann noch in die Matte, wenn die Matte mit einem Poller zu ist? Wie funktionieren dann die Verkehrsflüsse, die teilweise halt auch mit einer gewissen Berechtigung weiterbestehen? Gleichzeitig setzt es aber auch eine wirklich saubere Verkehrsplanung voraus. Denn, was einfach nicht passieren darf am Ende des Tages, ist, dass wir finden, die Altstadt ist jetzt autofrei, und die Blechlawine rollt dann stattdessen über den Viktoriarain oder sonst wo, wo halt auch Leute wohnen und negativ vom Verkehr betroffen sind. Gleichzeitig sind wir aber auch sehr zuversichtlich, dass es hier jetzt

endlich einmal vorwärtsgehen kann, dass diese Gerichtsprozesse dann einmal abgeschlossen sind, Parkplätze abgebaut werden können, neue Verkehrsregimes entstehen. Ich setze insofern auch eine gewisse Hoffnung in den ZBB (Zukunft Bahnhof Bern) am Bahnhofplatz, indem man diesen Bahnhofplatz zwar nicht autofrei, aber doch endlich autoarm hinkriegen wird, und dass wir dort in eine zielführende Richtung gehen, wodurch sich eben die Altstadt auch schon ein wenig autoärmer anfühlt. Nicht zuletzt habe ich aber auch, glaube ich, aus der Diskussion schon herausgehört, brauche es eigentlich einfach auch Kontrolle und Monitoring, weil eigentlich immer noch viel zu viele Autos dort fahren, wo sie gar nicht sein sollten. Ich frage mich jedes Mal, wenn ich ein bisschen weiter oben ein Bier oder einen Aperol Spritz genieße, wieso ein Auto mit einem Nicht-Berner-Kennzeichen überhaupt dort durchfahren darf. Vielleicht könnte der Gemeinderat da auch noch einmal einen Fokus drauflegen. Und letztendlich ist es auch ein wenig eine Frage der Prioritäten. Am Schluss sind die Ressourcen in Sachen Verkehrsplanung und leider auch in Sachen Kontrolle endlich. Und daher werden wir diese Diskussion glaube ich in den nächsten Jahren, Monaten, Wochen führen müssen. Nichtsdestotrotz ist es eine sehr schöne Motion, die hier eingegeben wurde. Und ich finde auch die Motionsantwort eigentlich ziemlich sinnvoll, weil sie eben aufzeigt, was heute gerade alles blockiert ist und was noch alles kommen wird, was wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. In 5 oder 10, ja hoffentlich 5 Jahren, wird diese Altstadt sicherlich auch ganz anders aussehen und, da bin ich mir sicher, am Ende auch so gestaltet sein, dass auch die Anwohnenden gut und gerne damit leben werden. Denn am Schluss profitieren auch sie davon, wenn nicht ständig Autos durchfahren und Wildparkierer ihren SUV direkt vors Rathaus stellen. Daher bin ich schon mit einer gewissen Zuversicht hier. Auch wir von der SP-JUSO-Fraktion haben eine gewisse Zuversicht, wenn wir diese Motion und den Prüfungsbericht annehmen. Es liegt aber auch noch einiges an Arbeit vor uns. Besten Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt zu den Einzelvoten. Gerne nochmals alle anmelden, nicht dass es noch zu Überraschungen kommt. – Für die FDP-Fraktion, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Als Vorstandsmitglied des Leistes Untere Altstadt setze ich mich für ein lebendiges Quartier ein, das Wohnen, Gewerbe, Gastronomie und Kultur miteinander vereint. Entscheidend dafür ist eine Mobilitätsregelung, die den vielfältigen Bedürfnissen gerecht wird. Der Leist der unteren Altstadt engagiert sich seit Jahren für mehr Aufenthaltsqualität mit konkreten konstruktiven Vorschlägen wie Einbahnregelungen, Lieferzeitfenster und Begegnungszonen. Solche Lösungen müssen gemeinsam mit den Menschen hier in der Altstadt erarbeitet werden und nicht einfach über ihre Köpfe hinweg. Die in der Motion geforderte vollständige Sperrung für den motorisierten Individualverkehr lässt zentrale Fragen unbeantwortet. Wie kommen Handwerksbetriebe, medizinische Dienste oder mobilitätseingeschränkte Menschen in die Altstadt? Wie wird das Gewerbe erreicht? Der Gemeinderat lehnt die Sperrung ebenfalls ab und legt eine differenzierte Strategie vor mit Pilotprojekten, neuen Zubringerregelungen und einer überarbeiteten Verkehrsstrategie für die Innenstadt. Dafür danke ich ihm ausdrücklich. Auch die neue Parkordnung verdient Anerkennung. Sie schafft Klarheit zwischen Wirtschafts- und Privatverkehr und berücksichtigt gezielt Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Die Altstadt ist kein Freilichtmuseum, sie ist ein Ort zum Leben und Arbeiten. Ich unterstütze daher einen pragmatischen, schrittweisen Weg unter Einbezug der Betroffenen und lehne pauschale Verbote ab. Ich un-

terstütze ganz klar, was Ursula Stöckli gesagt hat, und ich hoffe jetzt auch auf Ihr Verständnis und dass wir zusammen mit den Leisten in der Altstadt zusammenarbeiten können. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine Einzelvoten gibt, würde ich jetzt dem Gemeinderat das Wort übergeben.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Reduktion des Individualverkehrs in der Innenstadt ausgesprochen. Er hielt vor 4 Jahren zum Beispiel in einer Motionsantwort fest, dass die Verkehrssituation in der Innenstadt unbefriedigend ist, sowohl für die Fussgänger*innen wie auch für Lieferant*innen und Handwerker*innen. Entsprechend hat der Gemeinderat diverse Anstrengungen unternommen, die Situation zu verbessern. Unter anderem hat er zusammen mit den Wirtschaftsorganisationen, den Gewerkschaften und den Vereinigten Altstadtleisten das Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt (VWI) erarbeitet. Das Konzept basiert auf Kernzonen mit Zufahrtsbeschränkung, Tempo-30-Zonen in der Oberen Altstadt und Begegnungszonen, also 20er-Zonen, in der Unteren Altstadt sowie einem vereinfachten Parkierungssystem. Leider ist die Umsetzung, Sie haben das von Katharina Gallizzi gehört, derzeit durch Beschwerden blockiert. Weiter soll im Zusammenhang mit dem Projekt ZBB Zukunft Bahnhof Bern, auch das wurde bereits genannt, der motorisierte Individualverkehr auf der Achse Inselplatz, Bubenbergr- und Bahnhofplatz um 60% reduziert werden. Die Umsetzung eines autoarmen Bahnhofplatzes entspricht den Zielsetzungen im STEK 2016 (Stadtentwicklungskonzept). Der Gemeinderat teilt also im Grundsatz die Stossrichtung der Motion. Es sind jedoch übergeordnete Projekte am Laufen, welche direkte oder indirekte Auswirkungen auf das Verkehrsregime haben. Sie alle haben das Ziel, den Verkehr zu beruhigen, die Sicherheit zu verbessern und somit auch die Attraktivität der Altstadt zu stärken. Ich möchte hier nicht weiter ins Detail gehen, der Gemeinderat wird aber die zuständige Kommission in absehbarer Zeit ausführlich über den aktuellen Stand der laufenden Projekte informieren. Insgesamt sind wir der Meinung, dass dieses schrittweise Vorgehen zielführend ist. Wir beantragen euch deshalb, unsere Stellungnahme als Begründungsbericht zu akzeptieren. Danke für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Ich habe von den Einreichenden nicht gehört, dass die Motion gewandelt wurde. Das ist korrekt, nehme ich an. Dann können wir jetzt schon zur Abstimmung schreiten. Wollt ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären?

Abstimmung Nr. 012

2024.SR.0278: als Richtlinie

Annahme

Ja	52
Nein	14
Enthalten	2

Verbal: Alexander Feuz hat irrtümlicherweise auf Enthalten gedrückt. Er wollte mit Nein stimmen.

1. Vizepräsidentin: Die Motion wurde erheblich erklärt und somit wurde auch der Begründungsbericht zur Kenntnis genommen. Vielen Dank. Ich habe gehört, dass das

Einreichenden-Votum zu Traktandum 10 gar nicht so lange geht. Darum werden wir das jetzt doch vorziehen.

2024.SR.0105

10 Postulat Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zum Traktandum 10, "Umverteilung der MIV-Infrastruktur". Nora Joos für die Einreichenden.

Nora Joos (JA) für die Einreichenden: Die Junge Alternative plädiert für eine Ablehnung des Prüfungsberichts und für die Umverteilung der MIV-Infrastruktur. Der Prüfbericht zum Postulat geht kaum auf die konkreten Forderungen des Postulats ein und beschränkt sich stattdessen auf die Auflistung von Massnahmen, die nur indirekt mit den Anliegen zu tun haben. So begrüssenswert diese Ausführungen und Bestrebungen sind, ist damit der Prüfauftrag des Stadtrats nicht erfüllt. Wir Einreichenden beantragen deshalb die Rückweisung des Berichts und die erneute Prüfung einer Halbierung des vom MIV beanspruchten Strassenraums; dies aus folgenden 4 Gründen: Erstens: Der Prüfbericht müsste sich umfassend mit den Möglichkeiten und Herausforderungen einer grossflächigen Reduktion der städtischen MIV-Fläche auseinandersetzen. Er enthält dazu aber noch weniger Aussagen als der Stadtratsvortrag zur ursprünglichen Motion. Die Grundlage für einen Paradigmenwechsel weg von der Planung für das Auto hin zur Planung für ein neues Lebensgefühl fehlt nach wie vor. Zürich ist hier beispielsweise einen Schritt voraus. Forschende der ETH Zürich haben simuliert, wie die Stadt Zürich mit halb so vielen Autospuren funktionieren würde. Die Ergebnisse der Studie E-Bike-City sind vielversprechend. Bei einer Halbierung des MIV-Raums können während 50 Jahren 500 Milliarden Franken an Gesundheitskosten und etliche Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Die Umsetzung in Zürich wäre laut Studie relativ schnell realisierbar, da es sich hauptsächlich um eine Neuzuteilung von Verkehrsflächen handelt. Wir Einreichenden fordern, dass die Stadtverwaltung Erkenntnisse wie beispielsweise aus dieser Studie oder weiteren in die Abklärungen integriert. Ein zweiter Grund, welcher für eine Rückweisung spricht: Das Pilotprojekt für Superblocks in der Stadt Bern, das derzeit aufgelegt wird, geht klar in die Richtung des Postulats. Der Prüfbericht müsste entsprechend auch auf diese Projekte und allgemein auf das Konzept der Superblocks eingehen, und wie sie zur Reduktion der MIV-Fläche beitragen können. Das fehlt aktuell. Drittens: Der Gemeinderat verweist in seiner Antwort unter anderem auf den Gegenvorschlag zur Stadtklimainitiative und impliziert, dass damit bereits konkrete Massnahmen in die Stossrichtung des Postulats umgesetzt würden. Der Vorstoss setzt aber bewusst einen anderen Schwerpunkt als die Stadtklimainitiative und der Gegenvorschlag. Während die Initiative und insbesondere der Gegenvorschlag auf die qualitative Aufwertung relativ kleiner Flächen fokussiert, geht es in unserem Postulat darum, den öffentlichen Raum grossflächig vom MIV zu entlasten, und gibt dabei keine Vorgaben zur Umgestaltung vor. Der 4. Grund, welcher für eine Ablehnung des Prüfberichts spricht: Eine Formulierung im Text des Postulats ist offenbar unklar. Wir schreiben: Der vom MIV beanspruchte Raum in der Stadt Bern ist bis im Jahr 2035 zu halbieren. Strassen mit Zulieferregelungen zählen nicht zum definierten Raum. Das heisst im Umkehrschluss Folgendes: Strassen, die heute ohne Einschränkungen befahren werden können, können in Strassen mit Fahrverbot für den MIV oder in Fussgänger*innenzonen mit Ausnahmen für Zulieferung und allenfalls Anwohner*innen umgewandelt werden,

um das formulierte Ziel zu erreichen. Sowohl im Stadtratsvortrag wie auch im vorliegenden Prüfbericht wird dieser Aspekt nicht berücksichtigt. Diese 4 Gründe implizieren eine Ablehnung des Prüfberichts. Eine Rückweisung des Berichts ermöglicht die erneute Prüfung des Anliegens unter Einbezug von Forschungsergebnissen und der Superblock-Pilotprojekte. Der neue Prüfbericht soll aufzeigen, wie die städtischen Quartiere durch eine Abstufung des Strassennetzes oder Umverteilung der Spuren entlastet werden, welche Kosten und Emissionen eingespart werden, und was der Spurbau für eine Auswirkung auf die Gesellschaft hat. Danke für eure Rückweisung des Prüfberichts und einen guten Appetit.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank für die Einreichenden. Jetzt werde ich euch entlassen in das Abendessen. Vielen Dank, habt ihr so gut mitgemacht habt. Das war doch recht ereignisreich. Ich freue mich schon auf 2026 mit euch. Einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Vizepräsidentin

07.07.2025

X

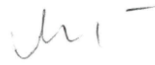


Signiert von: JELENA FILIPOVIC

für das Protokoll

11.08.2025

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis

Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys
Matteo Micieli

Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn
Lena Allenspach
Gabriela Blatter

Nik Eugster
Thomas Glauser

Raffael Joggi
Fuat Köçer

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Ursina Anderegg BSS

Mattias Aebischer, TVS

Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker: Weibeldienste

2024.SR.0254**1 Fortsetzung: Begrüssung und Mitteilungen**

Präsident: Ich begrüsse euch zur zweiten Sitzung des heutigen Abends und bitte alle, an ihre Plätze zu gehen, damit wir auch wirklich starten können. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Jelena Filipovic, dass sie die erste Sitzung übernommen hat. Ich bin felsenfest überzeugt, sie hat das perfekt gemacht. Ganz herzlichen Dank. Dann erlaube ich mir noch eine persönliche Bemerkung, die ihr zu Beginn der ersten Sitzung wahrscheinlich noch nicht gehört habt. Ihr habt diese Woche die Einladung zum Stadtratsausflug erhalten. Ich weiss, dort ist eine Deadline drin, bis wann ihr euch an- oder abmelden sollt. Ihr tut einfach allen an der Organisation beteiligten Personen, und das sind nicht wenige, einen riesigen Gefallen, wenn ihr diese Umfrage, diese An- oder Abmeldung so schnell wie möglich macht. Wir sitzen jetzt noch 2 Stunden hier. Das heisst, ihr habt jetzt 2 Stunden Zeit, das zu tun. Dann wäre ich wirklich froh, wenn sich alle setzen und ruhig sein könnten, denn wir kommen zu etwas sehr Wichtigem. Es ist unüblich, dass das erst in der zweiten Sitzung gemacht wird. Aber weil auch die betroffene Person in der ersten nicht hier sein konnte, machen wir es jetzt. Ich muss euch nämlich leider bereits den dritten Rücktritt aus dem Parlament verkünden. Wir haben das Rücktrittsschreiben am 16. Mai 2025 aus Griechenland zugeschickt erhalten. Und das Schreiben ist derart kurz, dass ich ausnahmsweise die gesamte Anrede vorlese: "Lieber Tom, liebe Nadja, geschätztes Ratssekretariat, werte Kolleginnen und Kollegen, ich tue es meinem Amtsvorgänger gleich und halte mich kurz. Hiermit trete ich per sofort aus dem Stadtrat zurück. Beste Grüsse und alles Gute, Sibyl." Liebe Sibyl, als du im Mai 2020 in den Stadtrat nachrücken konntest, fanden die Sitzungen in der Wankdorf-Turnhalle statt. Wir betraten die Halle über zwei separate Eingänge, wir trugen Masken. Wir sassen einzeln an Pulten mindestens 2 Meter entfernt vom nächsten Tisch. Wer zu dieser Zeit neu in den Rat kam, hatte es schwer, sich ausserhalb der eigenen Fraktion zu vernetzen. Ich persönlich wurde spätestens im September 2020 auf dich aufmerksam. Grund war dein erstes Votum im Stadtrat, notabene im Rahmen der Budgetdebatte. Ich habe das Protokoll von dieser Sitzung durchgelesen und habe gemerkt, dass der Einstieg in dein Votum gar nicht protokolliert wurde. Warum kann ich mich so gut daran erinnern? Du kamst ans Mikrofon und hast dich für deinen Dialekt entschuldigt und gesagt und gehofft, dass wenigstens dein Dialekt in dieser komischen Zeit ein wenig zur Aufheiterung beitrüge. Ein zweiter Punkt, den ich mit deinem Dialekt verbinde, war die Debatte im Ratsbüro, die du auslöstest, als du das W-Wort verwendet hast. Im Hinblick auf die diesen Sommer in Bern stattfindende Woman's Euro hast du nämlich hier am Mikrofon von einem Weiber-Fest gesprochen, was zur Frage führte, ob das Wort Weib oder "Wieb" noch verwendet werden darf oder nicht, was uns im Ratsbüro doch einiges Kopfzerbrechen bereitete. Aber liebe Sibyl, keine Angst, wir reduzieren deine Zeit hier im Rat nicht auf deinen Dialekt und deine Wortwahl. Du wolltest diese Stadt aktiv mitgestalten. Das zeigen auch die 36 Vorstösse, bei denen du als Erstunterzeichnete dabei warst. Von B wie Berner Batze, das war tatsächlich damals der erste Vorstoss, bis S wie Schwimmbahnsponsoring, Es waren viele Themen dabei. Und was mir persönlich bei der Durchsicht der von dir miteingereichten Vorstösse besonders aufgefallen ist: Wir zwei haben nicht weniger als 8 Vorstösse zusammen eingereicht. Liebe Sibyl, so sehr es mich für dich freut, welche ehrenvolle neue Stelle du antreten darfst, so sehr schmerzt mich dein heutiger Rücktritt aus diesem Rat. Das Parlament verliert mit dir eine wichtige und gewichtige Stimme. Und ich persönlich verliere eine meiner wichtigsten Bezugspersonen. Liebe Sibyl, ich wünsche dir für deine private und

berufliche Zukunft nur das Beste und danke dir ganz herzlich für deinen Einsatz für diese Stadt. Und somit back to business.

2024.SR.0105

10 Postulat Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur

Präsident: Ich habe mir sagen lassen, ihr seid bei Traktandum Nummer 10 und die Reihe sei an den Fraktionsvoten. Ihr könnt euch somit anmelden für Fraktionsvoten zum Traktandum 10, Postulat, Prüfungsbericht. Gibt es hierzu Voten? – Für die Fraktion SP-JUSO hat das Wort Ingrid Kissling-Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Wir haben uns in den vergangenen beiden Traktanden um die MIV-Infrastruktur gekümmert bzw. hatten entsprechende Vorstösse. Der Antrag von Nora geht dahin, dass sie der Meinung ist, dass dieser Prüfungsbericht abgelehnt werden soll, weil der Gemeinderat zu wenig klar auf die Fragen eingeht und auch das Anliegen zu wenig priorisiert. Ich würde das jetzt einmal so zusammenfassen. Wir seitens der SP sind ganz der Meinung, dass dieser Prüfungsbericht anzunehmen ist, und zwar ganz einfach darum, weil wir ja alle – oder die Mehrheit dieses Parlaments – der Ansicht sind, dass es tatsächlich so ist, dass der motorisierte Individualverkehr ganz klar ein wichtiger Faktor auch im Rahmen der Reduktion der CO₂-Belastung ist, dass es auch grosse Anstrengungen im Rahmen dieses Parlaments und des Gemeinderates gibt, diese herunterzufahren. Und ganz klar dazu gehören sicher die Klima- und Energiestrategie, aber auch das Klimaanpassungsreglement mit dem jährlichen Mittelbedarf von fast 5 Mio., den wir investieren, um eben auch die Strassen zu verändern, Anpassungen vorzunehmen, damit die stadtklimatischen Bedingungen besser werden. Und deshalb sehen wir keinen Sinn, diesen Prüfungsbericht abzulehnen. Vielmehr geht es wirklich auch darum, dass die Stossrichtung beibehalten wird. Und dieses Postulat hilft mit, dass wir in die richtige Richtung gehen, um den Druck aufzubauen. Aber es ist sicher so, dass in verschiedenen Politiken die entsprechenden Massnahmen dahingehend getroffen worden sind, um erste Schritte oder grosse Schritte auch im Sinne der Klimaanpassung vorzunehmen. Wir erachten die Ablehnung dieses Berichts nicht als zielführend, ich möchte es noch einmal sagen, sondern es geht ja darum, Impact zu erzielen. Und was erzielt man mit der Ablehnung eines Prüfberichts? Danke.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich halte auch dieses Votum ziemlich kurz. Wir sind sehr hin- und hergerissen in unserer Fraktion. Wir haben auch selten so oft immer wieder über das gleiche Geschäft diskutiert wie diesmal. Denn einerseits wünschen wir uns selbstverständlich, dass man den ganzen öffentlichen Raum und den Verkehr in der Stadt Bern neu denkt, strategisch auch neu ausrichtet. Gleichzeitig wissen wir ja aus Erfahrung, was quasi möglich ist in dieser Stadt mit dieser Regierung und diesem Parlament. Also, die Forderung ist die 50%-Reduzierung der MIV-Flächen. Und einerseits ist das ein bisschen problematisch, weil ich nicht ganz sehe, aufgrund welcher Studie oder welcher Überlegungen, man genau auf diese 50% kommt. Warum sind das nicht 30 oder 35 oder 65 oder was auch immer? Was hat das für Folgen? Man könnte sagen: Gut, das wird ja eruiert. Aber das finde ich trotzdem ziemlich vage. Das andere ist: Wir hatten ja erst gerade die Stadtklimainitiative und dort haben wir ja unter

5% Umwandlung von Strassenflächen in Veloinfrastruktur oder eben Begegnungszonen und so verlangt, also unter 5%. Ich weiss im Moment nicht mehr, ob es 2,5% oder so waren. Die Stadt hat gesagt: Unmöglich. Das könnten wir nicht. Und das wurde extrem eingehend geprüft. Es gab unzählige Gespräche. Und dann hat man sich eben auf diese klimawirksamen Flächen geeinigt. Und deswegen finde ich, wenn die Stadt das letztes Jahr so eingehend geprüft und dann gesagt hat, 2,5% schafften wir nicht, es eigentlich Wurst ist, ob es theoretisch möglich oder denkbar wäre. Es ist einfach hier in Bern nicht möglich. Und dann ist die Frage: Besteht man darauf, dass ein Prüfungsbericht einfach noch einmal geschrieben wird? Das Ergebnis wird nicht anders sein. Es wird ähnlich sein wie bei dem Wärmepostulat. Es kommt einfach immer wieder das Gleiche heraus und deswegen haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Aber die, die den Bericht jetzt annehmen, sind nicht zufrieden mit dem Bericht, sondern sie geben sich einfach geschlagen angesichts der Verwaltungs- und Regierungsumstände. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP lehnt den ideologisch geprägten Vorstoss der Jungen Alternative ab. Einmal mehr wird das beliebte Feindbild MIV instrumentalisiert. Das mag vielleicht dem Parteiprogramm entsprechen, aber es ist realitätsfremd. Vorab: Der MIV ist nach wie vor der Grundpfeiler unserer Mobilität, unseres Wirtschaftsmodell, unserer Prosperität und unseres Wohlstands im Land. Er ist die Grundlage der Wirtschaftsleistung und Wertschöpfung, die schlussendlich den grossen Sozialstaat, den ihr alle ausbauen wollt, noch finanziert. Zum Materiellen: Der technologische Fortschritt im Automobilbau schreitet ungehindert voran. Die Autos werden sicherer, verbrauchsärmer durch E-Fuels, CO₂-arm oder durch die fortschrittliche Elektrifizierung sogar auch CO₂-frei. Zudem: Wo soll denn der MIV hin? Soll hier wieder die berühmte von der Stadtpräsidentin, die da draussen sitzt, stipulierte Verkehrsverdunstung einsetzen? Wo sollen denn vor allem die vielleicht bereits immobilen älteren Leute hin mit ihrem Automobil, wenn ihr ihnen den Stellplatz vor dem Haus wegnehmt? Sollen sie in die Park- and Ride-Parkhäuser am Stadtrand, die ihr bekämpft? Sollen sie das Auto einfach verkaufen? Jeder und jede, die schon einmal seine Eltern für ein Altersheim motivieren und anmelden wollte, weiss, dass das nicht so einfach passieren wird. Wollt ihr unter bestehende und vielleicht sogar denkmalgeschützte Liegenschaften eine Einstellhalle einbauen? Meine Damen und Herren, das ist einfach realitätsfremd. Die Argumentation der Postulanten ist etwa so überzeugend, wie ein alter Kaffee fein ist. Zum Technischen: Die Infrastruktur lässt sich nicht einfach so halbieren. Es gibt Normen, Mindestmasse, Sicherheitswerte, die eingehalten werden müssen. Etwa das Gleiche wäre es, wenn man bei den Wohnungen der Postulantinnen und Postulanten forderte, man müsste die Zimmerhöhe halbieren, weil man so ja weniger Raum braucht und auch weniger Energie aufwenden muss, oder weniger Sauerstoff braucht. Zum Finanziellen: Wer zahlt denn das ganze Infrastrukturvernichtungsprogramm? Mit dem Blick auf die klammen Finanzen unserer rot-grünen Stadt ist die Antwort klar und eindeutig – nämlich niemand. Wir können uns das gar nicht leisten. Die FDP lehnt den Vorstoss deshalb klar ab, den Prüfbericht nehmen wir an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich kann es kurz machen. Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen. Einmal mehr versucht man hier, die Wirtschaft, die Privaten abzuwürgen durch utopische Vorgehen. Denkt daran, und ich hoffe darauf: Der Kanton und der Bund haben schon die entsprechenden Gesetze teilweise in der Pipeline, damit Gemeinden nicht mehr alles abriegeln dürfen. Das ist genau der richtige Ansatz. Es kann nicht sein, dass eine Stadt oder ein Dorf die anderen einfach ausgrenzt. Denkt daran: Der Automobilist zahlt die Strassenverkehrsabgabe. Er zahlt Parkkartengebühren, aber er soll die ganze Infrastruktur nicht mehr nutzen dürfen. Für mich einmal mehr ein schikanöses Vorgehen. Es geht darum, den anderen die Lebenseinstellung, die die Grünen gerne hätten, aufzuzwingen. Ich halte noch einmal fest, dass die Grünen, wir können mit Frau Baerbock anfangen, wir können weiterfahren, auf niedrigerem Niveau mit Frau Vara. Hemmungslos fliegen sie, auch für Kurzstrecken. Aber der private Bürger soll gegängelt und bevormundet werden. Was mich tröstlich stimmt, sind die grossen Stimmenverluste der Grünen in nationalen, kommunalen und – hoffen wir mal – auch in städtischen Wahlen. Merci.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Der Bericht zum vorliegenden Postulat geht in die gleiche Richtung wie beim Votum vor der Pause. Die Stossrichtung des Postulats unterstützt der Gemeinderat. Die ultimative Zielsetzung, die MIV-Fläche bis im Jahre 2035 zu halbieren, erachten wir jedoch schlicht als unmöglich. Konkret – gemäss dem neuen Klimaanpassungsreglement – planen wir für die nächsten 10 Jahre, jährlich 10'000 m² klimawirksame Fläche im Strassenraum zu schaffen. Zudem sollen jährlich 3 km Strasse in Begegnungszonen umgewandelt werden und mindestens 5 km städtisches Veloroutennetz aktiviert werden. All das sind doch recht komplexe Planungen mit einem hohen Ressourcenbedarf und einer Vielzahl von Faktoren, auf welche der Gemeinderat nur zum Teil Einfluss nehmen kann; so etwa im Zusammenhang mit Kantonstrassen oder dem regionalen Gesamtverkehrskonzept der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Auf der Basis der Energie- und Klimastrategie und des Klimaanpassungsreglements unserer Stadt verfolgen wir aber weiterhin konsequent das Ziel, möglichst viele Flächen im Strassenraum zugunsten des Stadtklimas und der Biodiversität umzugestalten. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer den Prüfungsbericht des Gemeinderates annehmen will, stimmt grün, wer ihn ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 013

2024.SR.0105: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	44
Nein	20
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt der Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht zugestimmt.

2024.SR.0299

11 Motion Michael Ruefer (GFL): Quartiereinfahrt Lorraine: Tschüss Asphaltwüste, hallo Lebensqualität

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 11, Motion Michael Ruefer, "Quartiereinfahrt Lorraine: Tschüss Asphaltwüste, hallo Lebensqualität". Die Motion ist bestritten. Ich erteile dem Einreichenden das Wort.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Nora Joos hat sie schon erwähnt in ihrem Votum zum vorherigen Traktandum, diese ETH-Studie, die ja Anfang Woche publiziert wurde, diese etwas missverständlich benannte Studie E-Bike-City, die eben das Potenzial aufzeigt, was passiert, wenn man die städtische Verkehrspolitik sehr stark auf den Veloverkehr ausrichtet, was das mit den Strassenräumen macht, und dass das tatsächlich auch dazu führen kann, dass der Verkehrsfluss weiterhin gewährleistet bleibt. Diese Studie hat natürlich für einiges Aufsehen gesorgt. Und wir werden auch von den verschiedenen Verbänden dafür sorgen, dass man dieses Tool, das vom ETH-Spin-off herausgegeben wurde, vielleicht auch für die Stadt Bern zur Anwendung bringen kann. Ein Ergebnis aus dieser Studie ist eben die ganze Geschichte, wie eben schon erwähnt, der Spurumverteilung. Und dabei ist besonders erwähnenswert dieser geschützte Holländerkreisel oder Holländerknoten, wo es eben darum geht, geschützte Abbiegeverhältnisse für Velofahrende umzusetzen, die quasi den Knoten umfahren, ohne dass es zum Verkehrskollaps kommt. Das ist in vielen holländischen Städten schon gang und gäbe. Einen solchen Holländerkreisel fordern wir oder haben wir in einem anderen Vorstoss, in einem anderen Postulat, schon Anfang Jahr gefordert, zusammen mit Katharina Gallizzi und Nora Joos. Und wir sind natürlich gespannt, welches Potenzial der Gemeinderat darin sieht. Ich sage das alles deshalb, weil in einer Vorstudie, die die Stadtverwaltung vor 3 Jahren angefertigt hat, als man diese Situation des Lorraine-Knotens vor dem Du Nord geprüft hat, man tatsächlich auch zum Schluss gekommen ist, dass tatsächlich dieser Holländerkreisel die Ideallösung wäre, um das Ganze umzugestalten. Nun hat der Gemeinderat auf meine echte Motion geantwortet – es ist eben keine Richtlinie, sondern ich habe mich auch redlich darum bemüht, dass es eine echte Motion ist – und hat beschlossen, dass dieser Knoten vor nicht allzu langer Zeit schon umgebaut wurde. Man muss da vielleicht etwas unterscheiden: Es wurden die Lichtsignalanlagen angepasst und Wegleitungen angefertigt. Und wie viele hier drin, die die Situation vor Ort kennen, wissen, wurde damals auch dieser Mittelvelostreifen auf der Lorrainebrücke eingeführt. Und man kann das jetzt Wertvernichtung nennen, wie das der Gemeinderat auch tut. Man muss sich aber wahrscheinlich schon auch fragen, welchen Wert die damaligen Anpassungen aus heutiger Sicht tatsächlich noch haben. Denn Fakt ist, dass dieser Knoten weiterhin eine sehr lieblose Asphaltwüste ist. Man bleibt als Velofahrender auf der Lorraine-Brücke komplett eingequetscht, auch wenn man Richtung Henkerbrännli hochfahren will. Man fährt jetzt zwar nicht mehr an einem Bus vorbei, dafür fahren die Autos an einem vorbei. Und es ist klar: Wenn das Zukunft Bahnhof Bern-Verkehrskonzept kommt, soll man ja die Lorraine-Brücke noch einmal umgestalten, mit einem Velostreifen, der dann eben ganz rechts auf der Brücke angeordnet ist. Insgesamt teilt offensichtlich eine Mehrheit des Rates die Meinung nicht, dass hier jetzt sehr viel Potenzial brach liegt, oder dass man noch weiterfahren sollte mit den Ergebnissen dieser Vorstudie. Man sagte mir, woanders sei es für einzelne Verkehrsteilnehmende noch prekärer. Aber ehrlich gesagt habe ich bis jetzt von niemandem von einem konkreten Projekt gehört, das noch prekärer und dringender

wäre. Es ist aber klar: Wir müssen zu den Finanzen Sorge tragen. Es gibt schon jetzt im Hintergrund sehr viele Priorisierungen. Und daher bin ich dabei, dass es offenbar jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, um nach wenigen Jahren schon ein neues Projekt aufzugleisen. Ich danke dem Gemeinderat insgesamt für die differenzierte Antwort, und hoffe, dass, wie in der Antwort des Gemeinderates erwähnt, künftig in diesem Perimeter tatsächlich kleine Anpassungen umgesetzt werden können, zum Beispiel beim Abbieger vor dem Du Nord oder auf dem Känzeli, wo effektiv viele Aufwertungen möglich sind, wenn man etwas Geld in die Hand nimmt. In diesem Sinne ziehe ich meine Motion zur Umgestaltung des Lorraine-Knotens zurück und danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Zuhanden des Protokolls: Der Vorstoss ist zurückgezogen. Das bedeutet auch, dass die Behandlung über dieses Geschäft per sofort beendet ist und wir direkt zum nächsten Traktandum kommen.

2024.SR.0304

12 Postulat Fraktion SP/JUSO (Ingrid Kissling-Näf, SP/Timur Akçasayar, SP/Bernadette Häfliger, SP): Mit der schlauen Ampel die «Grüne Welle» für Fussgänger:innen

Präsident: Wir sind entsprechend bei Traktandum Nummer 12, einem Postulat von SP-JUSO "Mit der schlauen Ampel, die "grüne Welle" für Fussgänger*innen". Ist dieses Postulat bestritten. – Es ist bestritten. Dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Einreichenden: Der Effizienz halber halte ich das Votum für die Einreichenden und auch gleich das für die Fraktion SP-JUSO. Ich möchte mit einer persönlichen Beobachtung beginnen. Kürzlich überquerte ich die Strasse beim Bollwerk. Obwohl ich zügig unterwegs war, wurde die Grünphase bereits für mich knapp. Zugegeben, ich bin weder 20 Jahre alt noch besonders sportlich, doch was für mich schon herausfordernd war, ist für ältere Menschen, Eltern mit Kindern oder Personen mit eingeschränkter Mobilität nicht nur stressig, sondern potenziell gefährlich. Diese Alltagssituation steht exemplarisch für viele Fussgängerinnen und Fussgänger in Bern. Warum dieses Postulat? Der Fussverkehr macht über 35% des Modalsplitts in Bern aus. Trotzdem sind unsere Lichtsignalanlagen noch immer primär auf den motorisierten Verkehr ausgerichtet. Das ist nicht mehr zeitgemäss. Fussgänger*innen sind ein zentraler Teil des städtischen Lebens und sie verdienen eine Infrastruktur, die ihnen gerecht wird. Unser Postulat ist auch als Reaktion auf das frühere Postulat der Fraktion AL/PdA zu verstehen, das bereits die Notwendigkeit einer fussgängerfreundlicheren Ampelsteuerung betonte. Während jener Vorstoss die Problematik grundsätzlich adressierte, konkretisieren wir nun die Lösung mit dem gezielten Einsatz intelligenter Technologien. Die Stadt Basel hat mit der sogenannten schlauen Ampel bereits 2018 einen erfolgreichen Pilotversuch gestartet. Wärmebildsensoren erkennen wartende Personen automatisch, verlängern Grünphasen bei Bedarf und beenden sie frühzeitig, wenn niemand mehr wartet. Das Resultat ist Zweidrittel weniger Wartezeit für Fussgänger*innen und gleichzeitig 11% weniger Gesamtgrünzeit, was auch dem rollenden Verkehr zugute kommt. Auch andere Städte zeigen, wie moderne Technologien den Fussverkehr stärken können. Eine Stadt, die hier auch sehr viel als Beispiel herangezogen wird, ist Barcelona – oder auch Wien. Denn sie haben KI-gestützte Systeme, die Ampelphasen in Echtzeit anpassen. Oder London: Dort erkennen die Ampeln die Anzahl wartender

Personen und reagieren dynamisch. Diese Beispiele beweisen: Die Technologie ist vorhanden, wir müssen sie nur nutzen. Sie bringt Vorteile für alle, nicht nur für die Fussgänger*innen, sondern auch für den übrigen Verkehr. Ich bitte euch, dem Postulat zuzustimmen.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft weitere Fraktionsvoten? – Für die Fraktion GFL hat das Wort, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Ich muss zum Piloten in Basel, der im Postulatstext erwähnt wird, einiges relativieren. Als Pilotanlage in Basel wurde kein Knotenbereich, also keine Kreuzung, sondern lediglich eine lichtgeregelte Fussgängerquerung gewählt. Und solche Anlagen sind in Bern eine kleine Minderheit und sie sind eben mehrheitlich in der Peripherie mit geringem Fussverkehrsaufkommen anzutreffen. Und was es auch noch zu erwähnen gilt, einfach auch for the record: Bei diesem Pilotversuch mit Videomaterial aus Basel gab es insgesamt 30% Falschanmeldungen von Fussgänger*innen, die den Querungswunsch geäussert haben. Das heisst, durch Falschanmeldungen gibt es unnötige Störungen des übrigen Verkehrs. Und damit komme ich auch noch auf eine generelle Beobachtung zum Anliegen. Es klingt natürlich immer sympathisch, wenn man sagt, es solle bedarfsgerechtere Grünzeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger geben. Aber in erster Linie muss der Gesamtverkehr am Knoten betrachtet werden. Und das heisst eben auch, dass der Einzelfall vor Ort an einer Kreuzung sehr genau betrachtet werden muss. Die Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage ist für sämtliche Verkehrsarten von entscheidender Bedeutung. Jede Sekunde Grünzeit, die zu Fussgehende zusätzlich erhalten, nimmt man einer anderen Verkehrsart weg. Und es ist egal, ob es eine bedarfsgerechte Zuteilung oder Sensoren gibt. Und eigentlich aus heutiger Sicht, auch nach dem heutigen Stand der Technologie, ist die beste Variante ein Umbau einer Lichtsignalanlage auf den sogenannten Bedarfsbetrieb, dass sie eben dann gelb blinkt, wenn nicht Rushhour ist, oder in einer Nebenverkehrszeit, wie das in Bern bei neuen Anlagen der Fall ist. Und auch noch zu erwähnen und wichtig ist: Eine Steuerung oder eine Neusteuerung, eine neue Einrichtung einer Lichtsignalanlage bedingt immer ein gewisses Investitionsgeschäft. Und das ist eben nicht einfach zentral steuerbar mit etwas KI oder so. Vielmehr sind das Infrastrukturprojekte. Und da muss man halt einfach immer sehen, mit älteren Anlagen ... Und in meinem eben zurückgezogenen Vorstoss wurde ja auch argumentiert, dass man eben keine Wertvernichtung wünscht. Und mit solchen pauschalen Forderungen macht man eben genau das. Man macht Wertvernichtung an bestehenden Anlagen und das muss man einfach genau im Blick behalten. Ich möchte noch ganz kurz erwähnen: Wir hatten noch einen Austausch mit dem Tiefbauamt, weil uns die Situation um den Rosengartenknoten auch sehr stark beschäftigt, diese Querung. Und dort hat man zum Beispiel generell gesagt: Wir warten einfach jetzt mal auf die Realisierung des Trams Bern-Ostermundigen. Und solange diese Bauarbeiten nicht kommen, kann man diese Lichtsignalanlagen dort nicht so programmieren, dass man zum Beispiel als Schülerin und Schüler nicht auf der Mittelinsel gefangen ist oder mit dem Fahrrad nicht indirekt links abbiegen kann. Und wir möchten uns sehr herzlich für die Antwort bedanken. Denn es wurde gesagt, dass man die alte Steuerung jetzt bedingt durch die Verzögerung, die wegen des Trams Bern-Ostermundigen entsteht, doch noch einmal analysieren und schauen will, wie man die Situation dort vor Ort verbessern kann. Und das ist auch die Quintessenz unserer Einschätzung, dass man sich halt wirklich nicht scheuen darf, die Situation vor Ort Knoten für Knoten immer gut anzuschauen und dass solche pauschalen Forderungen am Ende einfach wenig bringen. Vielen Dank.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Beim Postulat "Grüne Welle" für Fussgänger und Fussgängerinnen hat die Fraktion FDP Stimmfreigabe beschlossen. Vorausschickend kann man festhalten, dass die Ampeln bereits heute auf Passantenströme optimiert sind. Ein Teil der Fraktion sieht den Mehrwert der priorisierten Ampeln und den Nutzen, dem Langsamverkehr Vortritt zu gewähren. Ein anderer Teil der Fraktion sieht aber die Schwierigkeit der technischen Realisierbarkeit. Thermalkameras sind in der Praxis eben umstritten, denn sie geben auch viele Fehlermeldungen und können nicht eindeutig identifizieren, ob jemand nur an der Ampel vorbeiläuft oder effektiv eine Querungsabsicht hat. Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung muss sich aber die Stadt oder vor allem der Gemeinderat auch einmal überlegen und sich dazu bekennen, wer jetzt genau die Priorität haben soll: der ÖV, der Langsamverkehr oder der MIV. Den Fünfer und das "Weggli" kann man nicht haben. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP hat auch Stimmfreigabe beschlossen. Wir haben Leute, Janosch und ich, die werden zustimmen, die sagen, die Vorteile des Postulats seien gegeben. Es ist ein Prüfungsbericht. Es geht darum, dass man es prüft. Darum sagen wir: Man kann es machen. Aber ich sage jetzt hier trotzdem etwas für den Teil der Fraktion, der es eher skeptisch anschaut. Es ist natürlich immer klar: Wenn man die Zeit verlängert, dann gibt es für den motorisierten Individualverkehr, den Gewerbeverkehr, aber auch den ÖV Einschränkungen. Das muss man einfach sehen. Meine Antwort ist: Man muss das von Fall zu Fall anschauen. Es gibt auch unmögliche Ampeln. Wenn ihr eine sehr lange Rotphase habt und kein Verkehr durchgeht, dann wird der Fussgänger auch drücken, auch wenn es keinen Verkehr hat, geht er dann trotzdem bei Rot rüber. Deshalb: Summa summarum werde ich zustimmen und auch die in der Fraktion, die das wollen. Aber ich möchte einfach auch warnen, dass ihr es nicht überschätzt. Es hat eben teilweise auch Nachteile für das ganze System. Und für mich, wie gesagt, ist entscheidend: Wir müssen im Einzelfall anschauen, was es bringt. Und dann gibt es gewisse Orte, an denen es sich eignet, aber auch gewisse Orte, an denen es sich nicht eignet. Man muss sich vielleicht überlegen – ich zitiere Lars Frauchiger, der auch nicht unbedingt ein grosser Anhänger der Ampeln war. Vielleicht gibt es auch gewisse Orte, wo man eben gelb blinken könnte oder was auch immer, oder die Ampel zu gewissen Zeiten ausschalten, wenn nicht viel Verkehr ist. Für mich sind das alles auch Punkte. Aber darum – ich bin auch Mitglied bei Vortritt Fussgänger – kann ich hier zustimmen. Merci.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Die schlaue Ampel aus Basel, welche in einem Pilotprojekt getestet wurde, ist aus heutiger Sicht vielleicht gar nicht mehr so schlau. Auch in Bern sind an einigen Ampeln Bewegungsmelder im Einsatz. Doch die künstliche Intelligenz (KI) hat uns in der Zwischenzeit überrascht. Ihr gehört auch in der Verkehrsplanung die Zukunft. Beim neu gestalteten Inselplatz erkennen und erfassen Kameras mit KI-Technologie die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, geben die entsprechenden Informationen an die Lichtsignale weiter und füttern die Verkehrszählung. Das ist

schweizweit der erste Versuch dieser Art. Er muss nun ausgewertet werden. Im nächsten Jahr werden wir erste Resultate vorweisen. Kommt hinzu: Jede Kreuzung, jede Strassenquerung hat ihre Eigenheit. Es ist daher nicht zielführend, auf die Schnelle ein System flächendeckend in der ganzen Stadt einzusetzen. Im Stadtzentrum, in Bahnhofnähe zum Beispiel, ist die Nachfrage an den Knoten so hoch, dass die Grünzeiten bereits verteilt werden müssen. Das ist oft ein Kompromiss zwischen der Stabilisierung des ÖV-Betriebs, der Velobevorzugung und den Bedürfnissen der zu Fuss Gehenden. Wie gesagt, wir sind dran. Die KI wird die Verkehrsplanung begleiten und verbessern. Das ist auch der Grund, weshalb der Gemeinderat dem Stadtrat beantragt, das Postulat als erheblich zu erklären. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über dieses Postulat. Wer es erheblich erklären will, drückt Grün, wer es ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 014

2024.SR.0304

Annahme

Ja	51
Nein	9
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2024.SR.0287

13 Postulat Béatrice Wertli (Mitte)/Florence Pärli (JF)/Janosch Weyermann (SVP): Wirtschaftsnacht! Lasst die Bevölkerung das Gewerbe feiern

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13, Postulat "Wirtschaftsnacht! Lasst die Bevölkerung das Gewerbe feiern". Ist dieses Postulat bestritten? – Es ist bestritten. Dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Einreichenden: Wie ist dieser Vorstoss entstanden? Total überparteilich und interfraktionell. Es war ein Anlass während der Wahlen, organisiert von den Berner Wirtschaftsverbänden. Wir, alle Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat, standen an den berühmten Bistrotischen, die wir schon fast nicht mehr sehen konnten, und die Fragen drehten sich natürlich um die Wirtschaft und um das Gewerbe. Und auf diesem Podium haben wir diese Idee entwickelt. Marieke Kruit hat als Erste diese Idee lanciert und wir waren alle sofort begeistert. Wir haben festgestellt, dass, wenn es darum geht, das Gewerbe und die Wirtschaft zu fördern und zu feiern, sich überparteilich die Meinungen gleich sind. Und das haben wir dann sofort mit diesem Vorstoss umgesetzt. Dieser Vorstoss will, dass Bern, dass unsere Stadt etwas gemeinsam mit dem Gewerbe macht. Wohnen, Konsum, Arbeit – all das sind zentrale Bedürfnisse der Menschen in Bern. Aber zum Teil wirken sie gegeneinander. Emissionen, Lärm, 30er-Zonen, Parkplätze sind dann sogenannte Zielkonflikte. Wir sind der Meinung, mit so einem Anlass schaffen wir es, ein besseres Verständnis unter diesen verschiedenen Bedürfnissen und Anliegen zu haben – erstens. Zweitens: Wir

haben ein Gewerbe und eine Wirtschaft, auf die wir stolz sein können. Diese sollen sich zeigen können. Die Museumsnacht ist ein Hit. Alle gehen in Museen, obwohl sie es sonst vielleicht gar nicht machen, oder entdecken Museen, die sie nicht kennen. Und genau das wollen wir mit dieser Wirtschaftsnacht der Wirtschaft und des Gewerbes eben auch machen. Und was uns besonders gefreut hat: Kaum hat diese neue Legislatur begonnen, wurden wir schon von der Präsidentin eingeladen, die uns ihre ersten Ideen präsentiert hat. Es hat uns wirklich sehr gefreut, denn die Ideen gehen noch weiter, nicht nur eine Verbindung zwischen Arbeit, Gewerbe, Bevölkerung und Stadt, sondern auch eine Verbindung zwischen den Regionen, unter den Quartieren. Wir finden die Idee grossartig. Kurz, es spricht alles dafür und eigentlich überhaupt nichts dagegen. Im Namen der Einreichenden und auch im Namen unserer Fraktion bitten wir euch, diesem Postulat mit Begeisterung zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Wirtschaft in der Stadt Bern ist oft leider nur ein Thema zwischen Lärmbeschwerden, Steuerfuss und Parkplatzregime. Umso erfrischender, wenn mit diesem Vorstoss nicht die Probleme, sondern die Potenziale der städtischen Wirtschaft ins Zentrum rücken. Wirtschaft ist Teil des urbanen Alltags. Sie ist ein Schaffensraum, Innovation. Und wir wünschen uns, dass sie noch mehr als bisher auch ein Ort der Teilhabe und Begegnung wird. Eine Wirtschaftsnacht oder auch ähnliche Formate könnten durchaus Brücken zwischen Gewerbe und Bevölkerung, zwischen Stadtentwicklung und Alltagsleben schlagen. Aber gerade in einer Stadt wie Bern mit starkem Dienstleistungs-, Bildungs- und Kulturschwerpunkt ist es aus unserer Sicht zentral, nicht nur Althergebrachtes, sondern auch zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle sichtbar zu machen, etwa die Kreislaufwirtschaft, soziale Unternehmen, nachhaltige Produktion, oder auch neue Kooperationsformen. Eine entsprechend gewichtete Umsetzung würde nicht nur das Verständnis für die wirtschaftlichen Realitäten stärken, sondern auch soziale Nachhaltigkeit fördern und das städtische Gewerbe positiv in Szene setzen. Als GFL stehen wir für eine kreislauffähige Marktwirtschaft mit Haltung, lokal verwurzelt, innovativ, sozial verträglich. Deshalb unterstützen wir diesen Prüfauftrag gerne und freuen uns auf eine Stadt, in der nicht nur Kultur, sondern auch unsere Wirtschaft gelegentlich die Nacht zum Tanzen bringt. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird das vorliegende Postulat für eine Wirtschaftsnacht ebenfalls unterstützen und dem Gemeinderat folgen. Wir sind der Meinung, dass eine Wirtschaftsnacht oder welche Form auch immer der Bevölkerung und den Unternehmen in der Stadt Bern nützen kann. Für die Stadtbewohner*innen ist es hilfreich, die Unternehmen in der Stadt besser kennenzulernen, und für die Unternehmer*innen bewirkt ein solcher Anlass eine bessere Verankerung in der Stadt. Und schliesslich ist für die Stadt selbst eine Wirtschaftsnacht auch eine Chance, die Vielfältigkeit der lokalen Wirtschaft aufzuzeigen und die Stadtberner Wirtschaft insgesamt zu stärken. Im Grossen und Ganzen kann zu einem verständnisvolleren Miteinander beigetragen werden, wie im Postulat auch beschrieben. Allerdings ist für uns zentral, dass der Gemeinderat bei der Umsetzung mehrere Grundsätze beachtet. Erstens legt das Postulat das Hauptgewicht der Veranstaltung darauf, ich zitiere, "die Bedürfnisse der Wirtschaft aufzuzeigen und zu verdeutlichen". Damit ist die SP-JUSO-

Fraktion nur bedingt einverstanden. Es darf keine politische Plattform für Arbeitgeber entstehen, um sich gegen Mindestlöhne oder für Sonntagsarbeit auszusprechen. Der Gemeinderat ist angehalten, dies im Dialog mit den beteiligten Geschäften zu betonen und schliesslich auch durchzusetzen. Zweitens sind wir der Meinung, dass Kreislaufwirtschaft und Ökologie zentrale Leitlinien bei der Ausarbeitung des Konzepts sein müssen. Eine Wirtschaftsnacht kann in den Augen der SP-JUSO-Fraktion aktiv zur Förderung der Kreislaufwirtschaft beitragen. Deswegen soll die Wirtschaftsnacht einen besonderen Fokus auf Unternehmen und KMU setzen, die sich dem ökologischen Umbau widmen. Dazu gehören insbesondere Fairtrade-Läden, Secondhand-Shops, Konzepte der Sharing Economy oder auch Unternehmen, die sich für die Energiewende einsetzen – zusammengefasst: für mehr lokalen und nachhaltigen Konsum statt für Temu und Amazon. Auch Unternehmen, die ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und Social Entrepreneurs sind ebenfalls abzubilden. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist unserer Fraktion ein zentrales Anliegen. Die Stadt Bern soll deshalb Modelle fördern, die dies ermöglichen. Die Wirtschaftsnacht kann aktiv dazu beitragen, solchen Unternehmen mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Und schliesslich gehören unseres Erachtens die vielen Konturschaffenden in der Stadt Bern ebenfalls zu einer Wirtschaftsnacht dazu. Wir erwarten vom Gemeinderat ein innovatives Konzept, das für alle Stadtbewohner*innen eine Bereicherung ist. Insofern freuen wir uns sehr auf die Umsetzung.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Ich halte das nachfolgende Votum im Namen von Nik Eugster, der heute leider nicht da sein kann. Unsere Petition möchte die Schaffung einer Veranstaltung, die das Verständnis für die Bedeutung und Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft stärkt. Die Wirtschaft ist weit mehr als nur Zahlen und Märkte. Sie ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie schafft Arbeitsplätze, ermöglicht Innovationen und sorgt dafür, dass Wohlstand erwirtschaftet und verteilt werden kann. Ohne eine funktionierende Wirtschaft fehlen die Mittel für Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und soziale Sicherheit. Sie ermöglicht Teilhabe, gibt Perspektiven und trägt zur sozialen Stabilität bei. Kurz, eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für ein starkes Gemeinwesen, und das gilt auch für die Stadt Bern. Bern ist nicht nur die Bundesstadt mit vielen Arbeitsplätzen in Verwaltung und öffentlichem Dienst, sie ist auch Wirtschaftsstandort mit innovativen Unternehmen, engagierten Gewerbetreibenden und kreativen Köpfen. Gerade in einer Stadt mit starkem öffentlichem Sektor braucht es eine vitale Privatwirtschaft. Sie schafft Jobs ausserhalb der Verwaltung, sorgt für Steuereinnahmen und belebt Quartiere und finanziert mit ihren Leistungen einen grossen Teil der öffentlichen Aufgaben. Eine gesunde Wirtschaft macht Bern lebendig, vielfältig und zukunftsfähig. Die Wichtigkeit der Wirtschaft wird leider auch von der Politik oft nicht genügend anerkannt. Wenn als Vorschlag für die Deckung des überdimensionalen Ausgabenwachstums der Stadt Bern eine Erhöhung der Unternehmenssteuern vorgeschlagen wird, ist das ein Schlag ins Gesicht all jener, die nach wie vor an den Wirtschaftsstandort Bern glauben. Wir fordern den Gemeinderat auf, stattdessen die Wirtschaft zu fördern und zu feiern. Und hierzu ist eine solche Nacht der Wirtschaft ein tolles Mittel. Das haben unsere Nachbarn in Köniz letzte Woche gezeigt. Aus diesem Grund danke ich allen, die mit ihrer Zustimmung zum Postulat ein Zeichen für eine wirtschaftliche, offene Stadt Bern setzen. Danke.

Präsident: Danke. Für die Fraktion GLP-EVP, Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Das Postulat, auch wenn es als Wahlkampfbooster, würde ich jetzt einmal formulieren, eingereicht wurde, verfolgt eine unterstützenswerte Absicht. Es zielt nämlich darauf ab, ein Bewusstsein für die unvermeidlichen Zielkonflikte zwischen Wohnbedürfnissen, Konsumwünschen und wirtschaftlicher Tätigkeit in einer Stadt wie Bern zu schaffen. Unternehmen tragen nämlich sowohl zur Versorgung und Infrastruktur bei, verursachen aber auch Emissionen. Solche Spannungen existieren nicht nur zwischen Interessengruppen, sondern auch innerhalb einzelner Personen. Ich bin ja zugleich Anwohner, ich bin Konsument, ich bin aber auch Erwerbstätiger. Und das führt das Postulat richtigerweise so aus. Die geforderten Informationsanlässe in Form dieser Wirtschaftsnacht können dazu beitragen, die Akzeptanz für wirtschaftliche Aktivitäten in der Stadt zu fördern und somit das Verständnis für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen zu schaffen. Die Veranstaltung soll vor allem die Bedürfnisse der Wirtschaft sichtbar machen. Das ist uns wichtig. Die Stadt, insbesondere das Wirtschaftsamt, soll dabei im Dialog mit den Unternehmen eine geeignete Umsetzungsform entwickeln. Das ist im Sinne der GLP-EVP-Fraktion. Das tönt alles auch super toll. Doch wir möchten noch auf etwas hinweisen. Die Stadt Bern ist keine Eventveranstalterin. Es gibt viele andere, die das explizit als ihre Aufgabe haben, und das auch besser können. In diesem Sinne ist für die GLP/EVP-Fraktion die Wirtschaftsnacht à la Museumsnacht nicht die primär zu verfolgende Idee. Das lässt ja Gott sei Dank das Postulat auch offen. An dieser Stelle ein paar Ideen aus unserer Fraktion: Wie wäre es mit Wirtschaftstagen oder Wochen an Schulen, wo Jugendliche einen direkten Einblick in die lokale Wirtschaft erhalten und frühzeitig das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge gefördert wird? Oder eine Pop-up-Ausstellung/Bar im öffentlichen Raum, durch die Wirtschaftsverbände organisiert, wo die Vielfalt und die Berner Arbeitswelt sichtbar gemacht werden kann, und man gleichzeitig auch noch ein Bier genießt. Oder vielleicht lassen sich Quartiergespräche zwischen Unternehmen und Anwohnenden institutionalisieren, um einen Raum zu schaffen, der das Verständnis für die gegenseitigen Bedürfnisse fördert. Die GLP-EVP-Fraktion versteht das Postulat in diesem Sinne als Auftrag für den Gemeinderat, kreativ zu werden, was die Förderung des Dialogs zwischen der Bevölkerung und den stadtdansässigen Unternehmen anbelangt, und unterstützt dieses daher.

Präsident: Vielen Dank. Für die Fraktion SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion wird dem Postulat selbstverständlich zustimmen. Ich bin einer jener gewesen, die mit Marieke und Béatrice auf dem Podium waren. Und wir waren Feuer und Flamme für die Idee. Und man hat es ja letzte Woche, es ist schon angetönt worden, gesehen, was das für ein Erfolg gewesen ist, die Industrienacht oder, wie es in dem Schluss hiess, Wirtschaftsnacht oder Gewerbenacht. Und ich glaube, das wäre auch für Bern eine sehr, sehr gute Idee, damit die Bernerinnen und Berner ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse, für die Sorgen und die Ängste, aber auch die Interessen der Wirtschaft in Bern bekommen, und dass man einfach auch sieht, wie wichtig die Wirtschaft für Bern ist. Sie schafft Lehrstellen, sie bietet Arbeitsplätze, sie trägt einen grossen Teil zum Steuersubstrat der Stadt Bern bei, damit wir eben das Marzili sanieren können oder so. Und darum sollte man unbedingt eine Wirtschaftsnacht realisieren. Und ich glaube, es ist auch interessant, wenn man so etwas hat wie einen Tag der offenen Tür oder eben eine Nacht der offenen Tür, damit man mal sieht, was die Unternehmen überhaupt für innovative Produkte machen, herstellen, oder was es zum Beispiel in den Quartieren überhaupt für innovative Unternehmen gibt, damit man wirklich einmal hineinsieht. Und je

nachdem kann man das natürlich auch verbinden mit der Lehrstellensuche, sodass die Schulen dort hingehen und vielleicht vor allem in diese Unternehmen, wo es hochspezialisierte Berufe gibt, wo Fachkräftemangel herrscht, sodass man dem entgegenwirken kann. Und darum ist es umso wichtiger, dass wir dem Postulat zustimmen. Ich habe bis jetzt noch kein einziges kritisches Votum dagegen gehört. Es ist zwar bestritten gewesen, aber ich glaube, es wird durchkommen, und ich hoffe, dass wir bereits im nächsten Jahr das erste Mal in Bern eine Wirtschafts-, Industrie- oder Gewerbenacht feiern können, und danke der Stadtpräsidentin, dass sie auch vorwärtsmacht. Merci.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Mit fast 200'000 Arbeitsplätzen und rund 14'500 Arbeitsstätten ist die Stadt Bern ein bedeutender Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Besonderes Gewicht tragen dabei der öffentliche Sektor, also insbesondere die Kantons- und Bundesverwaltung, aber auch die öffentlichen Unternehmen wie beispielsweise SBB, Post oder BLS, aber auch das Gesundheitswesen mit den öffentlichen und privaten Spitälern und das Bildungswesen, ich denke da vor allem eben auch an die Universitäten und die Berner Fachhochschulen. Darüber hinaus ist Bern als Unternehmens- und Forschungsstandort im Bereich MedTech und Life Science relevant. Überdies verfügt die Stadt Bern über eine breitgefächerte Unternehmenslandschaft mit zahlreichen grösseren, mittleren und kleineren Firmen aus verschiedensten Branchen. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, Nachhaltigkeit und Innovation, das ist längst angekommen bei den Unternehmen. Bern hat eine starke zukunftsorientierte Wirtschaft, die gesehen werden soll. Mit einer Wirtschaftsnacht machen wir sichtbar, was Bern bewegt, versorgt, ausbildet und gestaltet, sowohl heute als auch morgen. Die Vielfalt der Wirtschaft vom Start-up bis zum Weltkonzern, das ist Berns Stärke und das dürfen wir durchaus auch zeigen. Die Wirtschaftsnacht ist ein sinnvolles Projekt dafür, und deshalb beantragt der Gemeinderat, dem Postulat zuzustimmen.

Präsident: Vielen Dank. Wir stimmen auch über dieses Postulat ab. Wer es erheblich erklären will, stimmt Grün, wer es ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 015

2024.SR.0287

Annahme

Ja	49
Nein	14
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2024.SR.0297

14 Postulat Ursula Stöckli (FDP): Neuzuzügeranlass für Firmen analog dem Neuzuzügeranlass für Personen

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 14, Postulat Ursula Stöckli, Neuzuzügeranlass für Firmen analog dem Neuzuzügeranlass für Personen. Ist dieses Postulat bestritten? – Das Postulat ist nicht bestritten. Dann ist es einstimmig überwiesen. Die Einreichenden hätten das Wort für eine kurze Erklärung. Ursula Stöckli hat das Wort für eine kurze Erklärung – eine Minute.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Ich danke euch, dass das Postulat nicht bestritten ist und dass es so überwiesen werden kann. Es geht um etwas ganz Einfaches. Es geht um Wertschätzung von Firmen, die in die Stadt Bern kommen, und darum, sie, so wie man auch die Leute, die hierherkommen wollen, willkommen zu heissen. Wir fänden es schön, wenn man auch die Firmen, die hier in die Stadt hineinkommen, begrüsst. Es gibt einen Austausch, sie haben eine Ansprechperson, sie sehen Gesichter in der Stadt und können auch untereinander netzwerken. Schön, dass ihr das angenommen und überwiesen habt. Merci vielmals.

Abstimmung Nr. 016

2024.SR.0297: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	66
Nein	0
Enthalten	0

2024.SR.0121

15 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin/ Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP)/Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen

Präsident: Vielen Dank. Wir sind somit bei Traktandum 15, Richtlinienmotion "Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen". Ist dieser Vorstoss bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann hätten auch hier die Einreichenden das Wort für eine kurze Erklärung. Für die Einreichenden, Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Einreichenden: Vielen Dank, dass ihr bereit seid, diese Motion zu überweisen. Wir sind sehr erfreut darüber, dass ihr und auch der Gemeinderat bereit seid, eine gemeinderätliche Fachkommission zu schaffen, die aus Menschen mit Behinderungen besteht, die den Gemeinderat berät und ihre Expertise einbringen darf oder kann, wenn es um ihre Anliegen geht. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Jetzt ist mir vorhin ein Fehler passiert, für den ich mich entschuldige. Wir haben beim vorherigen Traktandum Nummer 14 das Postulat nicht bestritten. Es wurde überwiesen. Der Gemeinderat beantragt aber, dass seine Antwort als

Prüfungsbericht gilt. Das heisst, wir müssen noch darüber abstimmen, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht annehmt oder nicht. Wenn ihr den Prüfungsbericht annehmt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung siehe Traktandum 14.

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates wurde einstimmig als Prüfungsbericht angenommen. Traktandum 15 wurde nicht bestritten, die Motion ist als Richtlinie überwiesen.

2023.SR.0168

16 Interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!

Gemeinsame Beratung der Traktanden 16 bis 18: siehe Traktandum 17.

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden Nummer 16, 17 und 18, die wir gemeinsam behandeln. Hier wird es ein wenig kompliziert, aber keine Sorge, ich führe uns durch dieses Prozedere. Bei Traktandum 16 wurde der Prüfungsbericht des Gemeinderates zur Traktandierung beantragt. Traktandum 17 ist die Abschreibung einer Motion, die in der vorberatenden Kommission nicht einstimmig war. Traktandum 18 ist eine Interpellation. Ich frage nun als erstes die Einreichenden der Interpellation, ob sie spezifisch bei dieser Interpellation die Diskussion wünschen oder nicht. – Die Diskussion zur Interpellation unter Traktandum 18 ist beantragt. Wir stimmen also als erstes darüber ab, ob ihr diese gewährt oder nicht.

Abstimmung Nr. 017

2023.SR.0168: Quorum Traktandum 18

1/3-Quorum erreicht

Ja	31
Nein	26
Enthalten	1

Präsident: Das notwendige Quorum ist erreicht. Wir können also im ganzen Block auch diese Interpellation behandeln.

Abstimmung Nr. 018

2023.SR.0168: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

2016.SR.000008

17 Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern

Gemeinsame Beratung der Traktanden 16 bis 18.

Präsident: Als erstes kommt auch in diesem Block die vorbereitende Kommission zu Wort. Das ist in diesem Fall die Kommission SBK. Die Kommission SBK hat sich aber nur mit Traktandum 17 befasst. Deswegen meine Frage an die Sprecherin der SBK: Möchtest du zur Abschreibung der Motion unter Traktandum 17 als SBK-Sprecherin etwas sagen? – Das ist der Fall. Dann hat für die SBK zur Abschreibung der Motion unter Traktandum 17 das Wort, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Wir haben am 24. Februar in der SBK über das vorliegende Geschäft diskutiert. Und es geht darin, wie gesagt, um die Abschreibung einer Motion der GB/JA!-Fraktion von Seraina Patzen aus dem Jahr 2016, übernommen von Ursina Anderegg und dann von Lea Bill im Januar dieses Jahres. Die Motion beauftragt den Gemeinderat erstens, ein jährliches Monitoring bezüglich Qualitätsstandards der Asylzentren auf städtischem Boden durchzuführen, zweitens eine unabhängige niederschwellige Beschwerdestelle zu schaffen. Bei dieser Stelle sollen Asylsuchende Beschwerden betreffend Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren vertraulich anbringen können. Und drittens soll der Gemeinderat den aus dem Monitoring resultierenden Handlungsbedarf umsetzen und sich bei den kantonalen und nationalen Stellen für eine Verbesserung der Situation einsetzen. Die Motion wurde vor 9 Jahren eingereicht und hat einen langen Weg hinter sich und auch einige Entwicklungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Seit 2020, wir wissen es, kann die Stadt als regionale Partnerin und für NA-BE (Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern) direkt auf die Unterbringung von Geflüchteten Einfluss nehmen. Gleichzeitig ist der Spielraum der Stadt Bern beschränkt. Der Kanton entscheidet allein, wann welche Unterkunft mit welchen und mit wie vielen Personen belegt wird. Das hängt auch mit der Anzahl Asylsuchender zusammen, die immer wieder grossen Schwankungen unterliegt. Zudem wurde 2022 in der Schweiz der Schutzstatus S für Geflüchtete aus der Ukraine eingeführt, die andere Rahmenbedingungen haben als Menschen aus anderen Ländern. In diesem hochkomplexen Kontext war es der SBK wichtig, den Mitarbeiter*innen des Sozialamts und der Heilsarmee für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken. Dennoch ist die Situation für geflüchtete Menschen nach wie vor häufig prekär. Diese Menschen verdienen es, dass wir genau hinschauen und ihnen den Schutz und die Sicherheit bieten, die sie verdienen. Und das ist das Kernanliegen der vorliegenden Motion. Bereits Anfang 2023 beantragte der Gemeinderat, die Motion abzuschreiben. Dieser Antrag wurde im Stadtrat abgelehnt. Im Gegensatz zu 2023 liegt heute ein ausführlicher Monitoringbericht vor, der im Dezember 2024 vom Gemeinderat verabschiedet und veröffentlicht wurde. Und weil es ein wirklich guter und ausführlicher Bericht ist, möchte ich an dieser Stelle ein paar Einblicke anbringen. Er geht in 6 Kapiteln auf die Aspekte ein, denen gemäss Motionstext besondere Beachtung geschenkt werden soll. Dazu gehören unter anderem die Qualität der Unterkünfte bezüglich Raums und Privatsphäre, die Qualität der Betreuung, Beschäftigungs- und Bildungsangebote und die Vernetzung mit Fachpersonen und der Zivilgesellschaft. In der Kommission wurde ausdrücklich begrüsst, dass der Bericht einen vertieften Einblick in die Realität in den Asylunterkünften gibt und auch einen speziellen Fokus auf die Situation von geflüchteten Frauen und

queeren Menschen legt. Damit wird nämlich gleichzeitig eine Massnahme des städtischen Aktionsplans für Gleichstellung umgesetzt. Weiter geht der Bericht auf die Beschwerdemöglichkeiten ein, die Menschen im Asyl- und Flüchtlingsbereich offenstehen. Für formelle Beschwerden steht selbstredend der offizielle Beschwerdeweg über die Direktion GSI (Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion) des Kantons Bern zur Verfügung. Für informelle Beschwerden führt der Bericht mehrere Optionen auf. Dazu gehört die Beschwerde direkt bei den Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften oder bei der Unterkunftsleitung, Beschwerde beim Asylsozialdienst oder bei der Ombudsfrau. Und schliesslich identifiziert der Bericht Handlungsbedarf und Massnahmen, um sowohl auf städtischer als auch kantonaler Ebene Verbesserungen zu erreichen. Auf städtischer Ebene gehören dazu die Prüfung einer Wiederaufstockung der Mittel für die Quartierarbeit im Zusammenhang mit der Kollektivunterkunft Tiefenau. Die Überprüfung der bestehenden Konzepte zur Unterstützung und Beratung von Frauen und queeren Menschen unter Einbezug der städtischen Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen und auch die Überprüfung und Vereinheitlichung der Informationen über Beschwerdemöglichkeiten und die Einführung eines internen Beschwerdemanagements. Auf kantonaler Ebene werden andere Massnahmen aufgeführt; zum Beispiel Anpassungen an die längere Verweildauer in den Zentren wie zum Beispiel Zugang zu Deutschkursen oder Anpassung der Abgeltungsmodalitäten für die Integration, die Einführung von persönlichen Rechtsbeiständen und die Finanzierung von medizinischen Untersuchungen für Schutzsuchende aus der Ukraine sowie Massnahmen für eine geschlechtssensible Unterbringung und die Weiterbildung zu geschlechtsspezifischer Gewalt im Asylsystem. In der Kommission wurde der ausführliche Bericht sehr begrüsst. Denn er erfüllt das Anliegen unter Punkt 1 der Motion. Wichtig war in der SBK zudem die Versicherung, dass die jährliche Berichterstattung zur Umsetzung der Massnahmen veröffentlicht wird. Denn da stecken wertvolle Informationen und Anhaltspunkte drin. Mit dieser Versicherung empfiehlt die SBK euch Punkt 1 der vorliegenden Motion einstimmig zur Abschreibung. Anders sieht es bei Punkt 2 und der Forderung nach einer Beschwerdestelle aus. Wir haben länger darüber diskutiert. Einige Stimmen in der Kommission waren der Meinung, dass die bestehenden Beschwerdemechanismen ausreichen und auch genügend genutzt werden. Bewohner*innen würden durchaus wegen zum Beispiel zwischenmenschlichen Konflikten oder sonstigen Problemen an die Leitung der Unterkunft gelangen oder sich auch bei zivilgesellschaftlichen Organisationen beschweren. Andere Stimmen betonten, dass es gerade für Situationen, in denen ein Problem mit einer Betreuungsperson oder mit der Zentrumsleitung besteht, keine ausreichende Möglichkeit gibt, sich zu wehren. Sowohl der Asylsozialdienst als auch die Ombudsstelle sind Behörden, die für die meisten zu hochschwellig und zu wenig vertrauenswürdig sind. Zudem war man sich in der Diskussion einig, dass für alle Arten von Beschwerden noch kein zufriedenstellender Mechanismus besteht, die Informationen, die darin gesammelt werden, an die Stadt und die Betreiber*innen der Unterkünfte weiterzuleiten, damit diese Beschwerden systematisch ausgewertet sowie Muster und Probleme erkannt werden können. Der vorgeschlagene Ausbau des internen Beschwerdemanagements könnte hier Abhilfe schaffen. Doch diese Massnahme benötigt unbedingt mehr Ressourcen. Denn sonst werden bereits jetzt stark ausgelastete Mitarbeiter*innen noch stärker belastet und verlieren Zeit für die direkte Betreuung, die sowieso schon knapp bemessen ist. Es wurden deshalb weitere Möglichkeiten diskutiert, wie unabhängige niederschwellige Beschwerden möglich wären und ein Feedback-Loop an die Stadt sichergestellt werden kann. Das wäre einerseits, eine niederschwellige, unabhängige, vertraute Organisation aus der Zivilgesellschaft damit zu beauftragen, Beschwerden zu

sammeln, auszuwerten, auch zu publizieren und weiterzuleiten, also eine Art Institutionalisierung des Feedback-Loops, wofür die entsprechende Organisation natürlich auch mit genügend Ressourcen ausgestattet werden muss. Das Zweite, was diskutiert wurde, war eine Weiterentwicklung des Meldetools für sexistische Übergriffe, die bisher eher im Kontext von Racial Profiling diskutiert wurde. Es wurde am Ende der Diskussion deutlich, dass man sich zu Punkt 2 nicht einig war. 3 Mitglieder der Kommission sprachen sich für die Abschreibung, 3 gegen die Abschreibung aus und 3 haben sich enthalten. Schliesslich noch zu Punkt 3, dass die Massnahmen, die im Monitoringbericht identifiziert werden, umgesetzt werden sollen. Die Kommission hat hier festgestellt, dass wichtige Massnahmen natürlich identifiziert sind und es sich erst noch zeigen muss, ob die auch tatsächlich umgesetzt werden können, aber dass man dafür die jährliche Berichterstattung hat, und empfiehlt euch deshalb Punkt 3 einstimmig zur Abschreibung. Und, weil das ein langes Referat war, noch einmal kurz und knapp: Die SBK empfiehlt euch, Punkt 1 und 3 abzuschreiben und bei Punkt 2 sind die Haltungen unterschiedlich – mit je 3 Stimmen für die Abschreibung, 3 für die Aufrechterhaltung und 3 Enthaltungen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci. Wir kommen somit zu den Voten der Einreichenden. Ich habe in Erinnerung, dass du die einzige Einreichende bist, die reden wird. Kann jemand Anna Leissing noch einmal anmelden? – Also du sprichst zum Traktandum 17. Und David, du wirst als Einreichender zum Traktandum 18 reden? – Gut, dann als erstes Anna Leissing als Einreichende des Traktandums 17. David, du kannst dich gerne schon anmelden.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Ich spreche jetzt als Einreichende der Motion. zu der ich soeben als Kommissionssprecherin gesprochen habe. Und ich werde nicht mehr lange sprechen, weil euch auch die GB/JA!-Fraktion als Einreichende Punkt 1 und 3 zur Abschreibung empfiehlt und Punkt 2 aufrechterhalten möchte. Es ist aus unserer Sicht ein zentrales Anliegen, dass Menschen, die unter schwierigsten Bedingungen leben, eine unabhängige und niederschwellige Möglichkeit haben, sich zu wehren, wenn ihnen Unrecht geschieht. Die im Monitoringbericht aufgeführten Mechanismen reichen dazu aus unserer Sicht nicht aus. Der Weg über die Unterkunft ist nicht anonym und nicht unabhängig. Dafür sprechen auch die anonymen Beschwerdebriefkästen, die offenbar rege genutzt werden. Für zwischenmenschliche Konflikte oder einfache Probleme bei der Unterkunft mag die Unterkunftsleitung die beste Adresse sein, weil dann diese Konflikte auch gleich vor Ort gelöst werden können. Aber wenn ein Problem mit einer Betreuungsperson oder dem Sicherheitsdienst oder so besteht, ist es nicht hilfreich, wenn man sich bei der Person beschweren muss, über die man sich beschweren möchte. Auch beim Asylsozialdienst ist das Ganze zu hochschwierig, denn es handelt sich um eine Behörde in einer Machtposition. Ohne irgendjemandem im Asylsozialdienst böse Absichten zu unterstellen, ist es ein Fakt, dass da eine Person gegenübersteht, die dafür zuständig ist, einem das Geld auszuzahlen oder eben nicht. Und die Beschwerden werden bisher nur im persönlichen Dossier der jeweiligen Asylsuchenden erfasst. Es gibt also keine Möglichkeit einer übergreifenden Analyse, die es möglich macht, sich wiederholende Muster zu erkennen. Ausserdem ist die Hochschwierigkeit beim Asylsozialdienst ein Problem und das gilt auch für die Ombudsstelle. Wie schon erwähnt, ist es eine behördliche Institution. Es finden sich daher wahrscheinlich auch bisher keine Erwähnungen im Bericht der Ombudsfrau über Beschwerden im Bereich der Asylunterkünfte. Und die Ombudsstelle kann auch nicht, wie in der Motion gefordert, ins Monitoring einbezogen werden. Das heisst kurzgesagt: Es gibt bisher

keine Möglichkeit, sich als Mensch, der in einer Asylunterkunft lebt, vertraulich, niederschwellig, anonym über Probleme mit Betreuungspersonen oder Ähnliches zu beschweren. Und es gibt keinen Mechanismus, die Beschwerden systematisch zu erfassen und auszuwerten, damit Muster und Probleme erkannt werden können. Es liegt aber aus Sicht der GB/JA-Fraktion in der Verantwortung der Stadt, Mechanismen zu etablieren, die es erlauben, diese Fälle systematisch zu erfassen, auszuwerten und auf dieser Basis dann Massnahmen und Lösungen zu suchen. Deshalb möchten wir den Gemeinderat einladen, Punkt 2 der Motion zurückzunehmen und nach Möglichkeiten zu suchen, dieses Anliegen umzusetzen. Es muss sich dabei aus Sicht der Einreichenden auch nicht explizit um eine neu zu schaffende Beschwerdestelle handeln, sondern die in der Kommission angesprochenen Ansätze, also eine unabhängige Organisation damit zu beauftragen und mit Ressourcen auszustatten oder auch das Meldetool weiterzuentwickeln, können hier als Anregung dienen. Die GB/JA-Fraktion wird also Punkt 1 und 3 abschreiben und Punkt 2 aufrechterhalten. Vielen Dank.

Präsident: Jetzt muss ich leider schnell David Böhner nach vorne holen. Du kommst aber nachher noch einmal für die Fraktion. Jetzt kommt David Böhner als Einreichender der Interpellation unter Traktandum 18.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich mache das Einreichendenvotum für die Interpellation. Es ist gleichzeitig auch unser Fraktionsvotum. Der Titel der Interpellation lautet: "Warum ist die unterirdische Asylunterkunft in Brünnen immer noch in Betrieb?" Die Fraktion AL/PdA/TIF ist mit dieser Antwort zu der Interpellation nicht zufrieden. In diesem Bunker werden nun schon seit über 2 Jahren Menschen untergebracht, die auf der untersten Stufe der verschiedenen behördlichen Hierarchien für Asylsuchende eingeteilt sind; Menschen, die einen Wegweisungsentscheid erhalten haben und die Schweiz verlassen müssten. Viele davon können und wollen aber nicht ausreisen und befinden sich in einem juristischen Schwebezustand ohne jegliche Perspektive. Um ihnen das Leben möglichst unerträglich zu machen, werden sie nur mit dem Allernötigsten versorgt, also einem Bett in einem grauen Bunker und 10 Franken Nothilfe pro Tag. Ist so ein würdevolles Leben möglich? Ich würde sagen: Eher nicht. Müssen wir uns dann wirklich wundern, wenn es zu Aggressionen und Kriminalität kommt und die Menschen, die sich in einer ausweglosen Situation befinden, vermehrt psychisch erkranken? Die Strategie ist klar: Den Menschen das Leben möglichst unangenehm zu machen, um sie so zur Ausreise in ein angrenzendes Land oder wenigstens in einen anderen Kanton zu bewegen. Oder wie ist es sonst erklärbar, dass dieser Bunker immer noch als Unterkunft dient, obwohl der Kanton in den letzten Monaten diverse oberirdische Unterkünfte geschlossen hat? Im Januar 2023 bei der Eröffnung des Bunkers hat es seitens des Kantons noch geheissen, dass der Bunker höchstens ein Jahr in Betrieb sein würde und dass die Unterbringungsdauer der Menschen mit Wegweisungsentscheiden höchstens wenige Wochen dauern würde. Nun, über 2 Jahre später, wissen wir, dass das alles gelogen war. Anfang März hat das kantonale Amt für Bevölkerungsdienste auf Anfrage mitgeteilt, dass sie zurzeit daran sind, Ersatzlösungen für das Zentrum in Bern-Brünnen zu prüfen. Da noch keine Lösung spruchreif sei, bitten sie um Verständnis, dass sie noch keine konkreten Aussagen dazu machen können. Nein, wir haben dafür kein Verständnis. Fast 2 Monate nach dieser Aussage ist offenbar immer noch keine Lösung spruchreif. Es ist offensichtlich nicht eine Priorität der Behörden, daran etwas zu verbessern. In der Interpellation haben wir auch gefragt, was denn genau bei dem runden Tisch passiere, der vom kantonalen Migrationsdienst regelmässig durchgeführt werden soll, bei dem die Stadtbehörden und andere Interessengruppen

Fragen rund um den Betrieb des Zentrums diskutieren können. In der Antwort des Gemeinderates ist zu lesen, dass dieser runde Tisch, der laut Ankündigung alle 3 Monate hätte stattfinden sollen, tatsächlich nur einmal pro Jahr stattgefunden hat. Das scheint doch eher eine Alibiübung zu sein für den Fall, dass sich jemand gestört fühlen könnte von den Menschen, die im Bunker überleben müssen. Wir wollen dem Gemeinderat hier gerne mit auf den Weg geben, darauf zu bestehen, dass runde Tische wirklich alle 3 Monate durchgeführt werden sollen, solange der Bunker weiter in Betrieb ist und dass dazu auch zivilgesellschaftliche Akteure eingeladen werden, die sich für die Situation der im Bunker untergebrachten Menschen einsetzen. Nach dem Treffen soll dann informiert werden, was an diesen runden Tischen besprochen wurde und was der Kanton tatsächlich unternimmt, um den Bunker zu schliessen. Offenbar wird nicht einmal ein Protokoll erstellt. Oder wenn es eines gibt, wird es unter Verschluss gehalten. Wie gesagt, wir sind mit der Antwort überhaupt nicht zufrieden und verlangen vom Gemeinderat einmal mehr, alles Mögliche zu tun, damit der Bunker so schnell wie möglich geschlossen wird. Merci. Ich hielte sonst noch die Fraktionsvoten.

Präsident: Ihr dürft euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Und ich erteile als Erstes das Wort für die Fraktion AL/PdA/TIF an David Böhner, da er schon angemeldet ist.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Mit dem Bericht zur Motion "Die Qualität der Asylunterkünfte" von GB/JA sind wir mehrheitlich zufrieden. Besten Dank auch an die Verwaltung für den ausführlichen Monitoringbericht. Dieser ist sehr umfangreich und übersichtlich erstellt und gibt einen guten Einblick in die aktuelle Situation und die Herausforderungen, mit denen die Stadt im Asylbereich konfrontiert ist. Auch hier wird wieder einmal ersichtlich, wie schwierig die Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden ist, wenn sich die Stadt für die Verbesserung der Situation der Asylbewerbenden einsetzt. Beim zweiten Teil, auf den sich der Titel der Motion bezieht, dort, wo es also darum geht, die Qualität der Asylunterkünfte zu verbessern, besteht aus Sicht der Fraktion AL/PdA/TIF noch Luft nach oben, insbesondere was die Situation in der Asylunterkunft im ehemaligen Tiefenau-Spital betrifft. Die Kollektivunterkunft (KU) Tiefenau wird von Stadt und Kanton als Vorzeigeprojekt gehandelt und gilt als eine der grössten Kollektivunterkünfte schweizweit. Aktuell leben in der KU Tiefenau 351 Menschen. Davon sind 104 unter 18 Jahren. Spätestens ab Sommer 2025, mit der Schliessung der temporären Unterkunft Viererfeld, wird mit einer Kapazität der KU Tiefenau von 492 Plätzen gerechnet. Ein Projekt in dieser Grösse hat wesentlichen Einfluss auf die Dynamik und das Zusammenleben im Quartier. Dieser Tatsache wird in den Leistungsverträgen von Kanton und Stadt mit den leistungserbringenden Organisationen zu wenig Rechnung getragen. Wir erachten es als Aufgabe der Stadt, zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, unter anderem durch die Finanzierung einer soziokulturellen Koordinationsstelle. Um die geflüchteten Menschen in ihrer Notlage zu unterstützen, bedarf es zusätzlicher Ressourcen, unter anderem auch des Engagements von Freiwilligen, für die Integration in die neue, wenn auch temporäre Wohnumgebung. Eine Ansprechperson für Menschen aus dem Quartier, die sich engagieren wollen oder Fragen haben, ist zentral. Im Viererfeld hat sich gezeigt, dass eine professionelle Begleitung und Koordination der Freiwilligen notwendig ist; beispielsweise zum Vermitteln von Infos und Kontakten oder zur Sensibilisierung zu fluchtrelevanten Thematiken oder als Ansprechperson bei Schwierigkeiten. Mit der Sicherung einer langfristigen Finanzierung können Stellenwechsel und Ressourcenverluste reduziert werden, wie sie aufgrund der unklaren Situation im Viererfeld der Fall waren. Für das Jahr 2025 sind die Lohnkosten dank

Anschubfinanzierung von Heilsarmee und Kanton gedeckt. Danach ist alles offen. Darum fordern wir den Gemeinderat auf, sich des Themas anzunehmen und mit den Kirchen und der Heilsarmee schnell eine langfristige Lösung zu finden, und selber auch einen grosszügigen finanziellen Beitrag zu leisten. Zur Frage der Abschreibung der Motion schliessen wir uns den Aussagen meiner Vorsprecherin Anna Leissing an. Wir befürworten die Abschreibung von Punkt 1 und 3. Und aus den ausgeführten Gründen lehnen wir die Abschreibung von Punkt 2 ab. Und dann noch ganz kurz zum Traktandum 16 "Keine unterirdischen Asylunterkünfte": Die Fraktion AL-PDA-TIF anerkennt, dass der Gemeinderat keine Menschen in unterirdischen Unterkünften unterbringen will und dafür in der Kollektivunterkunft Tiefenau eine grosse und gute Infrastruktur aufgebaut hat für die Unterbringung von Asylsuchenden. Auch wenn wir grundsätzlich skeptisch gegenüber der kollektiven Unterbringung von Asylsuchenden sind und es begrüssen, wenn für möglichst viele Betroffenen eine private Unterbringung ermöglicht wird, ist uns bewusst, dass das nicht immer möglich ist, wenn viele Asylsuchende gleichzeitig einreisen und Schutz suchen. Wir nehmen also den Bericht zum Postulat "Keine unterirdischen Asylunterkünfte" positiv zur Kenntnis. Merci.

Präsident: Die SP-JUSO teilt das Fraktionsvotum. Für den ersten Teil hat das Wort, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich werde zuerst zu Traktandum 16 sprechen. Uns allen ist die aktuelle Situation von Menschen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen, schmerzlich bewusst. Dass Menschen in der Stadt Bern im Untergrund leben müssen, ohne Tageslicht, auch ohne Rückzugsmöglichkeiten, besorgt uns enorm. Das Leben in einem unterirdischen Bunker ist nicht menschenwürdig. Es bedeutet vor allem eines: Isolation und Entmenschlichung. Man ist andauerndem Lärm ausgesetzt, es gibt keine Rückzugsmöglichkeiten. Abgestandene Luft und dauernde Kontrollen sind an der Tagesordnung. Menschen kommen an ihre physischen und psychischen Grenzen. Das Postulat, welches von 43 Stadträt*innen aus 8 verschiedenen Parteien eingereicht wurde, stammt von August 2023. Am 14. Oktober 2024 wurde dann im Hauptgebäude des ehemaligen Spitals Tiefenau endlich eine Kollektivunterkunft eröffnet. Für Hunderte von Menschen hat dies eine grosse Tragweite, denn es macht einen Unterschied, ob man oberirdisch oder unterirdisch eine Unterkunft sein Zuhause nennen muss. An dieser Stelle ein Dank an alle, die zu dieser Lösung beigetragen haben. Eine gute Betreuungsqualität, Sozialkontakte ausserhalb der Anlage und eine minimale Tagesstruktur in einer Notunterkunft sind für uns nach wie vor zwingend. Und wir bitten den Gemeinderat, weiterhin darauf zu achten. Wir werden den Bericht annehmen, da aus unserer Sicht nun diese Fragen zufriedenstellend beantwortet wurden. Aber was uns an der Antwort des Gemeinderates erneut gestossen hat, ist ein Satz zum Viererfeld: "Die Siedlung ist dabei vor allem Familien und gebrechlichen Menschen vorbehalten, für die eine unterirdische Unterbringung mit höchster Priorität verhindert werden soll." Lieber Gemeinderat, die unterirdische Unterbringung ist für niemanden zumutbar und wir erwarten, dass bei allen Menschen mit höchster Priorität verhindert wird, dass sie unterirdisch untergebracht werden müssen. Flüchtende erleiden sehr oft in ihren Herkunftsländern oder dann auf der Flucht traumatisierende Erlebnisse. Für mich und wohl für die meisten hier drin sind diese Traumatisierungen unvorstellbar. Das Nothilferegime ist ein System, das zur sozialen Isolation, zahlreichen behördlichen Schikanen und zu einem Leben in Ungewissheit führt. Es sind Lebensumstände, die die Menschen zusätzlich krank machen. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Menschen in Not Hilfe erhalten, wie es auch in unserer Bundesverfassung in Artikel 12 geregelt ist. Wer

in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Ansprüche auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind. Zu einem angemessenen Lebensstandard gehört gemäss Erklärung der Menschenrechte auch eine würdige Behausung. Und darauf werden wir weiterhin beharren. Zu Traktandum 17 wird Helin etwas sagen. Zu 18 kann ich nur so viel sagen: Auch hier sind wir unzufrieden mit der Antwort, denn das unterirdische Zentrum in Brünnen besteht weiterhin. Hierzu hat mein Vorredner David schon alles ausgeführt, deshalb übergebe ich nun an Helin.

Präsident: Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums der SP-JUSO hat das Wort Helin Genis.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Wir sprechen heute über Menschen, die in unserer Stadt leben, Menschen, die Schutz suchen, aber in prekären Verhältnissen untergebracht sind, Menschen, die keine Wahl haben, wo und wie sie leben. Das Mindeste, was wir ihnen garantieren müssen, ist eine Unterbringung, die menschenwürdig ist, und eine Stimme, wenn sie Missstände erleben. Ja, es gibt Fortschritte. Ja, das Monitoring wurde verbessert. Aber eine zentrale Forderung bleibt unbeantwortet. Wo bleibt die unabhängige, niederschwellige Beschwerdestelle? Wer in einer Asylunterkunft lebt, ist oft einer einseitigen Machtstruktur ausgeliefert. Beschwerden über unfaire Behandlungen oder Missstände müssen ernst genommen werden. Aber die bestehenden Kanäle reichen nicht aus. Ein anonymer Briefkasten ersetzt keine unabhängige Anlaufstelle. Eine Ombudsstelle, die nicht auf Asylfragen spezialisiert ist, reicht nicht aus. Wir brauchen eine Beschwerdestelle, die unabhängig, leicht zugänglich und vertrauenswürdig ist. Es geht hier nicht nur um einzelne Fälle. Es geht darum, systematische Probleme zu erkennen, Missstände frühzeitig zu beheben und langfristig die Qualität der Unterbringungen zu verbessern. Beschwerden müssen nicht nur entgegengenommen, sondern auch erfasst und ausgewertet werden, damit sie ins Monitoring zurückfliessen und Veränderungen bewirken. Wenn wir Punkt 2 abschreiben, senden wir das falsche Signal. Wir sagen den Betroffenen: Eure Anliegen werden nicht ernst genommen, euer Wort zählt nicht. Wir nehmen ihnen die Möglichkeit, sich zu wehren, und riskieren, dass Probleme weiter unter den Teppich gekehrt werden. Das können und dürfen wir nicht zulassen. Die SP-JUSO-Fraktion wird den Punkt 2 nicht abschreiben. Wir verlangen die Prüfung, wie wir Beschwerden systematisch entgegennehmen können – eine unabhängige und funktionierende Beschwerdestelle, die Asylsuchenden eine echte Stimme gibt. Lassen wir die Menschen nicht allein. Sorgen wir dafür, dass sie sich wehren können. So, wie es in einem demokratischen Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte. Vielen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Wenn man aus dem Heimatland flüchten muss, ist das schlimm genug. Man ist nicht mehr im gewohnten Umfeld, man kann die Sprache nicht, man ist mit einer anderen Kultur konfrontiert. Wenn man dann in einer unterirdischen Unterkunft wohnen muss, ist das eine zusätzliche Herausforderung. Wenn ich schon nur 2 oder 3 Tage unterirdisch einen Arbeitstag habe, dann bekomme ich ehrlich gesagt schon einen Koller. Es ist ermüdend, kein Tageslicht zu haben, das Fenster nicht aufmachen und sehen zu können, was für Wetter draussen ist. Und das kann unglaublich schnell sehr deprimierend werden. Darum ist für mich klar, dass eine

unterirdische Unterkunft, die absolut letzte Lösung ist und nur im absoluten Notfall eingesetzt werden darf. Im Bericht des Gemeinderates zeigt er auf, dass die Stadt Bern alle Anstrengungen unternimmt, damit genügend gute und würdige oberirdische Unterkünfte zur Verfügung stehen – auch mit dem Spital Tiefenau. Wir haben einen grossen Schritt gemacht, auch mit dem 10-jährigen Vertrag, der Sicherheit gibt. Unterirdische Unterkünfte sind auch jetzt schon die letzte Lösung, wenn es nicht anders geht. Und das soll so bleiben. Darum werden wir von der Mitte-Fraktion den Bericht positiv zur Kenntnis nehmen und die Motion abschreiben. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Ich bin jetzt ein bisschen verwirrt, weil ich eigentlich dieses Votum als Einreichende von Traktandum 16 geschrieben habe. Aber dieses ist jetzt vorbei. Das deckt sich ja sowieso mit unserer Fraktionsposition. In diesem Sinn ist das unser Fraktionsvotum zu 16 und 18. Das Postulat unter Traktandum 16 fordert den Gemeinderat auf, Massnahmen zu prüfen, um zu verhindern, dass Menschen, die hier Zuflucht suchen, unterirdisch, ohne Tageslicht, ohne Privatsphäre über Wochen, Monate und teilweise sogar Jahre leben müssen. Und ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung des Postulats. Und ich kann vorausschicken, dass wir den Prüfungsbericht annehmen werden. Wie aus dem vorherigen Traktandum, also eigentlich dem nachfolgenden, zum Monitoringbericht deutlich wurde, geniesst die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten für die Stadt Bern hohe Priorität. Sie kann als regionale Partnerin auch direkt Einfluss auf die Lebensqualität von Menschen im Asylsystem nehmen. Und dazu gehören neben oberirdischen Unterkünften mit Tageslicht, Aussenraum, genügend Platz und Privatsphäre. Dazu gehört auch die qualifizierte Betreuung, die auf individuelle Bedürfnisse eingehen kann, den Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildungs- und Beschäftigungsangebote und den Zugang zu Information und Vernetzung. Es geht aus dem vorliegenden Postulatsbericht auch hervor, dass der städtische Handlungsspielraum punkto Unterkünfte doch auch limitiert ist. Wie gesagt, die Entscheidung, welche Unterkunft mit wie vielen und welchen Personen belegt wird, liegt allein beim Kanton. Die Stadt kann hier einzig darüber Einfluss nehmen, dem Kanton möglichst viele oberirdische Unterkünfte anzubieten. Und dahingehend hat sich seit der Einreichung des Postulats zum Glück ein bisschen etwas getan. Und der grösste Faktor diesbezüglich wurde auch schon genannt. Das ist die Eröffnung der Kollektivunterkunft Tiefenau. Dort besteht aktuell eine Kapazität von 368 Plätzen, die erweitert werden kann bis auf 800 Plätze. Und diese langfristig gesicherten oberirdischen Kapazitäten sind enorm wichtig. Denn, auch wenn die Anzahl Asylgesuche momentan zurückgeht, wissen wir alle, dass die weltweiten Entwicklungen volatil sind und die Zahlen in Zukunft auch wieder steigen könnten. Durch die Eröffnung der Kollektivunterkunft Tiefenau konnte die Notunterkunft Effingerstrasse per September 2024 geschlossen werden. Und das nehmen wir natürlich mit grosser Erleichterung zur Kenntnis. Aufatmen können wir trotzdem nicht. Auch das haben wir bereits gehört. Wir wissen: Das Rückkehrzentrum Bern-Brünnen ist nach wie vor in Betrieb. Und das ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion einfach nicht akzeptabel. Die Antwort auf die Interpellation unter Traktandum 18 ist ziemlich frustrierend. Es ist aus fachlicher Sicht nachvollziehbar, dass Menschen, die die Schweiz verlassen müssen, also Menschen im Rückkehrzentrum Brünnen, und Menschen im Asylsystem mit einer Bleibeperspektive nicht am selben Ort auf engem Raum untergebracht werden können. Auch wenn diese Unterscheidung aus einer konfliktsensiblen Perspektive einleuchtet, dürfen wir nicht in die Falle tappen, diese Unterscheidung auf die Menschen an sich zu übertragen. Ein

Mensch ist ein Mensch. Und für Menschen gelten die Menschenrechte, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Und unterirdische Unterbringung ohne Tageslicht und Privatsphäre über längere Dauer ist aus menschenrechtlicher Sicht hochproblematisch. Der unterirdische Bunker in Brünnen ist ein Problem. Diese Haltung bekräftigt zwar auch der Gemeinderat in der vorliegenden Interpellationsantwort. Und er teilt uns seine Einschätzung mit, dass auch der Kanton diese Haltung im Grundsatz teile. Darin sind wir uns leider nicht so sicher. In der aktuellen Situation wäre es dem Sicherheitsdirektor Philippe Müller durchaus möglich, oberirdische Unterkünfte anzubieten. Wie David Böhner bereits gesagt hat, wurden mehrere oberirdische Unterkünfte geschlossen. Auch im Kontext der Kollektivunterkunft Tiefenau werden oberirdische Kapazitäten frei. Und man könnte das Zentrum Brünnen schliessen und zum Beispiel das Viererfeld vollständig mit Personen belegen, die einen negativen Asylentscheid erhalten haben und die die Schweiz verlassen müssen. Wir wissen nämlich alle, dass auch diese Personen häufig monate- bis jahrelang mit diesem Status in der Schweiz bleiben. Wenn der Kanton das aber ablehnt und Bern-Brünnen nach wie vor weiterbetreibt, dann zeigt sich, dass die unterirdische Unterbringung von Menschen mit negativen Asylentscheiden aus Sicht der kantonalen Asylpolitik nicht einfach eine platzbedingte Notwendigkeit, sondern eine gezielte Strategie ist, um Menschen das Leben so schwer wie möglich zu machen und sie unter Druck zu setzen, damit sie möglichst bald ausreisen. Diese Strategie ist nicht nur realitätsfremd, sondern kalt und unmenschlich. Und wir fordern den Gemeinderat der Stadt Bern auf, hier nicht nur wie bisher im Kontakt mit dem Kanton klar Stellung zu beziehen, sondern sich mit Verbündeten, mit anderen Städten, mit der Zivilgesellschaft aktiv gegen diese Politik der Abschreckung zu wehren. Es ist gerade im aktuellen weltpolitischen Kontext extrem wichtig für die Stadt Bern, sich tatsächlich als sicheren Hafen zu positionieren, wo den Menschen, die bei uns Schutz suchen, mit Respekt und mit Menschlichkeit begegnet wird. Vielen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Ich glaube, wir sind uns einig: Die Qualität der Unterbringung und der Betreuung der Asylsuchenden ist von enormer Wichtigkeit. Ein würdevolles Leben auch in der Stadt Bern ist zentral und muss für alle gelten. Darin kann ich meine Vorrednerinnen und Vorredner nur unterstützen. Daher begrüssen auch wir seitens der GFL-Fraktion den Monitoringbericht, welcher sehr kritisch und sehr detailliert Handlungsfelder aufzeigt. Das ist richtig und das ist wichtig. Und wir sind uns glaube ich auch alle einig, dass gerade im Migrationsbereich diverse Anpassungen notwendig sind. Nichtsdestotrotz möchten wir betonen, dass gerade der Handlungsspielraum der Stadt Bern in diesem Bereich sehr beschränkt ist. Die Unterbringung der asylsuchenden Personen liegt in der Kompetenz der Kantone bzw. im beschleunigten Verfahren während den ersten 140 Tagen beim Bund. Dessen müssen wir uns wirklich bewusst sein. Möchte man konkret den Handlungsspielraum hier verändern bzw. vergrössern, müsste das im Rahmen der Leistungsverträge, die die Stadt Bern mit dem Kanton Bern abschliesst, neu verhandelt werden. Das wäre übrigens im Jahr 2026 demnächst der Fall. Auch möchten wir betonen, dass wir zum Punkt 2 des Monitoringberichts einen kurzen Kommentar haben. Auch wir sehen es ähnlich. Es ist sehr, sehr relevant, dass die Schutzsuchenden eine Möglichkeit haben, eine anonyme Beschwerde einreichen zu können. Dass der Gemeinderat in seiner Antwort jedoch lediglich auf die Ombudsstelle verweist, erscheint uns hier ebenfalls etwas einfach. Vielleicht diesbezüglich wird auf nationaler Ebene im Rahmen der BAZ, also der Bundeszentren

für Asylsuchende, auf Bundesebene in Zürich und in Basel aktuell ein Pilotprojekt gestartet, bei dem eine externe Meldestelle geprüft wird. Daher empfehlen wir dem Gemeinderat diesbezüglich sehr, das eng zu verfolgen, um je nach Auswertung dieser Pilotprojekte ebenfalls eine externe Meldestelle in Betracht ziehen zu können. Aber alles in allem würdigt die GFL-Fraktion den ausführlichen Monitoringbericht sehr und wird das Geschäft ebenfalls abschreiben.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst für die sachliche Debatte danken. Es wurden gute Voten gehalten. Denn ihr wisst: Die SVP ist mit vielerlei nicht einverstanden. Aber ich nehme gerade auch das Votum von Carola Christen auf. Es ist eben interessant, dass man sieht, was die Stadt Bern für eine Handlungsfreiheit hat, was sinnvoll ist. Vieles, was ihr verlangt, mit der Beschwerdestelle, liegen nicht in städtischer Kompetenz. Wenn wir das wollen, dann müssen wir das im Eidgenössischen Parlament machen. Und was auch ganz wichtig ist – dazu meine Vorbemerkungen: Es ist nicht einfach so, dass die Stadt Bern oder irgendeine Gemeinde irgendeine Unterkunft auswählen und sagen kann: Jetzt gehen die Leute dorthin. Das muss alles geprüft werden. Dahingehend habe ich mich vorhin auch noch erkundigt. Ich danke Chantal Perriard, die mir noch gewisse Auskünfte gegeben hat. Der Gemeindepräsident der Stadt Bern kann nicht in Eigenregie sagen: Die kommen jetzt dort irgendwo in ein Loch. Das muss alles abgenommen werden, muss geprüft werden. Ich sage klar, dass ich beim Asylgesetz grosse Vorbehalte habe. Ihr müsst immer auch die Konsequenzen sehen. Wenn man den Rechtsmittelweg für die Anwohner verkürzt, wenn jemand eben in der Zone ist und plötzlich kann man dort ein Asylzentrum bauen, obwohl es vielleicht eine Zone wäre, die für 2- und 3-Familienhäuser wäre ... Und dann baut man plötzlich ein Zentrum. Ich war immer dagegen und habe gesagt: Das führt dazu, dass man mit gewissen Leuten Probleme hat. Und was eben für mich auch ganz wichtig ist, wenn man die ganze Situation anschaut: Denkt daran, es gibt vielerorts gewaltige Probleme. Das haben wir in der Ostschweiz gehabt, aber auch in anderen Gemeinden. Wenn man die Leute – Familien, Schweizer oder auch Leute mit C- und B-Ausweis – aus Häusern, Wohnungen und Siedlungen ausweist, um dort Flüchtlinge anzusiedeln, gibt es gewaltige Probleme. Denkt immer daran, wenn ihr jemand entwurzelt. Ihr von der Linken sagt immer, Leerkündigungen seien nicht gut. Aber gewisse Gemeinden machen das. Deshalb breche ich hier die Lanze auch für hier wohnende Schweizer und Angehörige, die ihre angestammten Wohnungen und günstigen Wohnungen verlassen müssen. Das ist eine sehr harte Sache und das gibt eben manchmal auch Probleme. Wir haben in Deutschland gesehen, dass es gewaltige Probleme gibt, wenn plötzlich ganze Dorfteile geräumt werden müssen, oder wenn man Leuten, die jahrzehntelang in einer vielleicht eher schlechten Wohnung wohnen, plötzlich sagt: Ihr müsst jetzt hier raus, das ist jetzt eine Flüchtlingsunterkunft – oder eine Familie mit vielen Kindern, wenn plötzlich eine Schweizerfamilie gehen muss. Das sind einfach gewisse Parameter. Und jetzt ist für mich auch etwas ganz Wichtiges: Man muss wissen, wer es ist. Denn es gibt verschiedene Kategorien. Es gibt die Leute, die eigentlich rechtskräftig abgewiesen sind, es gibt gewisse Leute, die die Mitwirkungspflicht verletzen. Mir ist klar: Es würden wahrscheinlich alle gerne in einem Hotel oberhalb des Thunersees oder am Genfersee sein. Ich rede jetzt als einer, der im Militär war. Mir ist auch bekannt, dass gewisse Rekrutenschulen die Kasernen und die Unterkünfte verlassen und in ein Zelt umziehen mussten und die Rekruten die Schule in bescheidensten Unterkünften absolvieren mussten, damit man eben Flüchtlinge dort einquartieren konnte. Auch das sind Einschränkungen,

bei denen man eben genau schauen muss, für wen sie sind. Es sind gewisse Leute, die eben rechtskräftig abgewiesen sind. Die haben meiner Meinung nach maximal Anspruch auf Nothilfe. Und Leute, die eben noch straffällig sind, müssen nach Meinung der SVP, die ich ganz klar vertrete, die Schweiz verlassen. Die muss man ausschaffen. Die haben maximal Anspruch auf Nothilfe. Und wenn man in der Stadt Bern besonders günstige Verhältnisse schafft, dann kommen natürlich all diese Leute nach Bern. Und das, finde ich, führt eben nachher auch zu Problemen mit unserer Bevölkerung, die nachher gehen muss. Wir haben das jetzt gesehen. Ein Zieglerspital, ein Tiefenau-Spital, alles eigentlich Orte, wo man immer sagt, wir hätten zu wenig Wohnraum, zu wenig Wohnnutzungen. Ich habe x Vorstösse eingereicht. Das Zieglerspital etc. – da waren viele von euch wahrscheinlich noch nicht im Rat –, habe ich gesagt, wäre eigentlich etwas für eine Wohnnutzung. Ich habe jetzt feststellen müssen, dass es wahrscheinlich in den nächsten 10 Jahren keine Wohnnutzung gibt. Und genau dasselbe wird im Tiefenau passieren. Unseren eigenen Leuten, die vielleicht auch Wohnraum suchen, verbauen wir damit diese Gelegenheit. Und dann machen wir im Gegenzug unmögliche Planungen. Ich habe zu dem Punkt heute noch Vorstösse eingereicht. Man will bei der Monbijoubücke Hochhäuser bauen, sodass ihr nicht mehr auf das Bundeshaus seht. Dort will man dann wirklich alles überbauen. Und deshalb setze ich meine Hoffnung auf die nationale Politik. Ich hoffe, man wird mir den Schlenker entschuldigen. Ich hoffe, dass eben die 10-Millionen-Initiative, die Begrenzungsinitiative, angenommen wird, damit wir noch ein bisschen Luft haben und dass wir hier nicht leben wie in einem Kaninchenstall. Das mit den Beschwerden, wie es schon gesagt worden ist von meiner Vorrednerin, das kann man prüfen, aber nicht dahingehend, dass die Stadt Bern im Asylwesen eigene Beschwerdemöglichkeiten macht. Das wäre möglicherweise sogar bundesrechtswidrig, weil wir eben das Asylgesetz haben. Man hat immer die Möglichkeit, eine Beschwerde zu machen, wenn es irgendwie unzumutbar ist oder was auch immer oder eine Aufsichtsbeschwerde. Diese Möglichkeit habt ihr immer. Aber es kann nicht sein, dass die Stadt Bern, die rot-grün regiert wird, darauf habe ich keinen Einfluss, respektive ich versuche schon, Einfluss dafür zu nehmen, aber ich habe keine Illusionen, dass ich die Mehrheitsverhältnisse umkehren kann, aber es kann ja nicht sein, dass wir hier eigene Regelungen haben, die dann in Köniz, Weissenburg, La Neuveville oder was auch immer eben nicht gelten. Auf nationaler Ebene könnt ihr eure Beschwerdestelle verlangen, aber das kann man nicht hier drin machen. Das ist mir ganz klar. Wir sind ja der Meinung – ich bin heute relativ milde gestimmt –, dass man den Vorstoss jetzt abschreiben sollte, den wir zur Diskussion haben. Dazu haben wir schon mehrmals eine Runde absolviert. Irgendwann muss man einfach auch die rechtliche Situation akzeptieren. In dem Sinn habe ich euch den Standpunkt der SVP begründet. Merci.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Zu den Vorschlägen betreffend unterirdische Unterkünfte: Hier kann ich nur zum 100. Mal sagen: Niemand, der in der Asylunterbringung oder Betreuung tätig ist, also weder die GSI noch die regionalen Partner haben irgendein Interesse daran, Personen unterirdisch unterzubringen. Wie ihr mittlerweile wohl alle wisst, arbeite ich seit über 10 Jahren an vorderster Front im Asylbereich und bin auch jetzt noch im Migrationsbereich tätig. Ich war bei mehreren Flüchtlingswellen oder sogenannten Flüchtlingswellen oder Corona selber auf der Suche nach Unterkünften. Und ehrlich: Es ist etwas vom Schwierigsten, was man überhaupt machen kann, was Unterkünfte angeht. Es ist fast unmöglich, genügend oberirdische Unterkünfte zu

finden. Manchmal ist es sogar schwierig, unterirdische Unterkünfte zu finden, weil diese oft unter Schulanlagen sind und die Gemeinden nicht begeistert sind darüber. Ja, es ist nicht einfach. Die Stadt hat immer Hand geboten und alles versucht. Aber auch sie konnte nicht immer etwas finden. Das Ziel ist es in der Regel, überhaupt für alle ein Bett zu finden mit einem Dach über dem Kopf und nicht auf Militärzelte ausweichen zu müssen. Das andere ist eigentlich von einem alten Votum. Das muss ich nicht wiederholen. Beim Angriffskrieg auf der Ukraine war das massiv. Also so etwas hat man noch nie erlebt. Man musste innerhalb von wenigen Tagen – nicht mit einer normalen Vorlaufzeit von 3 Monaten, sondern innerhalb von 4 bis 7 Tagen – Unterkünfte suchen, und zwar Tausende von Unterkünften. Und in der Stadt war wahrscheinlich keine einzige verfügbar in dem Moment, denn sonst hätte man sie schon vorher eröffnet. Und wenn ihr denkt, dass mittels diesen unterirdischen Unterkünften Geld gespart werden soll, so widerspreche ich dem vehement. Diese Unterkünfte sind in der Regel teurer, weil die Sicherheitsanforderungen höher sind. Es gibt viel höhere Brandschutzauflagen. Die Stimmung in den Unterkünften ist nicht gut. Das kann ich bestätigen. Es gibt eher Konflikte. Das wollen auch die Betreuungspersonen nicht. Niemand hat Interesse, in der unterirdischen Unterkunft mit Personen, die nicht zufrieden sind, zu arbeiten. Gleichzeitig kann man aber auch sagen: Es gibt auch Leute, die lieber in der unterirdischen Unterkunft sind als oberirdisch in der Agglomeration oder in der Peripherie. Ich habe in Graubünden gewohnt und im Asylbereich gearbeitet. Die waren lieber für Monate, auch Jahre unterirdisch in Chur, Hauptsache sie müssen nicht irgendwo in den Bergen oder ausserhalb einer Stadt sein. Und trotzdem: Auch dort kann man sich gut integrieren. Und wenn ihr jetzt einen weiteren Vorstoss mit dem Titel "Unterirdische Unterkünfte" plant, kann ich euch eigentlich nur nahelegen, diese Zeit lieber in die freiwillige Arbeit mit Asylsuchenden zu investieren, denn es hat niemand ein Interesse, diese zu fördern. Dann zum runden Tisch noch kurz an David gerichtet: Diese runden Tische wurden abgesagt. Aber dazu sind in der Regel auch zivilgesellschaftliche Organisationen oder Nachbarn eingeladen. Und wenn es einfach keine Traktanden gibt, dann muss man diese auch nicht durchführen. Das wäre eigentlich eine Alibiübung, die du ihnen vorwirfst. Ich finde nicht, dass, wenn es nichts zu besprechen gibt, solche Sitzungen durchgeführt werden müssen, weil die Zeit besser investiert wird in Betreuungsangebote oder Animationen oder sonstige Projekte. Dann zum Monitoringbericht Asyl- und Flüchtlingsbereich, den wir eigentlich auch begrüssen und auch annehmen werden. Ich hoffe sehr, diese Motion wird abgeschrieben, denn es ist einfach alles da, was gefordert wurde. Und dann gibt es einfach Handlungsempfehlungen, die an den Kanton gestellt werden, die aber auf nationaler Ebene geklärt werden müssen, oder die der Kanton auch nicht anders entscheiden kann. Integrationspauschalen für die regionalen Partner, wenn der Kanton nichts vom Bund erhält? Nein, das wird der Kanton nie machen. Weshalb sollten sie? Das Geld ist auch beim Kanton nicht einfach so vorhanden. Dann zur Beschwerdestelle: Ich verstehe die Forderung. Ja, eine neutrale Anlaufstelle wäre gut. Aber die gibt es in Form der GSI, der Behörde. Vielleicht seht ihr diese nicht als neutral, aber in Bezug auf Probleme mit Betreuungspersonen und Zentrumsleitungen ist der Kanton sehr wohl neutral. Jede Beschwerde wird erfasst, jeder Beschwerde wird nachgegangen, der Loop zurück zur Stadt ist vorhanden. Jede Beschwerde wird mit den regionalen Partnern besprochen. Es wird abgeklärt, was das Problem war. Das ist alles vorhanden. Zudem, das hat Carola vorhin schon erwähnt: Beim den BAZ in Zürich und Basel gibt es diese Pilotprojekte. Es ist also etwas vorhanden. Und vielleicht wäre es besser, wenn diese Anlaufstellen den Personen helfen würden, ihre Ängste gegenüber Behörden abzubauen. Denn in der Schweiz haben wir einen Rechtsstaat. Jedes Gesuch wird

geprüft, jedes Gesuch hat die Möglichkeit einer Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht. Wir leben in einem Rechtsstaat. Die Behörden sind nicht irgendwie korrupt oder sonst was. Also man könnte sich da ja eigentlich auch von den Anlaufstellen zu diesen behördlichen Beschwerdestellen vernetzen. Und bezüglich Bund: Mein Vertrauen, dass vom Bund Pilotprojekte weitergeführt werden, ist im Vergleich zu den Pilotprojekten der Stadt Bern in der letzten Woche massiv gestiegen. Danke vielmals.

Präsident: Gibt es zu diesem Block weitere Voten aus dem Rat? – Ich erlaube mir, diesen Block abzuschliessen und Ursina Anderegg das Wort zu erteilen.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Zu fast später Stunde noch ein sehr ernsthaftes Thema. Dem Gemeinderat ist eine menschenwürdige Unterbringung im Asylbereich ein sehr wichtiges Anliegen. Und unterirdische Unterbringungen entsprechen diesem Anspruch nicht. Sie sind menschenunwürdig. Das ist in der Stadt Bern schon ein sehr altes Politikum. Wir haben uns seitens der Stadt immer dafür eingesetzt, dass das nicht mehr stattfindet. Leider findet es aber auf Stadtgebiet immer noch statt. Aber wir wissen auch: Es liegt in der Kompetenz des Kantons zu bestimmen, welche Unterkünfte in Betrieb genommen werden. Aufgrund der schwierigen Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten und der zeitweise zunehmenden Asylgesuche nutzt der Kanton auch Zivilschutzanlagen für die Unterbringung. Die Stadt kann sich nur bedingt gegen dieses Vorgehen wehren. Aber sie kann sich immer wieder artikulieren. Sie kann aber auch versuchen, Alternativen aufzuzeigen und anzubieten. Dank der Inbetriebnahme der neuen Kollektivunterkunft Tiefenau konnte die NUK (Notunterkunft) an der Effingerstrasse im vergangenen September nach einjährigem Betrieb wieder geschlossen werden. Die Stadt hat sich stark dafür eingesetzt, in Bern oberirdische Alternativen für die Unterbringung geflüchteter Menschen zu schaffen. Mit der Kollektivunterkunft Tiefenau haben wir nun eine Lösung mit guten Unterbringungsbedingungen und einer hohen Kapazität gefunden. Auch hier gibt es noch einiges zu tun, damit wir eben noch vermehrt auch die soziale Infrastruktur aufbauen können. Und diese KU steht uns jetzt während 10 Jahren zur Verfügung und ist so ausgestaltet, dass wir auch auf Schwankungen reagieren können. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, die Unterbringungssituation im Asylbereich in der Region Bern längerfristig zu verbessern. Unser Anspruch muss sicher sein, dass wir Rahmenbedingungen für eine möglichst hohe Wohn- und Lebensqualität für die Menschen, die dort wohnen, bieten können. Das Ziel ist auch, dass wir gemeinsam mit dem Quartier, in dem jetzt schon sehr viele neue Mitbewohner sind und immer mehr hinzukommen, gut unterwegs sind. Jetzt zu Brünnen: Seit über 2 Jahren betreibt der Kanton Bern in Brünnen ein Rückkehrzentrum in einem unterirdischen Schutzraum, der wirklich unterirdisch ist. Für diese Art der Unterbringung ist seitens Kantons die Sicherheitsdirektion verantwortlich, während für das restliche Asylwesen und die Unterbringung die Direktion für Gesundheit, Soziales und Integration, die GSI, zuständig ist. Die Stadt Bern hat ihren Unmut über den Betrieb der Unterkunft in Brünnen gegenüber dem Kanton mehrfach kundgetan und hat unter anderem die GSI gebeten, der Sicherheitsdirektion ihre oberirdischen Asylunterkünfte auf Kantonsgebiet, welche sie seit Kurzem nicht mehr nutzt, anzubieten. Das ist laut unseren Informationen offenbar nicht geschehen. Die Sicherheitsdirektion hat sich demnach entschieden, am Betrieb der Unterkunft in Brünnen festzuhalten. Das ist sehr irritierend. Der Gemeinderat hat auf die Wahl der Unterkunft und auf das fragliche Mietverhältnis keinen Einfluss und kann die aktuelle Nutzung rechtlich nicht unterbinden. Und leider stellt weder die Anlage im Viererfeld noch diejenige in der Tiefenau eine Alternative zur

unterirdischen Anlage in Brünnen dar. Die GSI will Personen, die aus der Schweiz ausreisen müssen, das haben wir schon gehört, und solche, die hier eine Bleibeperspektive haben, nicht am selben Ort unterbringen. Dieser Entscheid ist fachlich auch durchaus nachvollziehbar. Die Stadt wird sich aber weiterhin im Rahmen von runden Tischen oder Treffen mit den kantonalen Behörden kritisch zum Rückkehrzentrum Brünnen einbringen. Letztes Mal hat sie sich im Rahmen eines Treffens am 19. März 2025 kritisch eingebracht und erneut gefragt, wo der Kanton mit den Perspektiven für eine oberirdische Alternativen stehen. Nach Auskunft der kantonalen Sicherheitsdirektion ist eine Aufhebung der Unterkunft in Brünnen zurzeit jedoch nicht absehbar. Dann noch zum Traktandum 17, der Motion in Bezug auf das Monitoring und die Beschwerdestelle. Das ist eine ältere Forderung. Dort geht es auch darum, dass wir einen Überblick haben, wie es um die Menschenwürdigkeit der Unterbringung im Asyl- und Geflüchtetenbereich steht. Und die Forderung ist immer noch aktuell. Das zeigen unter anderem die Erkenntnisse aus diesem ersten Monitoringbericht zum Asyl- und Geflüchtetenbereich in der Stadt Bern, den wir seitens BSS basierend auf dem Auftrag dieser Motion verfasst haben. Den Monitoringbericht habt ihr auch erhalten und offenbar auch gelesen. Das freut mich sehr. Die BSS wird die Forderungen aus dem Monitoringbericht nach der Behandlung durch den Stadtrat dem Kanton übergeben und sich bei den zuständigen Stellen für die konkreten Verbesserungen, die Empfehlung, die daraus hervorgehen, bei den entsprechenden Stellen einsetzen. Die Massnahmen, die die Stadt betreffen, werden zurzeit konkretisiert und schrittweise umgesetzt. Natürlich sind wir auch hier in der Pflicht. Und der Monitoringbericht wird in den nächsten Jahren regelmässig aktualisiert. Damit ist die zentrale Forderung aus dieser Motion erfüllt und wir haben jetzt ein sehr hilfreiches Instrument, um uns selber zu verbessern, aber auch, um auf Probleme bei den anderen zuständigen Behörden hinzuweisen. Noch zu der zweiten Forderung: Das ist die umstrittene Sache, nämlich die Forderung nach einer unabhängigen und niederschweligen Beschwerdestelle für Asylsuchende. Diese besteht nach Ansicht des Gemeinderats bereits. Das haben wir heute auch schon mehrmals gehört: Bei informellen Beschwerden haben die betroffenen Personen die Möglichkeit, sich direkt bei der Organisatorin, zum Beispiel der Heilsarmee, zu beschweren oder eben beim Asylsozialdienst. Aber es ist sicher ganz klar, dass diese Stellen hochschwellig sind und eine hohe Hürde darstellen. Der Asylsozialdienst ist Teil der Stadtverwaltung und als Behörde an sich hochschwellig. Hier steht für den Gemeinderat vor allem auch die Ombudsstelle, das ist eine unabhängige Stelle für die ganze Bevölkerung, zur Verfügung. Und der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir hiermit die Motion insofern erfüllt haben, wenn wir das Wording nehmen, als diese Beschwerdestelle eigentlich existiert. Wir haben aber natürlich das Problem, dass dieser Beschwerdegang viel zu wenig genutzt wird. Und daher ist es aus unserer Sicht eigentlich besser, unsere Energie und Ressourcen zu investieren, um die Niederschwelligkeit des Beschwerdegangs zu erhöhen, indem die betreuten Menschen, die ein Problem haben, die bestehende Beschwerdemöglichkeiten auch wirklich kennen und nutzen können. Und dafür braucht es Unterstützung, dafür braucht es unabhängige Institutionen, die diesen Behördengang unterstützen können, damit die Beschwerde auch bei denjenigen Behörden ankommen, an die sie eigentlich gerichtet ist. Und deswegen bittet euch der Gemeinderat, die Motion in allen Punkten abzuschreiben.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind somit mit der Beratung dieser 3 Geschäfte fertig. Wir stimmen jetzt chronologisch darüber ab, das heisst als erstes sind wir bei Traktandum 16. Da liegt ein Prüfungsbericht zum Postulat vor. Wer diesem Prüfungsbericht zustimmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung siehe Traktandum 16

Präsident: Ihr habt der Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht einstimmig zugestimmt. Wir kommen zu Traktandum 17, die Abschreibung der Motion. Wir stimmen punktweise darüber ab. Wer Punkt 1 annehmen will, stimmt Grün, wer die Abschreibung ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 019

2016.SR.000008: Abschreibung Punkt 1

Annahme

Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Punkt 1 einstimmig abgeschrieben. Wir stimmen ab über die Abschreibung von Punkt 2.

Abstimmung Nr. 020

2016.SR.000008: Abschreibung Punkt 2

Ablehnung

Ja	30
Nein	40
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt die Abschreibung von Punkt 2 abgelehnt. Wir stimmen ab über die Abschreibung von Punkt 3.

Abstimmung Nr. 021

2016.SR.000008: Abschreibung Punkt 3

Annahme

Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Punkt einstimmig abgeschrieben. Für die Frist zur Nachbearbeitung von Punkt 2 schlage ich den 22. Mai 2026 vor. Gibt es andere Anträge? Wer mit der neuen Frist, 22. Mai 2026, einverstanden ist, stimmt Grün, wer sie ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 022

2016.SR.000008: Fristverlängerung Punkt 2

Annahme

Ja	70
Nein	0
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt. Bitte bleibt noch kurz sitzen.

2024.SR.0346

**18 Interpellation David Böhner (AL), Anna Leissing (GB), Barbara Keller (SP), Nora Joos (JA!), Sofia Fisch (JUSO), Matteo Micieli (PdA), Tanja Miljanovic (GFL): Warum ist die unterirdische Asylunterkunft in Brün-
nen noch immer in Betrieb?**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 16 bis 18: siehe Traktandum 17.

Präsident: Bei Traktandum 18 Interpellation braucht es keine Abstimmung. Ich halte zuhanden des Protokolls fest: Die Interpellanten sind nicht zufrieden. Jetzt noch einige kleine Infos. Sehr wichtig: Die Vorstösse, die heute nicht behandelt wurden, werden am 12. Juni 2025 behandelt. Dann, wer auf der Karte für Raffael Joggis Kind noch nicht unterschrieben hat, kann dies nachholen. Und wer nicht unterschreiben kann, weil ein Kugelschreiber vom 5-Sterne-Grand-Hotel Zermatterhof fehlt – der wurde bei mir abgegeben. Ihr dürft euch gerne "outen". Und zum Schluss ganz wichtig, eine letzte Information: Ich habe euch zu Beginn der Sitzung gebeten, euch an- oder abzumelden. Nicht einmal die Hälfte der Anwesenden ist dieser Bitte nachgekommen. Tut es doch morgen, weil ihr den Leuten, die diesen Ausflug planen, die Arbeit enorm erleichtert, wenn ihr nicht unnötig noch 3 Wochen wartet. Merci und bis zum nächsten Mal.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 19 | 2024.SR.0291

Motion Bernhard Hess (SVP): Angemessene Kleidung an Stadtberner Schulen

Traktandum: 20 | 2024.SR.0292

Postulat Micieli Matteo (PdA), Joggi Raffael (AL): Kinderbetreuung zu Randzeiten: Überprüfung der Nachfrage und möglichen Lösungsansätzen

Traktandum: 21 | 2024.SR.0302

Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Emanuel Amrein, SP/Cemal Özçelik, SP): Ergänzungsleistungen für Working-Poor Familien

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisio-nen/2506773698.php>

2025.SR.0134 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Schutz von Wildtieren: Ein ausgewogener Lösungsansatz für Bern

2025.SR.0150 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Öffentliche Aufenthaltsräume sicherstellen

2025.SR.0130 | Parlamentarische Initiative | Eingereicht

Parlamentarische Initiative: Zeitgemässe Finanzkompetenzen für den Gemeinderat, Stadtrat und Volk; Teilrevision der Gemeindeordnung

2025.SR.0131 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat muss mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat! Oder der Gemeinderat muss zumindest einen entsprechenden Vorbehalt anbringen.

2025.SR.0136 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Weiterführung Schulversuch ClaBi und Überführung in den Regelbetrieb

2025.SR.0139 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Der Kreis schliesst sich im Westen: Die neue Personenunterführung Untermatt als legaler Graffiti-Ort

2025.SR.0146 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nutzung der ECLF als Ausweg für die ClaBi Bern

2025.SR.0142 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Wird der Gemeinderat mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat? Werden Vorbehalte angebracht?

2025.SR.0148 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Abbruch der Classe Bilingue – was sind die tatsächlichen Gründe, welche Alternativen wurden geprüft?

2025.SR.0147 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Transparenz und Lehren aus dem Abbruch der Classes Bilingues: Projektziele, Krisenmanagement und Anschlusslösungen

2025.SR.0133 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Aktuelle Zusammenarbeit mit Swissmilk an Berner Schulen

2025.SR.0138 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Änderung Kehrricht-, Papier-/Karton und Grüngutabfuhr

2025.SR.0144 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Stadt Bern: Marroni-Verkäufer ärgert sich über Mehrwegpflicht in der Stadt Bern. Marroniverkäufer darf keine Getränke in PET-Flaschen verkaufen. Ist der Gemeinderat bereit, von sich aus, freiwillig eine Änderung und Lockerung des entsprechenden Reglements vorzunehmen?

2025.SR.0143 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Schulwegsicherheit Provisorium VS Monbijoubücke: Wieso wird auf die den Eltern anlässlich der Orientierungsversammlung in der Aula des Gymnasiums Kirchenfeld zugesicherte räumliche Abtrennung der Velofahrspuren und der Fussgänger verzichtet? Wieso wurden die Auflage Provisorium und Abgang von der Monbijoubücke nicht gleichzeitig aufgelegt?

2025.SR.0141 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Unverständlicher Entscheid kurzfristige Aufhebung Classe bilingues: Wieso? Wieso zu kurzfristig? Wurden überhaupt Alternativen geprüft? Wieso geht es in Biel?

2025.SR.0145 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation SP/JUSO-Fraktion: Verdrängung durch Leerkündigungen: Wohnst du noch oder musst du schon raus?

2025.SR.0149 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Für Haustiere ohne Leiden – gegen Qualzucht in der Stadt Bern

2025.SR.0135 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Vegane Mensen – wird die Universität Bern zum Vorbild für die Stadt Bern?

2025.SR.0137 | Interpellation | Eingereicht

Dringliche Interpellation: Sparen auf Kosten der Zweisprachigkeit: Weshalb will der Gemeinderat den Schulversuch ClaBi nicht weiterführen?

2025.SR.0140 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Unverständlicher Entscheid kurzfristige Aufhebung Classe bilingue: Wieso? Wieso zu kurzfristig? Wurden überhaupt Alternativen geprüft? Wieso geht es in Biel und nicht in Bern?

2025.SR.0132 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: V85: Macht die Stadt ihrer Bevölkerung etwas vor?

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.07.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

11.08.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER